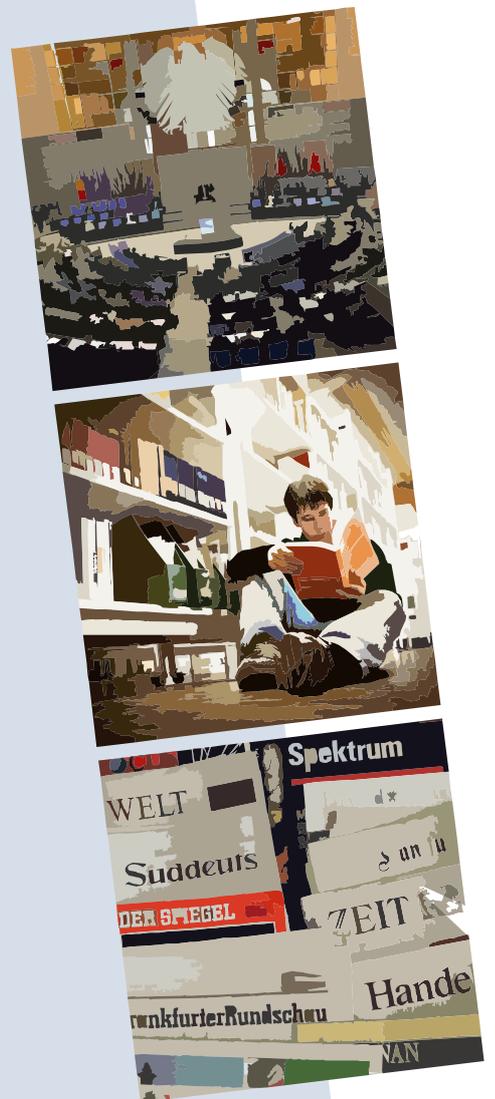


Reader

politische Bildung

an Volkshochschulen

Grundlagen und
Praxisbeispiele



vhs

Landesverband
der Volkshoch-
schulen
von NRW e.V.

Inhalt

TEIL A

	Einleitung	02
I	Politische Bildung: eine Standortbestimmung	04
II	Politische Bildung an Volkshochschulen: Grundlagen	12
	1. Selbstverständnis, Positionen und Argumente	13
	2. Die Volkshochschule – Bildung in öffentlicher Verantwortung ...	29
	3. Zum demokratischen und professionellen Standort politischer Erwachsenenbildung.....	40
	4. Wann ist politische Bildung „gut“?	47
III	Grundlagentexte	50
	1. Stellenwert der Aufgabenbereiche	51
	2. Wirklichkeit und Wirkung politischer Erwachsenenbildung Eine empirische Untersuchung in Nordrhein-Westfalen.....	55
	3. Politische Bildung – Politischer Stil und das Angebot der Volkshochschulen	57
	4. Angebotsstruktur Politischer Bildung	66
	5. Politische Bildung in der außerschulischen Jugendbildung.....	71

TEIL B

IV	Praxisbeispiele.....	73
----	----------------------	----

Einleitung

Der vorliegende Reader ist als Einführung und Arbeitshilfe für die Programmplanung politischer Bildungsangebote an Volkshochschulen konzipiert. Er richtet sich sowohl an die Programmplanenden als auch die Kursleitenden.

Die Idee zu dem Reader entstand aus der Überlegung, dass für neue Kolleginnen und Kollegen als Einstieg in den Alltag der politischen Bildung ein Überblick über die grundlegende Literatur sowie die Beschreibung guter Praxisbeispiele hilfreich sein können.

Die Autoren und Autorinnen haben sich bei der Auswahl von Texten und Beispielen auf aktuelle und historische Basistexte beschränkt, die als grundlegend für das Selbstverständnis politischer Bildung und auch politischer Jugendbildung an Volkshochschulen gelten können. Die Praxisbeispiele der Volkshochschulen berücksichtigen die Handlungsfelder der politischen Bildung von zeitgeschichtlichen Themen bis hin zur europäischen Dimension in der Gegenwart.

Das Gesamtkonzept sieht vor, dass der Reader bei aktuellen Neuerscheinungen oder weiteren guten Praxisbeispielen zukünftig ergänzt und erweitert werden kann. Für das Aufbaumodul „Politische Bildung“ im Rahmen der Erwachsenenpädagogischen Qualifikation (EPQ) des Landesverbandes der Volkshochschulen von NRW bildet der Reader die Grundlage für die Qualifizierung von (neuen) Kursleitungen.

Zur Gliederung des Readers:

1. Statt einer Einführung:

Mit dem Text „Politische Bildung: eine Standortbestimmung“ von Prof. Klaus-Peter Hufer, der insbesondere die Fragen nach dem „Warum, Was und Wie“ politischer Bildung aktuell reflektiert, wird eine Einführung im Überblick gegeben.

2. Grundlagen politischer Bildung

Im Positionspapier „Politische Bildung an Volkshochschulen: Selbstverständnis, Positionen und Argumente“ werden aktuelle Positionsbestimmungen und ihr professionelles Selbstverständnis verdeutlicht. Ausgewählt wurden hier im Wesentlichen die von Praktiker und Praktikerinnen erarbeiteten Grundsätze zur politischen Bildung, basierend auf wissenschaftlichen Diskursen, organisatorischen Rahmenbedingungen und praktischen Erfahrungen.

Zusätzlich ausgewählt wurden Grundlagentexte zur politischen Bildung, die Kontinuität und Wandel der politischen Bildung aufzeigen und gleichzeitig einen guten Ausblick auf die Gegenwart geben. Wie aktuell der Anspruch an politische Bildung auch sein mag, die Grundsätze des Politischen und ihrer Basis bleiben: Demokratie muss immer wieder erlernt werden. Hierzu bedarf es einer zielgruppengerechten Ansprache, ausreichender Ressourcen und fachlicher Kompetenz.

3. Praxisbeispiele

In welcher Form die Umsetzung politischer Bildungsangebote gelingt, zeigen die im dritten Teil vorgestellten Praxisbeispiele. Die Beschreibung der Beispiele folgt einem einheitlichen Raster. Hierzu zählen die Titelangabe, die Vorstellung von Zielen, die Benennungen von Zielgruppen und Inhalten, die Beschreibung von Materialien und Literatur, sowie die Beschreibung der Veranstaltungsform, der Rahmenbedingungen und der möglichen Werbung. Abschließend erfolgen Hinweise zur Durchführung, Erfahrungsberichte (mit dem Angebot), ein Verweis auf evtl. vorliegende Bilder und die Angabe des angesprochenen Themenfeldes.

Die vorliegenden Praxisbeispiele sind folgenden Themenfeldern zugeordnet:

- Geschichte/Zeitgeschichte
- Kommunale Politik
- Gesellschaft und kulturelle Entwicklung
- Globale Entwicklung
- Ökologie und Nachhaltigkeit
- Interkulturelles Lernen
- Politische Grundlagen
- Rechtsextremismus und antidemokratische Tendenzen
- Europäische Perspektiven
- Interdisziplinäre Themen

Gerne werden weitere bewährte Praxisbeispiele in den Reader aufgenommen.

Die beteiligten Akteure der Arbeitsgruppe, des Landesverbandes der Volkshochschulen von Nordrhein-Westfalen und des Deutschen Volkshochschul-Verbandes freuen sich über Rückmeldungen zu diesem Reader und wünschen eine spannende und anregende Lektüre.

Das Redaktionsteam

I - Politische Bildung: eine Standortbestimmung

Klaus-Peter Hufer

1. Warum politische Bildung, worum geht es?	05
2. Was ist eigentlich Bildung?	07
3. Wie werden Veranstaltungen geplant?	08
4. Literaturhinweise	11



Politische Bildung ist einmal „Bildung“ und zum anderen ist diese „politisch“. Darum geht es, weil das aber vielfach und erstaunlicherweise in Vergessenheit gerät, sei noch einmal daran erinnert, was diese Begriffe beinhalten.

1. Warum politische Bildung, worum geht es?

Eine allgemein verbindliche, allseits akzeptierte Definition von politischer Bildung gibt es nicht. Auch lassen sich ihre Ziele nicht ohne weiteres so benennen, dass sie die Zustimmung aller unterschiedlichen Standpunkte, Sichtweisen und Theorien finden würden (siehe hierzu Hufer/Pohl/Scheurich 2004). Einer pluralistischen Demokratie entsprechend gibt es viele Ansichten darüber, was politische Bildung bezwecken soll. Letztendlich geht es in ihr aber immer darum, Verständnis für die Alternativlosigkeit einer sozialen Demokratie zu wecken und zu festigen, die demokratischen Regelungen und Entscheidungswege einsichtig zu machen, ein Engagement für die Einhaltung und Verteidigung der Menschenrechte zu bewirken und sich der Ablehnung von Extremismus, Totalitarismus und Diskriminierungen bewusst zu sein. Das versteht sich nicht von selbst, denn die Menschen werden nicht unbedingt als Demokraten geboren: „Demokratie (ist) die einzige Staatsform, die gelernt werden muss.“ (Negt, 2004, S. 197). So wird immer wieder von Vertretern des Faches postuliert: „Demokratie braucht politische Bildung“ (Breit/Schiele 2004).

Folgerichtig steht im Zentrum von politischer Bildung die Demokratie als normative Idee. Eng damit verbunden geht es um die kritische Bewertung der praktizierten gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnisse, die Partizipationschancen der Bürgerinnen und Bürger sowie die Formen und Wege, wie die Konflikte und unterschiedlichen Meinungen und Interessen ausgetragen werden.

Diese normative Ausrichtung politischer Bildung basiert auf der Beschäftigung mit „Politik“. Deren Schlüsselkategorien und zentrale Begriffe sind Konflikte, Interesse, Macht, Konsens, Herrschaft (von Alemann 1994, 144). Auf sie muss sich eine Veranstaltung beziehen, will sie „politisch“ sein. Beispielsweise sollte dann gefragt werden: Wer ist am Konflikt beteiligt? Welche Interessen werden jeweils vertreten? Welche davon sind durchsetzungsstark, welche sind es weniger? Welche Verfahren sind zugänglich, um eine Einigung im Konflikt herbei zu führen? Wie demokratisch legitim sind diese Verfahren?

Es ist konsequent, dass politische Bildung für eine demokratische Gesellschaft auch demokratische Lehr- und Lernformen praktizieren muss. Politische Bildung ist keine politische Schulung. Es wird kein Lehrplan exerziert, um einen „ex cathedra“, „von oben“ oder in einer „Zentrale“ definierten Zweck zu erfüllen oder eine Funktion wahrzunehmen. Politische Bildung ist das Gegenteil von Agitation, Indoktrination und Manipulation. Bei diesen Formen der politischen Beeinflussung geht es um Fremdbestimmung und darum, bei anderen eine für richtig gehaltene Meinung zu erzwingen. Dagegen sind und bleiben Mündigkeit und Selbstbestimmung die unverzichtbaren Prinzipien von politischer Bildung.

Politische Erwachsenenbildung ist keine Politikdidaktik. Zwar hat diese Disziplin mit der politischen Erwachsenenbildung die Unterschiedlichkeit der Beschreibungen und Definitionen gemeinsam (siehe Massing 2007), aber letztendlich ist sie eine auf die Schulen bezogene Bemühung, sich wissenschaftlich mit diesem Praxisfeld zu beschäftigen. Eine ausformulierte „Didaktik der politischen Erwachsenenbildung“ gibt es nicht. Es kann sie auch nicht geben, weil deren – wenigen – didaktischen Prinzipien sich primär nicht aus wissenschaftlichen Reflexionen, sondern aus einer Orientierung an den Lerninteressen-, -bedürfnissen und -voraussetzungen der Teilnehmenden und an deren Alltags- und Lebenswelt ableiten lassen.

Immerhin gibt es bei den diversen Meinungen, wie politische Bildung in die Praxis umgesetzt werden soll, eine Übereinkunft, die unbestritten von nahezu allen Vertreterinnen und Vertretern des Faches geteilt wird. Es ist der so genannte Beutelsbacher Konsens. Beutelsbach bezeichnet den baden-württembergischen Ort, an dem sich im Jahr 1976 Fachdidaktiker mit unterschiedlichen Vorstellungen getroffen hatten, um einen gemeinsamen Nenner bei den Anforderungen an politische Bildung zu finden. Sie erzielten eine Übereinstimmung, die drei Grundprinzipien umfasste:

- „1. Überwältigungsverbot. Es ist nicht erlaubt, den Schüler – mit welchen Mitteln auch immer – im Sinne erwünschter Meinungen zu überrumpeln und damit an der ‚Gewinnung eines selbständigen Urteils‘ zu hindern. ...
2. Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muss auch im Unterricht kontrovers erscheinen. ...
3. Der Schüler muss in die Lage versetzt werden, eine politische Situation und seine eigene Interessenlage zu analysieren sowie nach Mitteln und Wege zu suchen, die vorgefundene politische Lage im Sinne seiner Interessen zu beeinflussen. ...“ (Wehling 1977, S. 179f.)

Dieser für die allgemeinbildenden Schulen gefundene Konsens wird trotz manchmal vorhandener Skepsis, beispielsweise wegen der strukturellen Unterschiede zu den allgemeinbildenden Schulen (Hufer 1996), auch in der politischen Erwachsenenbildung/außerschulischen Bildung als eine geeignete Arbeitsgrundlage angesehen. (Demokratie stärken...2005, S. 12)

2. Was ist eigentlich Bildung?

Der Dreh- und Angelpunkt von Erwachsenenbildung ist Bildung – was sonst? Daher soll noch einmal vergegenwärtigt werden, was Bildung überhaupt ist.

Die erste Antwort ist eine Abgrenzung: Bildung ist nicht gleichzusetzen mit Erziehung. „Der Begriff der Bildung ... beinhaltet die Vorstellung von der Selbstentwicklungsfähigkeit der Menschen, meint also im genaueren Wortsinn Persönlichkeitsentwicklung. Damit hebt sich Bildung ab von Erziehung, die in erster Linie von anderen und deren Zielen angeleitet wird. Es geht auch nicht nur um eine gewohnheitsmäßige Aneignung von Verhaltensweisen, sondern mit dem Bildungsbegriff sollte zum Ausdruck gebracht werden, dass es sich um einen inneren Vorgang handelt und um ein selbstreflektiertes Lernen.“ (Hans Tietgens, in: Hufer 1999, 28f.)

Betont wird durch diese Klarstellung die freie, selbstbestimmte Bildungswahl von Erwachsenen, also von mündigen Menschen. Eine erzieherische Bevormundung, die Festlegung von zwingenden Lernzielen, auf die hin Erwachsene konditioniert werden sollen, verbietet sich. Das gilt auch für neuere Versionen des Erziehungsgedankens, beispielsweise wenn von Erwachsenen Kompetenzzuwächse – und dann möglichst noch messbare – erwartet werden. Eine bildungstheoretische und -praktische Alternative als Kriterium für die Stoff- und Themenauswahl bieten solche, nicht eindimensionalen Kompetenzen, mit deren Hilfe die Teilnehmenden sich selbst die Welt „erschließen“ können. In der politischen Erwachsenenbildung haben die von Oskar Negt entwickelten gesellschaftlichen Schlüsselqualifikationen/-kompetenzen einen herausragenden Stellenwert und breite sowie trägerübergreifende Zustimmung gefunden. Es sind Kompetenz der Selbst- und Fremdwahrnehmung, Gerechtigkeitskompetenz, technologische, ökologische, historische und ökonomische Kompetenz. (vgl. Zum demokratischen und professionellen Standort ... 2000; Oskar Negt, in: Hufer/Pohl/Scheurich 2004, S. 204f.).

Eine zweite Antwort, was Bildung sei, ist ein Klassiker, der in den Archiven zu verstauben droht: „Gebildet im Sinne der Erwachsenenbildung wird jeder, der in der ständigen Bemühung lebt, sich selbst, die Gesellschaft und die Welt zu verstehen und diesem Verständnis gemäß zu handeln.“ (Zur Situation... 1960, 9 f.)

Diese ehemals häufig zitierte prägnante Formulierung verzichtet mit gutem Grund auf die Benennung eines Kanons oder Curriculums, was Bildung im Einzelnen sei. Es werden auch keine Bildungsstandards genannt und von irgendjemandem festgesetzt. Stattdessen wird Bildung verstanden als ein aktiver Prozess, der es Subjekten ermöglicht, sich mit der Welt und der Gesellschaft, in der sie leben, reflektierend auseinanderzusetzen. Nach dem so gewonnenen Verständnis wird der gebildete Mensch aktiv und nimmt Einfluss auf die Entwicklung der Gesellschaft und den Gang der Welt.

Und schließlich geht es drittens in der Bildung um zweierlei: „Die Menschen stärken, die Sachen klären.“ (Hentig von 1985). Hartmut von Hentig hat das so pointiert benannt.

Eine vierte Definition zielt auf Mündigkeit. Dabei wird danach gefragt, wie es um sie in der heutigen, mit vielen Einschränkungen und Restriktionen verbundenen Zeit bestellt ist. „In diesem Zusammenhang ist Bildung die individuelle Voraussetzung der Befreiung. Sie intendiert die Überwindung aller Verhältnisse, welche die Entfaltung des Menschen verhindern. Bildung impliziert die Abschaffung von Herrschaft, zunächst der Herrschaft der Natur, dann der Herrschaft des Menschen über den Menschen.“ (Faulstich/Zeuner 1999, 34)

3. Wie werden Veranstaltungen geplant?

Politische Bildnerinnen und Bilder, die in der außerschulischen Bildungsarbeit bzw. der Erwachsenenbildung tätig sind, haben andere Arbeitsbedingungen als die in den allgemeinbildenden Schulen arbeitenden Kolleginnen und Kollegen. Denn Erwachsene kommen a) freiwillig – und das in der Regel in ihrer Freizeit – und bringen b) bereits Vorerfahrungen, fundierte Kenntnisse, oft feste Meinungen sowie lange Jahre politischer Sozialisation und Bildung mit sich. Das zu berücksichtigen gehört zum ABC der Veranstaltungsplanung. Und weil die Ausgangsvoraussetzungen sich so erheblich von denen in den Schulen unterscheiden, gibt es auch in der politischen Erwachsenenbildung – zumindest seit einigen Jahren – keine feststehenden Curricula und durchkonstruierten

didaktischen Konzepte. Orientiert wird sich dagegen an den Voraussetzungen der Lebenswelt und an den Interessen der Teilnehmenden.

Das bedeutet, an den Bedürfnissen, den Alltagserfahrungen und der Betroffenheit der Adressatinnen und Adressaten der Programmausschreibungen bzw. der zu den Veranstaltungen erschienenen Teilnehmenden anzusetzen – eben sich an der Lebenswelt dieser Menschen zu orientieren. Und da die Lebenswelten sowohl in sozialer, kultureller und räumlicher Hinsicht sehr unterschiedlich sind, gibt es eben auch immer wieder situative Besonderheiten, die sich dann in unterschiedlichen Akzenten der Volkshochschulprogramme niederschlagen. Neben diesem planungsstrategischen und pädagogischen Leitbegriff „Lebensweltorientierung“ gibt es noch einen „didaktischen“ Favoriten: die „Teilnehmerorientierung“. Sie ist die klassische Kategorie der Erwachsenenbildung und das besondere „Markenzeichen“ politischer Bildung in ihr. Jedenfalls nannten bei einer Befragung so gut wie alle Expertinnen und Experten Teilnehmerorientierung an erster Stelle, als sie ihre didaktischen Präferenzen mitteilen sollten, manchmal war sie auch die einzige nominierte Kategorie. (vgl. Hufer/Pohl/Scheurich 2004)

Das Kennzeichen einer teilnehmerorientierten Veranstaltung ist, dass sie in erster Linie nicht von „der Sache“ und ihrer Systematik her geplant, also von der „Dozentin“, dem „Dozenten“ ausgedacht und dann durchgeführt wird, sondern ihr Inhalt und Verlauf ergibt sich vorrangig aus den Erwartungen und Bedürfnissen der Teilnehmenden. Das kann dreierlei bedeuten: Einmal müssen die Programmplaner und -planerinnen diese Teilnehmerintentionen bereits gedanklich vorwegnehmen, wenn sie ihre Programme aufstellen. Zweitens kann das heißen, dass das eigentliche Lerngeschehen von allen an der Veranstaltung partizipativ Teilnehmenden verhandelt und bestimmt wird. Die weitestgehende Variante wäre drittens die, in denen die Teilnehmenden den gesamten Prozess selbst steuern, und zwar von der Planung bis zur konkreten Durchführung einer Veranstaltung.

Für die pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erfordert eine lebenswelt- und teilnehmerorientierte Veranstaltungsplanung und -durchführung, dass sie eine entsprechende professionelle Qualität aufzubringen haben, deren Kriterien die folgenden sind:

- die Adressatinnen und Adressaten sind Subjekte, nicht Objekte der Planung und des Lernens (siehe Meueler 2009),

- Zurücknahme möglicher narzisstischer Erwartungen von einer – sowieso unrealistischen pädagogischen Omnipotenz,
- demokratische Haltung,
- inhaltliche Sicherheit und
- methodische Versiertheit (um der jeweiligen Situation entsprechende Vorschläge offerieren zu können)

(siehe im Einzelnen auch Hufer 2009).

4. Literaturhinweise

- Alemann, Klaus von: Grundlagen der Politikwissenschaft, Opladen 1994
- Breit, Gotthard/Schiele, Siegfried (Hrsg.): Demokratie braucht politische Bildung, Schwalbach/Ts 2004
- Demokratie stärken – Zukunft denken. Aus der Praxis der politischen Erwachsenenbildung in Nordrhein-Westfalen, hrsg. vom Gesprächskreis für Landesorganisationen der Weiterbildung in NRW, Dortmund 2005
- Faulstich, Peter/Zeuner, Christa: Erwachsenenbildung. Eine handlungsorientierte Einführung in Theorie, Didaktik und Adressaten, Weinheim u. München 1999
- Hentig, Hartmut von: Die Menschen stärken, die Sachen klären. Ein Plädoyer für die Wiederherstellung der Aufklärung, Stuttgart 1985
- Hufer, Klaus-Peter: Heterogenität oder gemeinsame Leitidee? Wo ist der Konsens in der außerschulischen politischen Bildung?, in: Siegfried Schiele/Herbert Schneider (Hrsg.): Reicht der Beutelsbacher Konsens?, Schwalbach/Ts. 1996, S. 39 – 64.
- Hufer, Klaus-Peter/Pohl, Kerstin/Scheurich, Imke (Hrsg.): Positionen der politischen Bildung 2. Ein Interviewbuch zur außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung, Schwalbach/Ts. 2004
- Hufer, Klaus-Peter: Erwachsenenbildung. Eine Einführung, Schwalbach/Ts. 2009
- Massing, Peter: Politikdidaktik, in: Georg Weißeno u. a. (Hrsg.): Wörterbuch Politische Bildung, Schwalbach/Ts. 2007, S. 290 – 299
- Meueller, Erhard: Die Türen des Käfigs. Subjektorientierte Erwachsenenbildung, Baltmansweiler 2009
- Negt, Oskar: Wir brauchen eine zweite, eine gesamtdeutsche Bildungsreform, in: Oskar Negt (Hrsg.): Die zweite Gesellschaftsreform. 27 Plädoyers, Göttingen 1994, S. 276 – 290
- Negt, Oskar: „Politische Bildung ist die Befreiung der Menschen“, in: Hufer, Klaus-Peter/Pohl, Kerstin/Scheurich, Imke (Hrsg.): Positionen der politischen Bildung 2. Ein Interviewbuch zur außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung, Schwalbach/Ts. 2004, S. 194 – 213
- Tietgens, Hans: Erwachsenenbildung, in: Klaus-Peter Hufer (Hrsg.): Außerschulische Jugend- und Erwachsenenbildung, Bd. 2 des Lexikons der politischen Bildung, hrsg. von Georg Weißeno, Schwalbach/Ts. 1999, S. 60 – 62
- Wehling, Hans-Georg: Konsens à la Beutelsbach? Nachlese zu einem Expertengespräch, in: Siegfried Schiele/Herbert Schneider (Hrsg.): Das Konsensproblem in der politischen Bildung, Stuttgart 1977, S. 178 – 180
- Zum demokratischen und professionellen Standort politischer Erwachsenenbildung. Positionspapier 2000 (vielfach veröffentlicht, u. a. http://www.hubildungswerk.de/onlinearchiv_positionspapier.php)
- Zur Situation und Aufgabe der deutschen Erwachsenenbildung. Gutachten des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen, Beilage 1 zu „Volkshochschule im Westen“ 1/1960.

II - Politische Bildung an Volkshochschulen: Grundlagen

1. Selbstverständnis, Positionen und Argumente	13
2. Die Volkshochschule – Bildung in öffentlicher Verantwortung	29
3. Zum demokratischen und professionellen Standort politischer Erwachsenenbildung	40
4. Wann ist politische Bildung „gut“	47



1. Selbstverständnis, Positionen und Argumente

Klaus-Peter Hufer und Monika Engel

Positionspapier zur politischen Bildung an Volkshochschulen

Hrsg.: Landesverband der VHS von NRW e.V., Dortmund 2000, gekürzte Fassung

1.1	Präambel	14
1.2	Politische Bildung: was sie ist, was sie will, was sie soll	14
1.3	Definition	15
1.4	Dimension des Politikbegriffs	16
1.5	Inhalte und Themenfelder	18
1.6	Schlüsselprobleme	20
1.7	Methoden und Bearbeitungsformen	22
1.8	Professionelle Kompetenz in der politischen Bildung – Qualität der Bildungsarbeit	24
1.9	Kommunalität	26
1.10	Literaturhinweise	28

1.1 Präambel

Politische Bildung hat in der Arbeit der Volkshochschulen eine lange Tradition; sie war von Anfang an charakteristischer und unverzichtbarer Bestandteil ihrer Programme. Diese Kontinuität hat sich bis heute fortgesetzt und sie soll auch in die Zukunft hinein gesichert werden.

Der Landesverband der Volkshochschulen von Nordrhein-Westfalen legt nun ein Papier vor, das den Standort, die Merkmale und die Perspektiven politischer Erwachsenenbildung in öffentlicher Trägerschaft darstellt.

Beschrieben werden die Leistungen politischer Erwachsenenbildung für eine dauerhafte demokratische Entwicklung. Daneben werden wissenschaftliche Verortung, professionelle Handlungsweisen und Wege und Formen der praktischen Umsetzung politischer Erwachsenenbildung aufgezeigt.

Da politische Bildung stets „in Bewegung war“, d.h. sich auf aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen kreativ und mit angemessenen Bearbeitungsformen einstellte, erhebt auch dieses Papier keinen Anspruch auf endgültige Aussagen und Positionsbestimmungen. Es will vielmehr eine Leistungsbilanz politischer Bildung vorstellen und damit Möglichkeiten für eine lebendige, fundierte und von den Adressantinnen und Adressaten akzeptierte Arbeit für morgen aufzeigen.

Mit dem vorgelegten Positionspapier zur politischen Bildung sind zwei Intentionen verbunden: Zum einen bietet es eine aktuelle Bestandsaufnahme dessen, was zurzeit in der politischen Bildung wissenschaftlich und bildungspolitisch an Inhalten diskutiert wird. Zum anderen stellt es die zentralen Kategorien von Angebotsformen und Inhalten bezogen auf ein kommunales Weiterbildungsangebot dar.

In diesem Sinne empfiehlt der Vorstand des Landesverbandes der Volkshochschulen von Nordrhein-Westfalen seinen Mitgliedseinrichtungen, politische Bildung weiterhin zu fördern sowie ihre fachliche und personelle Professionalität zu erhalten.

1.2 Politische Bildung: was sie ist, was sie will, was sie soll.

Über politische Bildung ist viel diskutiert und gestritten worden. Das ist nicht verwunderlich, denn seit dem Entstehen der Bundesrepublik wurde und wird sie an Universitäten und Hochschulen wissenschaftlich erforscht und in zahlreichen

Bildungsinstitutionen praktisch realisiert. Auf die über 50jährige Theorie- und Praxisgeschichte politischer Bildung in der Bundesrepublik kann hier nicht eingegangen werden; hierzu soll – nur beispielhaft – auf jüngere, für die spezielle Situation der politischen Erwachsenenbildung aufschlussreiche Publikationen hingewiesen werden (siehe Literaturhinweise).

Eine Sichtung der Publikationen zeigt die gewachsene Tradition der politischen Bildung und den hohen fachwissenschaftlichen Standard sowie das differenzierte didaktische und methodische Repertoire, über das sie verfügt. Politische Bildung muss sich, soll sie seriös und kompetent dargeboten und praktiziert werden, auf dieses mittlerweile erreichte Niveau verpflichten. Das setzt bei den dort tätigen Institutionen und Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen eine entsprechende fachlich-sachliche Kompetenz voraus. Zum Selbstverständnis des Faches gehört auch, dass sich politische Bildung unterscheidet von Politikberatung einerseits oder politischer Agitation/Indoktrination/Propaganda andererseits. Politische Bildung meint die (selbst-) reflexive Auseinandersetzung mit den „politischen Dingen“. Deren zentrale Kategorien und Fragestellungen sind:

- Thematisierung der öffentlich relevanten und gesellschaftlich notwendigen Fragen, Themen, Probleme und Aufgaben
- Prozesse und Wege des Aushandelns von normativen Entscheidungen
- Verteilung und Regelung der gesamtgesellschaftlichen Ressourcen unter dem Gesichtspunkt gesellschaftlicher Legitimität
- Transparenz von Macht und Herrschaft
- Individuum und Allgemeinheit
- Subjekt und Politik
- Erinnerungs- und Utopiefähigkeit.

1.3 Definition

Unter den zahlreichen Definitionen von politischer Bildung ist die folgende von hoher Aussagekraft:

„Politische Bildung hat die Aufgabe, die Menschen zu befähigen, dass sie ihren gesellschaftlichen Standort und ihre Interessen erkennen und über soziale Probleme urteilen und dann handeln können. Dazu ist erforderlich, die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Prozesse und Strukturen zu durchschauen, den Zusammenhang zwischen Interessen und Politik und die Ursache und Funktion von Ideologien aufzudecken.“

Ziel Politischer Bildung ist: Kritisches Bewusstsein, selbständiges Urteil und politisches Engagement. Voraussetzung für demokratisches Engagement ist, dass dem Bürger die Zusammenhänge zwischen individuellem Schicksal und gesellschaftlichen Prozessen und Strukturen bewusst werden. Politisches Bewusstsein bildet sich im Erkennen der eigenen Interessen und im Erfahren der gesellschaftlichen Konflikte und der Herrschaftsverhältnisse. Der politisch bewusste und aufgeklärte Mensch soll nicht erleidendes Objekt der Politik sein, sondern als Subjekt in die Politik eingreifen (...).

Politische Bildung bedient sich der Erkenntnisse der Sozialwissenschaften, in erster Linie der Politikwissenschaft und der Soziologie (...).

Politische Bildung (...) darf die Lernenden (...) nicht im Sinne erwünschter Meinungen überwältigen. Deshalb muss das, was in der Politik und in den Sozialwissenschaften kontrovers ist, auch in der Politischen Bildung kontrovers thematisiert werden, sonst würde die Grenze zur Indoktrination überschritten und die Gewinnung eines selbständigen Urteils verhindert werden. Politische Bildung für die Demokratie im Sinne des Grundgesetzes kann allerdings nicht wertneutral sein, denn das Grundgesetz mit den Grundrechten als Kern ist selbst eine wertgebundene Ordnung“ (Drechsler / Hilligen / Neumann, 1995, S. VII).

1.4 Dimension des Politikbegriffs

Der Politikbegriff in der politischen Bildung:

Innerhalb der politischen Bildung wird seit langem kontrovers über den der Arbeit zugrunde liegenden Zentralbegriff „Politik“ diskutiert. Es stehen sich zwei Positionen gegenüber: einmal diejenige, die für einen engeren, und zum anderen die, die für einen weiteren Politikbegriff plädiert.

Für den engeren Politikbegriff ist die Orientierung an politikwissenschaftlichen Zentralkategorien Staat, System, Institutionen, Prozesse und Akteure etc. konstitutiv für die Themenfindung und -bearbeitung innerhalb der politischen Bildung.

Demgegenüber wird von Seiten der Vertreter und Vertreterinnen eines weiteren Politikverständnisses auf die vielfach diagnostizierte „Entgrenzung“ und „Entörtlichung“ von Politik (Ulrich Beck) und auf die politische Relevanz des Alltags und der Lebenswelt verwiesen.

Gute Aussicht auf Beendigung dieser Auseinandersetzung bietet ein Vorschlag, der seit wenigen Jahren auf wachsende und mittlerweile auf breite Zustimmung stößt. Demzufolge sollte die Orientierung an einem aus dem Angelsächsischen kommenden Begriffstrio erfolgen. Auch in der Leitdisziplin Politikwissenschaft war der Politikbegriff lange Zeit heftig umstritten. Nun gilt als „neuer Konsens in der Politikwissenschaft“ (von Alemann, 1994, S. 142), sich auf drei Dimensionen von Politik zu beziehen, die deren Essenz bezeichnen:

- polity, d. i. die institutionelle Dimension (gemeint sind Verfassungen, Regierungen, Parlamente, Ämter, aber auch Grundsätze der politischen Willensbildung wie Wahlen, Parteien, Verbände etc.)
- policy, d. i. die inhaltliche Dimension (gemeint sind normative, auf Ziele und Aufgaben verweisende Gegenstände von Politik)
- politics, d. i. die prozessuale Dimension (gemeint sind Formen der Willensbildung und Interessensvermittlung sowie der Präsentation und Durchsetzung von Macht).

Alle drei Dimensionen – Form, Inhalt und Verlauf – machen zusammen aus, was man als Politik bezeichnet (von Alemann, S. 142f).

Dieses dreifache Prinzip von Politik ist auch in der politischen Bildung angekommen und bildet dort die Grundlage didaktischer Überlegungen (Ackermann u. a., 1994). Das ist hilfreich, weil dieser Politikbegriff umfassend ist, ohne dabei beliebig entgrenzt zu sein. Mit ihm liegen Kategorien vor, auf die sich Fragen und Themenstellungen der Bildungsarbeit beziehen können.

Deutlich wird, dass politische Bildung etwas anderes ist als eine rein personenbezogene Bildung auf der einen oder eine berufliche Bildung auf der anderen Seite. Politische Bildung hat auch anders dimensionierte didaktische und methodische Bezüge und Bearbeitungsformen als beispielsweise die ausschließliche Alltagsorientierung oder Erlebnispädagogik. Auf die letztgenannten Zugangswege und Darstellungsweisen kann sie zwar zweifelsfrei jederzeit zurückgreifen, vor allem, um Adressaten und Adressatinnen zum Besuch der Veranstaltungen zu animieren und Teilnehmer und Teilnehmerinnen bei der Mitarbeit zu motivieren. Aber am politischen Bildungsprozess Beteiligte sollten reflexive Distanz zur Verwobenheit einer subjektiven Befindlichkeit und zum funktionalen/instrumentellen Interesse von ausschließlichen Qualifizierungsbemühungen sowie ggf. Wege und Möglichkeiten suchen, diese zu überwinden. Welcher inhaltliche Gegenstand, welches Thema und welche Frage in der

politischen Bildung besprochen und bearbeitet wird (idealerweise bezogen auf die drei vorgestellten Dimensionen von Politik), das sollte stets auf das spezifisch Politische hin befragt werden: „Wem dient das? Welche Interessen setzen sich durch? Wie verhält es sich zu dem Demokratiepостulat? Wie legitim sind die Verfahren? Wie steht es um die allgemeinen und öffentlichen Belange?“ (Hufer, 1997, S. 22).

1.5 Inhalte und Themenfelder

In der konzeptionellen Diskussion der Weiterbildung war die Frage nach dem Stoffkanon und der systematischen Ordnung der Inhalte politischer Bildung stets umstritten. Der Grund liegt in der mangelnden Klarheit der Kriterien einer Stoff- und Themenauswahl und der Gefahr, dass sie funktional, politisch oder ideologisch aufgeladen und „besetzt“ werden. „Objektiv“ jedenfalls lässt sich politische Bildung schwer kanonisieren. Außerdem ist politische Bildung wie kaum ein anderes Fach vom gesellschaftlichen Wandel geprägt; ein Fächerkanon könnte zu einem unaktuellen und erstarrten „Themenkorsett“ führen. Eine so verfahrenende politische Bildung würde dann wegen mangelnder Attraktivität implodieren.

Ein Ausweg aus dem Dilemma bietet der Beutelsbacher Konsens von 1976, dem Politikdidaktiker höchst unterschiedlicher Couleur zugestimmt haben. Er ist bis heute innerhalb der Politikdidaktik und der politischen Bildung als didaktisches Raster und als Bezugssystem für die Bestimmung von Zielen und Inhalten der politischen Bildungsarbeit unumstritten (Schiele/Schneider, 1996). Unwidersprochen sind dem Konsens zufolge drei Grundprinzipien:

1. „Überwältigungsverbot. Es ist nicht erlaubt, den Schüler - mit welchen Mitteln auch immer – im Sinne erwünschter Meinung zu überrumpeln und damit an der ‚Gewinnung eines selbständigen Urteils‘ zu hindern (...)“
 2. Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muss auch im Unterricht kontrovers erscheinen (...)
 3. Der Schüler muss in die Lage versetzt werden, eine politische Situation und seine eigenen Interessenlage zu analysieren, sowie nach Mitteln und Wegen zu suchen, die vorgefundene politische Lage im Sinne seiner Interessen zu beeinflussen (...).“
- (Wehling, 1977, S. 178 – 180).

Dieser Minimalkonsens kann ohne weiteres auf die Bedingungen der politischen Erwachsenenbildung übertragen werden, wenn man die Begriffe „Schüler“ durch

„Teilnehmer/Teilnehmerinnen“ austauscht. Der Konsens muss und kann jedoch angereichert werden durch die Benennung von Fähigkeiten und Kenntnissen, die innerhalb der politischen Bildung erworben, vertieft und verbessert werden.

Im bereits erwähnten Darmstädter Appell wird der politischen Bildung die Aufgabe zugewiesen, die Teilnehmer/Teilnehmerinnen dazu zu befähigen, ihre „Bürgerrolle“ wahrzunehmen. Um diese ausfüllen zu können, benötigen die Menschen entsprechende Kompetenzen:

- „Wissen über das Gesellschafts- und dabei insbesondere das politische System und seine Institutionen, über den Ablauf politischer Prozesse und die dabei geltenden Regeln und über die Alltagswirklichkeit von Politik mit ihren Spannungen zu den Verfassungsnormen;
- Einstellungen wie die Bereitschaft, Meinungsvielfalt und Meinungskonkurrenz in einer pluralistischen Gesellschaft auszuhalten, sich an der Austragung von Konflikten zu beteiligen und Kompromisse zu ertragen;
- Fähigkeiten wie Handlungs- und Gestaltungskompetenz zur Nutzung von Partizipationschancen sowie Entscheidungs- und Problemlösungsfähigkeit.“

Für die außerschulische politische Bildung lassen sich folgende Arbeitsweisen und Zielvorstellungen benennen:

- Politische Bildung als Erkundung und Erschließung eigener Lebensumwelt
- Politische Bildung als Orientierung
- Politische Bildung als Information
- Politische Bildung als Diskurs
- Politische Bildung als Ermutigung
- Politische Bildung als Training für politisches Handeln
- Politische Bildung als biographische Reflexion
- Politische Bildung als Konfliktmanagement
- Politische Bildung als Experiment (Beer, 1/97, S. 18 – 26).

Die Kultusministerkonferenz hat in ihren 1998 beschlossenen „Überlegungen zur politischen Weiterbildung“ zwar die Beziehung zum alltäglichen Lebenszusammenhang der Menschen betont, gleichzeitig aber auch ein dezidiert „politisches“ Verständnis der Arbeit zum Ausdruck gebracht: „Der Gegenstand der politischen Weiterbildung sollte dabei auf Themenstellungen im staatlichen Bereich und öffentlichen Leben fokussiert bleiben. Eine beliebige Erweiterung des Begriffsverständnisses von politischer

Weiterbildung würde ebenso wie eine Verkürzung auf Institutionenkunde der Komplexität politischer Prozesse und der notwendigen Beteiligung nicht gerecht werden.“

Ein dort genannter Katalog ist als eine Art Bestandsaufnahme drängender und notwendiger Themen der ausgehenden 90er Jahre plausibel. Doch kann er nicht in die Zukunft hinein verlängert werden, denn die Probleme der kommenden zehn, zwanzig oder fünfzig Jahre werden wieder anderes umfassen und wichtig erscheinen lassen.

Aus diesem Aktualitäts-Inaktualitäts-Dilemma kommt politische Bildung nicht heraus, wenn sie sich auf detaillierte inhaltliche Schwerpunktbenennungen und Themenkataloge festlegen will. Jedes so entstandene programmatische Tableau kann jederzeit erweitert werden; das Unbehagen, dass es lediglich eine je zeittypische Besonderheit darstellt, bleibt. Daher ist es sinnvoll, einen anderen Weg zu wählen, indem nämlich kategoriale und essentielle Schlüsselprobleme, -fragen und -qualifikationen der Überlegung zugrunde gelegt werden, welche Inhalte und Ziele politische Bildung verfolgen sollte.

1.6 Schlüsselprobleme

Wolfgang Klafki hat „ein neues Allgemeinbildungskonzept“ vorgelegt, in dem er „Allgemeinbildung“ explizit auf politische Bildung bezieht. Jene soll nämlich ihren Teil beitragen „für eine humane, fundamental-demokratisch gestaltete Gesellschaft“. Dabei schlägt Klafki eine „Konzentration auf Schlüsselprobleme der Gegenwart und der vermutlichen Zukunft“ vor. Im Einzelnen nennt er:

- Die Friedensfrage, wobei makropolitische und -soziologische Ursachen der Friedlosigkeit ebenso thematisiert werden sollen wie die gruppen- und massenpsychologischen Ursachen in den Subjekten.
 - Die Umweltfrage und damit „die Frage nach der Verantwortbarkeit und Kontrollierbarkeit der wissenschaftlich-technischen Entwicklung“.
 - „Die gesellschaftlich produzierte Ungleichheit“, und zwar sowohl innerhalb der Gesellschaft als auch „in internationaler Perspektive“.
 - „Die Gefahren und die Möglichkeiten der neuen technischen Steuerungs-, Informations- und Kommunikationsmedien.“
 - „Das Phänomen der Ich-Du-Beziehungen“, z. B. das Verhältnis zwischen den Geschlechtern, gleichgeschlechtliche Beziehungen etc.
- (Klafki, 1990, S. 297 – 310).

Oskar Negt hat aus der Unmöglichkeit, einen kanonisierten, repräsentativen, allseits akzeptierten und die relevanten Gegenwartsprobleme und Zukunftsaufgaben gleichermaßen beinhaltenden Bildungskatalog zu erstellen, Konsequenzen gezogen: „Nur exemplarische Lösungen des Zusammenhangsproblems sind noch möglich (...). Gegenüber der erdrückenden Macht der Einzelinformationen, die technisch beliebig kombiniert werden können, ist die Verarbeitungsfähigkeit, das Vermögen der qualifizierten Gewichtung, der Aufdeckung ihrer Kulturbedeutung, ihres konkreten Zusammenhangs zum eigenen Leben zum Hauptproblem des heutigen Bildungs- und Lernbegriffs geworden.“

Negt schlägt sechs „Kompetenzen“ vor, die ihm „als gesellschaftliche Schlüsselqualifikationen dringend notwendig erscheinen; sie können sich eignen, Wesenszusammenhänge der heutigen Welt zu erkennen und die bestehende Wirklichkeit unter dem Gesichtspunkt ihrer notwendigen Umgestaltung der praktischen Kritik zu unterziehen“:

- Den Umgang mit bedrohter und gebrochener Identität lernen (Kompetenz der Fremd- und Selbstwahrnehmung).
- Gesellschaftliche Wirkungen begreifen und Entscheidungsvermögen entwickeln (Technologische Kompetenz).
- Der pflegliche Umgang mit Menschen und Dingen (Ökologische Kompetenz).
- Erinnerungs- und Utopiefähigkeit (Historische Kompetenz).
- Sensibilität für Enteignungsverfahren; Wahrnehmungsfähigkeit für Recht und Unrecht, für Gleichheit und Gerechtigkeit (Gerechtigkeitskompetenz).
- Die wirtschaftlichen Zusammenhänge des Gemeinwesens verstehen, ohne die Sicht auf betriebswirtschaftliche Funktionsweisen zu verengen (Ökonomische Kompetenz).

(Negt, 1994, S. 276 – 290).

Die Vorschläge Klafkis und Negts verdeutlichen, dass gesellschaftlich notwendige Schlüsselprobleme vor allem von der politischen Bildung dargestellt und thematisiert werden können. Dabei ist der Politikbegriff ein erweiterter, aber keinesfalls ein konturenlos ausgefranster, denn es geht immer um die angemessene Vermittlung von Allgemeinem und Subjektivem, Öffentlichem und Privatem im Sinne einer humanen Zukunftsfähigkeit. Allerdings wird auch deutlich, dass die gesellschaftliche Komplexität sowie die Vielfalt und multiple Verortung politischer Entstehungs- und Wirkungsweisen eine Integration mit anderen Bildungsfeldern – der beruflichen, kulturellen, ökologischen

und gesundheitlichen Bildung – nahe legt. Diese Integration ist themen- und projektbezogen; sie erweitert den Aktionsradius, das Betrachtungsspektrum und die Zugangswege politischer Bildung, ersetzt aber nicht deren originäre und eigens konstituierte Arbeit.

1.7 Methoden und Bearbeitungsformen

In den letzten Jahren hat sich ein beträchtliches und äußerst differenziertes Repertoire an Methoden und Bearbeitungsformen in der politischen Bildung heraus entwickelt. In der gegenwärtig sich vollziehenden Umwidmung von Bildung in Qualifikation und der Ersetzung pädagogischen Denkens durch betriebswirtschaftliche Kosten-Nutzen-Überlegungen hat es die politische Bildung besonders schwer, ihren bis dato akzeptierten Stellenwert zu bewahren. „Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen jedoch, dass sich politische Erwachsenenbildung vor allem über attraktive methodische Zugänge behaupten kann“ (Behrens, in: Beer/Cremer/Massing 1999, S. 206). Die Vielfalt der Bearbeitungszugänge und -wege ist in der neueren Literatur gut dargestellt worden; deswegen werden hier nur „klassische“ und „neue“ Angebotsformen skizziert (siehe Behrens: Beer/Cremer/Massing, a.a.O., S. 205 – 220; Gugel, 1999; Hufer: in Mickel, 1999, S. 553 – 560; Kuhn/Massing, 1999).

Bei aller Faszination, die vor allem von den neu kreierten Methoden und Arbeitsweisen der politischen Bildung ausgehen, muss die pädagogische Maxime nach wie vor bleiben, dass der Weg sich nicht verselbständigt und den Inhalt ersetzt. Methodik und Didaktik müssen miteinander korrespondieren. Welche Verfahrensweise gewählt wird, hängt von der Thematik ab (und nicht umgekehrt). Diese Spannung konstruktiv ausloten zu können, ist ein Bestandteil professioneller Kompetenz. Bei aller Variationsbereitschaft der politischen Erwachsenenbildung und den Bemühungen, Lebensgefühl und Rezeptionsbereitschaft der Adressaten und Teilnehmenden zu treffen, darf ihre originäre Erkenntnisarbeit nicht verloren gehen: „Die Einsicht, die affektiven Komponenten in der politischen Erwachsenenbildung zu lange vernachlässigt zu haben, ist kein hinreichender Grund dafür, allzu forciert eine ‚subjektivistische Wende‘ einzuleiten. Die durch Marketingüberlegungen, Verunsicherungen und Frustrationen verstärkten Bemühungen, auch in der politischen Erwachsenenbildung dem vermeintlichen postmodernen Zeitgeist Tribut zu zollen, führen gelegentlich zu eher peinlichen Verkrampfungen und werden erfahrungsgemäß von den Teilnehmenden nicht honoriert. Die Vernachlässigung des rationalen Diskurses zugunsten angenehmer diffuser Befindlichkeiten kann nicht das Ziel politischer Erwachsenenbildung sein. Emotional verfängliche Reize dürfen in der

politischen Erwachsenenbildung die prüfende Nachdenklichkeit nicht überfordern. Emanzipatorische politische Bildungsarbeit war schon immer subjekt- bzw. teilnehmerorientiert, fühlte sich aber auch den Prinzipien der Aufklärung verpflichtet“ (Behrens, 1999, S. 219).

Für die politische Erwachsenenbildung ist kennzeichnend, dass sie ein breites Spektrum von Veranstaltungs- und Arbeitsformen aufweisen kann. Das ergibt sich aus dem zentralen didaktischen Prinzip der Teilnehmerorientierung, denn dieses bedeutet, der Situation, der Lerngruppe und dem Thema angemessen und variabel planen und lernen zu können. In der politischen Erwachsenenbildung kann zwischen „klassischen“ und „neuen“ Veranstaltungsformen unterschieden werden (nach Hufer, in Mickel, 1999, S. 556-558). Die „klassischen“ Veranstaltungsformen sind Vortrag, Vortragsreihe, Kurs, Seminar, Gesprächskreis, Arbeitskreis, Podiumsdiskussion, Tagung, Studienreise, Exkursion.

Vor allem im Zusammenhang mit den zahlreich etikettierten „Wenden“ in der Erwachsenenbildung, die mehr Ganzheitlichkeit, Lebenswelt-, Alltags- und Handlungsorientierung zur Folge hatten, sind zahlreiche neue Angebotsformen entwickelt und erprobt worden. Typologisch sind das vor allem die Werkstatt und das Training. Werkstätten sind eine vom Ausgang und Ziel her offene Begegnungs-, Bearbeitungs- und Lernmöglichkeit. In ihnen widmen sich die Teilnehmenden gleichberechtigt, selbstbestimmt und arbeitsteilig sowie mit handlungsorientierter Absicht einem Thema, Medium oder Raum. Am Ende soll ein Produkt oder Ergebnis präsentiert werden. In Werkstätten beschäftigen sich die in ihnen Mitarbeitenden mit einer „vor Ort“ bestehenden Frage, einem auch lokal bedeutenden Vorgang, (auto-) biographischen Prozessen und sinnlich erfahr- und vermittelbaren Ereignissen.

Beispiele sind Geschichts-, Zukunfts-, Schreib-, Medienwerkstätten (hier spielt Medienkompetenz eine doppelt wichtige Rolle: einmal als arbeitstechnische Voraussetzung der Pädagoginnen und Pädagogen, zum anderen als Bildungsziel für die Teilnehmenden).

Trainings sind Veranstaltungsformen, die zunächst weniger auf politisches Wissen, sondern mehr auf politisches Verhalten zielen. Dabei sollen Einstellungen überprüft und Verhaltensweisen geändert werden. Im Schonraum einer Art Laborsituation werden Situationen simuliert sowie Reaktionsformen diskutiert und trainiert, die den Teilnehmenden Sorge bereiten, sie empören, verunsichern und die sie gerne ändern

möchten. Beispiele: Trainings gegen Rassismus, Gewalt, Stammtischparolen oder für solidarische Nachbarschaftshilfe.

Weitere neue Veranstaltungsformen: Plan- und Simulationsspiel (auch computergesteuert), Hearing, politisches Theater, Sokratisches Gespräch, biographisches Lernen, Politischer Club, kommunalpolitisches Praktikum, politisches Fahrradfahren, Internet-Café, integrative Projekte (technische, berufliche, ökologische, kulturelle und politische Bildung).

In den letzten Jahren hat sich auch das Feld der Lernorte erweitert. Zunehmend finden politische Bildungsveranstaltungen auch außerhalb der angestammten, „klassischen“ Kurs-, Seminar- und Tagungsräume statt. Dies ist die Konsequenz des Entgrenzungs- und Entörtlichkeitsbefundes von Politik. Damit werden „Lebensorte“ zu Lernorten: Stadtteil, Betrieb, Umwelt, Alltag etc. In der Erweiterung der Lernorte, dem Öffnen von politischer Bildung liegt die Chance für neue Themen, Lernarrangements und Teilnehmendengruppen (siehe Behrens-Cobet: Lernorte, 1999, und Hufer, 1997, S. 18 – 23).

1.8 Professionelle Kompetenz in der politischen Bildung – Qualität der Bildungsarbeit

Politische Bildung qualifiziert zu vermitteln, erfordert mehrfache Kompetenzen:

- Eine wissenschaftlich-fachliche Kompetenz; d.h. dass die politischen Bildner/Bildnerinnen in der Lage sein sollten, die Diskussion in den Bezugswissenschaften (Politikdidaktik, Politikwissenschaft, Erziehungswissenschaft, Sozialwissenschaften) angemessen zu rezipieren.
- Eine pädagogische Kompetenz; d.h. wer in der politischen Bildung arbeitet (sei es als Planende/r oder Lehrende/r) sollte fähig sein, didaktische Übersetzung zu leisten und dabei adäquate Methoden, Lern- und Bearbeitungsformen einzusetzen sowie auf die Lebens- und Arbeitswelt und den Alltag der an den Bildungsprozessen Teilnehmenden zu beziehen.
- Eine spezifisch (politisch-)bildnerische Kompetenz, d.h. das Vermögen, politische Bildung von Politikvermittlung und politischer Propaganda zu unterscheiden und das Lerngeschehen (selbst-)reflexiv unter Ausklammerung privater oder parteiischer Überzeugungsabsichten zu gestalten (Beutelsbacher Konsens).
- Eine institutionelle Kompetenz, d.h. den bildungspolitisch gesetzten und normativ orientierten Handlungsrahmen der Bildungsarbeit als Bestimmungsgröße der Arbeit

mit zu bedenken, ohne dabei die fachlichen, pädagogischen und bildnerischen Notwendigkeiten zu minimieren. Im Falle der VHS-Arbeit heißt dies auch, dass diejenigen, die hier pädagogische Verantwortung tragen, sich des öffentlichen Charakters und Auftrags von VHS bewusst sein sollten. „Der öffentliche Auftrag der Volkshochschule beinhaltet vor allem die Möglichkeit des offenen Zugangs für alle Bürgerinnen und Bürger sowie die weltanschauliche Ungebundenheit und sachliche Ausgewogenheit des Programms. Öffentliche Erwachsenenbildung/Weiterbildung unter dem Dach der VHS ist somit Weiterbildung für alle. Im Unterschied dazu unterbreiten freie Träger(...)Weiterbildungsangebote auf der Basis bestimmter weltanschaulicher, religiöser, politischer und sonstiger Grundhaltung, durch die in der Regel vor allem bestimmte Zielgruppen in der Gesellschaft erreicht werden“ (Hammelrath, in: Lexikon, Bd. 2, 1999, S. 185f.).

Vor dem Hintergrund des letztgenannten Kompetenzmerkmals stellt und beantwortet sich auch die Frage nach der Qualität politischer Bildung innerhalb der VHS. Diese bestimmt sich einmal aus der Berücksichtigung der bereits dargestellten Kriterien, Arbeitsfelder und -weisen von politischer Bildung schlechthin. Zum anderen leiten sich die Maßstäbe und Standards der Qualität aus den allgemeinen Güte Merkmalen von Volkshochschularbeit ab. Diese sind, dem Selbstverständnis des Deutschen Volkshochschul-Verbandes folgend (Deutscher Volkshochschul-Verband, 1978; DVV-Mitteilung 4/90, S. 32):

- Öffentlichkeit und Offenheit als bildungspolitischer Auftrag und institutionelles Kennzeichen,
- Parteipolitische Unabhängigkeit,
- Ausgewogenheit in der Vielfalt des Angebots, des Spektrums der Lernziele und der Unterschiedlichkeit der Veranstaltungen und Arbeitsweisen,
- Flächendeckendes Weiterbildungsangebot,
- Teilnehmerorientierung als Kriterium der Angebotsplanung und der Unterrichtsgestaltung,
- Inhaltliche Breite der Stoffgebiete,
- Ganzheitliches Bildungsverständnis,
- Pluralität, Kontroversität, kommunikative Toleranz und Forum der Auseinandersetzung als Bildungsanspruch, Stilelement und atmosphärisches Charakteristikum,
- Aufmerksamkeit für das Bedürfnis nach Solidarität,
- Aufgeschlossenheit für benachteiligte Zielgruppen,
- Professionelle Arbeit und Ausstattung.

Diese die VHS kennzeichnende Grundposition belegt, dass es zur Qualität und Qualitätssicherung ihrer Arbeit gehört, politische Bildungsarbeit fest und unzweifelhaft in ihren Programmen zu verankern, auszubauen und deren fachliche Fortentwicklung zu kultivieren.

1.9 Kommunalität

Kommunalität ist das typische Kennzeichen von Volkshochschulen, das sie von anderen Erwachsenenbildungsträgern unterscheidet. Die VHS ist das kommunale Weiterbildungszentrum. Damit ist zweierlei gemeint: Rechtsträgerschaft und Wirkungsbereich. Kommunalität soll der politischen Bildung im Rahmen einer VHS weltanschauliche und parteipolitische Ungebundenheit des Angebots sichern (Hammelrath, 1999, S. 144).

Für die politische Bildungsarbeit ergeben sich aus der kommunalen Verankerung Prinzipien und Handlungsmöglichkeiten:

- Einzugsbereich: Die Fragen, Themen, Gruppen innerhalb der Kommune sind eine Grundlage der Planung und der Programmansprache. Die Diskussionen im Einzugsbereich zu thematisieren, erhöht die Lebensnähe und Attraktivität eines VHS-Programms.
- Flächendeckung: Das kommunale Gebiet sollte möglichst „ausgewogen“ mit Programmangeboten versorgt werden, das mindert Zugangsbarrieren und ermöglicht Lebensnähe. Allerdings lässt sich dieses Prinzip nicht immer realisieren. Eine in einer Großstadt oder einem Kreis arbeitende VHS braucht neben Dezentralität auch Zentralität (um „schwierige“ Themen realisieren zu können).
- Bedarfsdeckung: Das Offenkundige wird zum Programm. Dabei sind Programmwünsche aus dem Einzugsbereich ebenso eine Grundlage der Veranstaltungsplanung wie das Aufgreifen manifester Themen.
- Bedarfsweckung: Das „Verborgene“ soll bewusst werden. Dazu bedarf es „mikrosoziologischer Phantasie“, um beispielweise latente Themen zur Sprache bringen, eher artikulations- und organisationsschwache Gruppierungen in das Programm einzubeziehen, allgemein für Bildung zu werben, Gegensteuerungen zum vermeintlich „Selbstverständlichen“ zu versuchen.
- Netzwerkarbeit: Organisationen, Institutionen, Vereine und Bürgerinitiativen – eine Kommune lebt von deren Vielfalt. Für politische Bildung ist es eine Chance, aus ihrer Randständigkeit herauszukommen, wenn sie „Netze knüpft“, um somit für relative Zuverlässigkeit beim Zustandekommen der Veranstaltungen sorgt.

- Offenheit für alle: Wenn Volkshochschulen zum Sprachrohr und Betätigungsfeld nur der in der Öffentlichkeit bereits Etablierten werden, dann bleiben sie eine Einrichtung für eine Minderheit. Soll ihr Wirkungsradius und damit auch die Identifikation möglichst vieler Menschen mit „ihrer“ Kommune erweitert und verbessert werden, dann muss eine VHS offen sein für möglichst viele Gruppen, Meinungen und Ziele.

Eine Volkshochschule, die ihre Bildungsarbeit an diesen Prinzipien orientiert und nach ihnen organisiert, wird eine attraktive Begegnungsstätte für viele Bürgerinnen und Bürger. Sie ist unverzichtbares Element einer kommenden Bürgergesellschaft.

1.10 Literaturhinweise

- Ackermann, Paul u. a.: Dreizehn Planungsfragen für den Unterricht, Schwalbach/Ts. 1994 (auch erschienen als Ausgabe der bpb, Bonn 1994)
- Beer, Wolfgang: Politische Bildung im Epochenwechsel. Grundlagen und Perspektiven, Weinheim u. München 1998
- Beer, Wolfgang: Kontinuität und Experiment. Profil und Arbeitsfelder außerschulischer politischer Bildung, in: Praxis Politische Bildung 1/97, S. 18 – 26
- Beer, Wolfgang/Cremer, Will/Massing, Peter (Hrsg.): Politische Erwachsenenbildung. Ein Handbuch zu Grundlagen und Praxisfeldern, Schwalbach/Ts. 1999 (auch erschienen als Herausgabe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1999)
- Behrens-Cobet, Heidi: Lernorte, in: Lexikon der politischen Bildung, Bd. 2, a.a.O., S. 162
- Claußen, Bernhard/Geißler, Rainer (Hrsg.): Die Politisierung des Menschen. Instanzen der politischen Sozialisation. Ein Handbuch, Opladen 1996
- Drechsler, Hanno / Hilligen, Wolfgang / Neumann, Franz (Hrsg.): Gesellschaft und Staat. Lexikon der Politik, 9., neubearbeitete u. erweiterte Auflage, München 1995
- Deutscher Volkshochschul-Verband (Hrsg.): Stellung und Aufgabe der Volkshochschule, Bonn 1978
- Gagel, Walter: Geschichte der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland 1945 – 1985, 2. Aufl., Opladen 1995
- Gugel, Günther: Praxis politischer Bildungsarbeit. Methoden und Arbeitshilfen, 5. Aufl., Tübingen 1999
- Hammelrath, Reiner: Kommunalität, in: Lexikon der politischen Bildung, Bd. 2, a.a.O., S. 144
- Hufer, Klaus-Peter: Politische Erwachsenenbildung. Strukturen, Probleme, didaktische Ansätze. Eine Einführung, Schwalbach/Ts. 1992
- Hufer, Klaus-Peter: Politik ist da, wo die Menschen sind – neue Lernorte und Lernanlässe in der politischen Bildung, in Kursiv 1/1997, S. 18 – 23
- Hufer, Klaus-Peter: Lehr-, Lern- und Veranstaltungsformen, in: Mickel a.a.O., S. 553 – 560
- Klafki, Wolfgang: Allgemeinbildung für eine humane, fundamentaldemokratisch gestaltete Gesellschaft, in: Umbrüche in der Industriegesellschaft. Herausforderungen für die politische Bildung, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1990
- Körper, Klaus (Hrsg.): Politische Weiterbildung zwischen Gesellschafts- und Subjektorientierung, Bremer Texte zur Erwachsenen-Bildungsforschung 2, Bremen 1994
- Lexikon der politischen Bildung, hrsg. von Georg Weißeno: Bd. 1: Didaktik und Schule, hrsg. von Dagmar Richter u. Georg Weißeno; Bd. 2: Außerschulische Jugend- und Erwachsenenbildung, hrsg. von Klaus-Peter Hufer; Bd. 3: Methoden und Arbeitstechniken, hrsg. von Hans-Werner Kuhn u. Peter Massing, Schwalbach/Ts. 1999
- Mickel, Wolfgang (Hrsg.): Handbuch zur politischen Bildung, Schwalbach/Ts. 1999 (auch erschienen als Herausgabe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1999)
- Negt, Oskar: Wir brauchen eine zweite, eine gesamtdeutsche Bildungsreform, in: Oskar Negt (Hrsg.): Die zweite Gesellschaftsreform. 27 Plädoyers, Göttingen 1994
- Sander, Wolfgang (Hrsg.): Handbuch politische Bildung, Schwalbach/Ts. 1997 (auch erschienen als Herausgabe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1999)
- Schiele, Siegfried / Schneider, Herbert: Reicht der Beutelsbacher Konsens?, Schwalbach/Ts. 1996
- von Alemann, Ulrich: Grundlagen der Politikwissenschaft, Opladen 1994
- Wehling, Hans-Georg: Konsens à la Beutelsbach? Nachlese zu einem Expertengespräch, in: Siegfried Schiele/Herbert Schneider (Hrsg.): Das Konsensproblem in der politischen Bildung, Stuttgart 1977.

2. Die Volkshochschule - Bildung in öffentlicher Verantwortung

Aus: Die Volkshochschule – Bildung in öffentlicher Verantwortung

Hrsg.: Deutscher Volkshochschul-Verbandes, 2011 (in Auszügen)

[...]

2. Die Volkshochschule – das kommunale Weiterbildungszentrum

Die Volkshochschule steht allen Bürgerinnen und Bürgern offen. Mit Recht ist sie die bekannteste Weiterbildungseinrichtung in Deutschland. Die Volkshochschulen eröffnen vielfältige Zugänge zur Weiterbildung, wecken aber auch neue Bildungsbedürfnisse und ermöglichen freiwilliges Lernen mit Freude und Zufriedenheit. Sie sind dabei besonders um jene Menschen bemüht, die bislang zu wenig von Weiterbildung profitieren. Niemand soll zurückgelassen werden.

Volkshochschulen sind damit Teil der kommunalen Daseinsvorsorge. Mit ihrem umfassenden Angebot, mit innovativen Projekten, durch Vernetzung mit anderen Akteuren bereichern sie die kommunale Bildungslandschaft und fördern das Potenzial der Region.

2.1 Weiterbildung für alle als Prinzip und Verpflichtung

für alle Menschen

Offenheit ist Prinzip und Merkmal der Volkshochschularbeit: Volkshochschulen sind offen für Menschen aller sozialen Schichten und Einkommensgruppen, aller Milieus und Kulturen, für Menschen mit und ohne Behinderungen. Sie sind offen für Menschen mit unterschiedlichen und gegensätzlichen Auffassungen. Wohnortnahe Lernorte und barrierefreie Räume machen die Angebote der Volkshochschulen für ihre Adressaten erreichbar, eine soziale Preisgestaltung erleichtert den Zugang.

Ein Überblick über die Teilnehmerschaft bestätigt dies: Menschen aus allen Teilen der Bevölkerung nehmen im Laufe ihres Lebens die Angebote der Volkshochschulen wahr. Sie erreichen ganz allgemein Bildungsinteressierte ebenso wie Bildungsbenachteiligte im Vergleich zu anderen Anbietern direkter und besser.

Die Volkshochschulen sind soziale Orte, an denen Lernen Freude bereitet. Angenehme Gruppenatmosphäre und gutes Lernklima fördern nachhaltig das Gemeinschaftsgefühl. Die damit positiv in Erinnerung bleibenden Lernerfahrungen wecken den Wunsch nach Fortsetzung. Volkshochschulen sind somit nicht nur Orte intensiver, zeitlich begrenzter Wissensvermittlung, sondern ebenso solche langfristiger gemeinsamer Aktivitäten.

Für vielfältige Lebenssituationen

Die Volkshochschulen bieten ein universelles Programm an, informieren über Lernmöglichkeiten und machen neugierig: sowohl auf die verschiedensten Themen, auf Lernherausforderungen und kreatives Handeln, als auch auf die damit verbundene Begegnung und Verständigung.

Dabei sprechen die Volkshochschulen in erster Linie drei biografisch begründete Lern- und Bildungsmotive Erwachsener an:

- früher Versäumtes nachzuholen, z.B. Schulabschlüsse, allgemeine und berufliche Grundbildung, Fremdsprachen;
- vorhandene Qualifikationen und Schlüsselkompetenzen zu erweitern und zu stärken, wie Medien- und Sprachkompetenzen, Kommunikations- und Lernfähigkeit, soziale Kompetenzen;
- neue Anforderungen zu meistern, die persönliche, berufliche und soziale Lebenssituationen mit sich bringen.

Die biografische Perspektive schärft den Blick für alle Lebens- und Lernphasen. Sie lenkt die Aufmerksamkeit der Volkshochschulen zunehmend auf die Gestaltung von Übergängen im gesamten Bildungslebenslauf. Volkshochschulen bauen Brücken in der Lebens-, Arbeits- und Lernbiografie durch adressatengerechte Angebote.

Um ihren Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Orientierung in ihrem Angebot zu erleichtern, bieten die Volkshochschulen Bildungsberatung an. Sie schreiben darüber hinaus einen Teil des Programms für Zielgruppen in einer besonderen Lebenssituation aus und sprechen diese direkt an. Sie halten beispielsweise Angebote für ältere Menschen, die sich weiterbilden möchten, oder für Menschen, die den Wiedereinstieg ins Berufsleben anstreben, bereit. Sie gehen auf Menschen mit unterschiedlichen Lernschwierigkeiten zu und berücksichtigen ebenso diejenigen mit Behinderungen.

Für vielfältigen Bildungsbedarf

Die Bürgerinnen und Bürger sehen die Stärken der Volkshochschulen in ihrer breiten Angebotspalette und ihrer regionalen Präsenz. Den Volkshochschulen werden Seriosität, Verlässlichkeit, Qualität und Kundennähe bescheinigt, weil sie den vielfältigen Bildungsbedarf bestmöglich abdecken.

Frauen haben die Volkshochschulen im besonderen Maße als Orte für Bildung und Qualifizierung entdeckt und mit gestaltet. Frauenförderung und Geschlechtergerechtigkeit sind ausdrückliche Ziele im Hinblick auf die Teilnehmerschaft als auch auf das Personal. Als Beispiel für den damit verbundenen Bildungsbedarf greifen die Volkshochschulen

Themen zur Unterschiedlichkeit der Geschlechter auf. Sie setzen sich mit Rollenbildern und sozialer Orientierung auseinander. Passgenaue Lernangebote steigern die Chancen auf berufliche und gesellschaftliche Teilhabe.

Die individuelle Nachfrage ist und bleibt ein entscheidendes Standbein. Aber nicht nur ihr in ihrer gesamten Vielfalt werden die Volkshochschulen gerecht. Sie reagieren ebenso auf die gestiegene institutionelle Nachfrage – etwa von Arbeitsagenturen, Unternehmen und Projektgebern – mit bedarfsgerecht zugeschnittenen Angeboten.

Für freiwilliges Lernen und aktive Mitgestaltung

Auch wenn es in einigen Angebotssegmenten Verpflichtungen für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer geben kann, wie z.B. bei Integrations- und begleitenden Arbeitsförderungsmaßnahmen, so ist das Lernen in den Kernbereichen der Volkshochschule und für die weit größere Zahl der Teilnehmer/-innen freiwillig und selbstbestimmt. Diese Freiwilligkeit hebt sich positiv ab von anderen Lernzusammenhängen, mit denen für viele Menschen Zwangserfahrungen verbunden sind.

Die Freiwilligkeit begründet nicht nur eine besondere Motivation der einzelnen Teilnehmer/-innen, sondern sorgt auch für Transparenz und Teilhabe bis hin zu aktiver Mitgestaltung. Ob durch die Mitgliedschaft in Beiräten und Fördervereinen oder die institutionalisierte Mitbestimmung: Die Teilnehmer/-innen übernehmen selbst Verantwortung für ihre Volkshochschule.

Für alle Regionen – bundesweit und international

Volkshochschulen sind überall. Mit ihren fast 1.000 eigenständigen Einrichtungen bilden die Volkshochschulen ein bundesweit einmaliges Netz lokal verankerter Weiterbildungs- und Kultureinrichtungen. In ländlichen Regionen sind die Volkshochschulen häufig der einzige Weiterbildungsanbieter vor Ort. Durch diesen Standortvorteil ermöglichen sie eine flächendeckende Grundversorgung mit Weiterbildung und setzen besonders erfolgreich landes- und bundesweite Bildungskampagnen um.

Volkshochschulen sind weltoffen: Sie sind aufgrund ihrer gelebten Mehrsprachigkeit und mit ihren vielen ausländischen oder zugewanderten Teilnehmerinnen und Teilnehmern und Lehrkräften stark interkulturell geprägt. Sie sind durch Städtepartnerschaften, EU-Projekte sowie die Arbeit ihrer Dachorganisationen international vernetzt. Sie machen globale Zusammenhänge zum Thema und ermöglichen Begegnungen zwischen den Kulturen – durch interkulturelle Veranstaltungen in ihren Einrichtungen und mit vielfältigen Partnern in Kommunen und Regionen.

2.2 Kommunale Verankerung und öffentlicher Auftrag

Kommunalität – die enge Beziehung zum Gemeinwesen – ist für die Volkshochschulen ein konstitutives Merkmal ihrer Identität. Volkshochschulen werden direkt oder indirekt von der kommunalen Selbstverwaltung getragen und durch diese demokratisch legitimiert. In den Städten, Gemeinden und Landkreisen Deutschlands ist die Volkshochschule die bewährte zentrale Institution der kommunalen Daseinsvorsorge im Weiterbildungsbereich.

Öffentlicher Auftrag

Der öffentliche Auftrag der Volkshochschulen wird von den Ländern definiert und mit den Kommunen umgesetzt. Er besteht darin, ein umfassendes Weiterbildungsangebot für die gesamte Bevölkerung zu unterbreiten. Städte, Landkreise und Gemeinden unterstützen die Volkshochschulen in vielfältiger Weise. Diese wiederum engagieren sich unter anderem für Menschen ohne ausreichende Bildung, die im postindustriellen Zeitalter eine Problemgruppe darstellen. Die Volkshochschulen wirken präventiv deren gesellschaftlicher und beruflicher Abkoppelung entgegen und übernehmen damit eine wichtige Leistung, die den Kommunen zugute kommt. Nicht zuletzt hierdurch werden die Volkshochschulen zu einem erheblichen Standortfaktor.

Das Weiterbildungszentrum Volkshochschule ist Lernort, Gestaltungsraum, und kultureller Treffpunkt für alle Bürger/-innen in den Kommunen. Volkshochschulen greifen Anliegen aus Orts- und Stadtteilen auf, geben Belangen der gesamten Gemeinde ein Forum und tragen damit zur Entwicklung des Gemeinwesens bei. Zahlreiche Angebote zur beruflichen Qualifizierung sind auf Perspektiven regionaler Entwicklung ausgerichtet. Auch die Fort- und Weiterbildung des kommunalen Personals wird vielerorts von den Volkshochschulen übernommen.

In Zeiten wachsender Integrationsanforderungen stellen Volkshochschulen wichtige Orte der Kommunikation von Generationen, Nationalitäten und Kulturen dar. Sie wirken auch selbst integrierend. Sie sprechen Zielgruppen an, die nachholende Bildung benötigen, und ermöglichen so auf der kommunalen Ebene mehr Chancengleichheit.

Volkshochschulen beteiligen sich auch an arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Maßnahmen, wodurch Sozialkosten reduziert werden.

Bildungslandschaften und Regionalentwicklung

Volkshochschulen sind flexibel. Sie stellen sich rasch auf neue Herausforderungen ein und werden deshalb für innovative Vorhaben im Bildungssystem herangezogen. Verstärkt wird ihre Kompetenz benötigt bei einer übergreifenden Bildungsberatung und dem

Managen von Übergängen zwischen verschiedenen Bildungs- und Ausbildungsbereichen. Ihre Erfahrungen und Kernkompetenzen stellen sie für eine zukunftsweisende Gestaltung kommunaler wie regionaler Bildungslandschaften zur Verfügung.

Das breite Programm der Volkshochschulen enthält vielfältige Anschlussstellen für Kooperationen und Vernetzung weit über den Bildungsbereich hinaus, z.B. mit Kultur- und Jugendhilfeeinrichtungen oder mit Migrantenorganisationen. Volkshochschulen tragen zur kulturellen Vitalität des Gemeinwesens bei und machen es für seine Bevölkerung attraktiver. Innenstädte und lokale Zentren werden durch Volkshochschulen und ihre vielen Besucher/-innen belebt, woraus sich auch ein beträchtlicher wirtschaftlicher Mehrwert der Volkshochschulen für die Kommunen ergibt. Volkshochschulen stärken ihre Kommunen und damit die Wettbewerbsfähigkeit der gesamten Region.

2.3 Bildungsoptimismus und ganzheitliches Bildungsverständnis

Im Bildungsverständnis der Volkshochschulen haben die Bildungspotenziale jedes einzelnen Menschen Vorrang vor seinen möglichen Bildungsdefiziten. Lebenslanges Lernen gelingt auf der Grundlage von lebendiger Weiterbildungsmotivation und früh entwickelter Weiterbildungsfähigkeit. Die Volkshochschulen lassen sich in ihrer Arbeit von einem ganzheitlichen, integrativen Bildungsverständnis leiten. Dabei kommt der allgemeinen Bildung ebenso große Bedeutung zu wie der beruflichen.

Bildungspotentiale

Volkshochschulen vermitteln Orientierung im gesellschaftlichen Wandel und geben Interessierten einen Überblick über unterschiedliche Lernmöglichkeiten. Sie unterstützen die Teilnehmenden dabei, aktiv an Gesellschaft, Kultur und Berufsleben zu partizipieren und ihr Leben möglichst eigenverantwortlich zu gestalten.

Im Mittelpunkt dieser Arbeit steht die grundlegende Überzeugung von der Entwicklungs- und Lernfähigkeit Erwachsener, die Anschlussmöglichkeiten brauchen, um ihre individuellen Bildungsbiografien fortsetzen zu können. Mit mehr Motivation und Lernfähigkeit, Kommunikations- und Kritikfähigkeit fällt nicht nur das Lernen leichter, sondern es wächst auch der Mut, sich frei zu äußern, sich mehr zuzutrauen und sich den Herausforderungen der Arbeits- und Lebenswelt zu stellen.

Ganzheitliche Bildung

Zur Bildung gehören Wissen und Kompetenzen ebenso wie soziales und kommunikatives Lernen in gegenseitiger Anerkennung. Deshalb halten die Volkshochschulen eine Reduktion der Weiterbildung auf die Steigerung der Beschäftigungsfähigkeit für

kontraproduktiv. Vielmehr geben sie gleichermaßen Unterstützung dabei, mit der Beschleunigung im Zeichen wirtschaftlichen und kulturellen Wandels Schritt zu halten, wie auch Hilfestellung für die Entschleunigung z.B. durch Gespräch und Reflexion. Inzwischen wird eine alte Einsicht wieder entdeckt: Erwachsene lernen nicht nur in Bildungsorganisationen, sondern auch informell bei der Arbeit und im Alltag. Die Volkshochschulen nehmen dieses erweiterte Lernverständnis auf, indem sie informell erworbene Kompetenzen dokumentieren und ihren Kundinnen und Kunden damit bessere berufliche Chancen eröffnen. Volkshochschulen sind vorwiegend Einrichtungen der non-formalen Bildung, halten aber zahlreiche Angebote bereit, die zu einem anerkannten Abschluss führen.

[...]

3.2 Der Reichtum des Programms

[...]

Politische Partizipation und zivilgesellschaftliches Engagement

Das Selbstverständnis der Volkshochschulen als Orte der Demokratie manifestiert sich darin, dass sie mit ihren offenen Bildungsangeboten und beteiligungsorientierten Methoden öffentlichen Raum für Auseinandersetzung und Verständigung schaffen. Die Förderung von Teilhabe, kritischer Auseinandersetzung mit politischen Themen und Mitwirkung am gesellschaftlichen und politischen Leben hat darüber hinaus im vielgestaltigen Programmbereich „Politik – Gesellschaft - Umwelt“ ihren besonderen Ort.

Die Bürger/-innen sind mit den drängenden politischen und sozialen Fragen oder gesellschaftlichem Konfliktstoff vielfach konkret in ihrer Kommune konfrontiert. Deshalb gehören Aktivitäts- und Angebotsformen wie Diskussionsforen, Geschichts- und Zukunftswerkstätten, aber auch die kritische Auseinandersetzung mit Fragen der Stadtplanung oder mit aktuellen kommunalpolitischen Problemfeldern zum genuinen Arbeitsgebiet der politischen Bildung in den Volkshochschulen. Damit ermöglichen sie auch einen Dialog der Bevölkerung mit politischen Entscheidungsträgern und wirken der wachsenden Politik- und Beteiligungsmüdigkeit entgegen. Inhaltlich erweitert sich das Angebot ständig. Es umfasst sowohl historisch-politische Themen als auch Veranstaltungen zu jeweils aktuellen Fragen, die auf die Stärkung politischer Urteilskraft abzielen.

Bedeutungszuwachs verzeichnet eine besondere Form der Partizipation: das bürgerschaftliche Engagement. Hier bieten Volkshochschulen Orientierung, Qualifizierung und Begleitung.

Selbstbestimmtes Verhalten in der modernen Zivilgesellschaft setzt aktuelle Allgemeinbildung voraus, die ebenfalls im Programmbereich „Politik – Gesellschaft – Umwelt“ ihren Platz hat. Das Angebot umfasst sowohl alltagspraktisches Wissen zu rechtlichen, wirtschaftlichen, naturwissenschaftlichen, psychologischen oder pädagogischen Themen und die Vermittlung von Kompetenzen – etwa im Umgang mit Medien - als auch eher theoretisch ausgerichtete, an wissenschaftliche Disziplinen angelehnte Grundlagenveranstaltungen. Im „studium generale“ ermöglichen die Volkshochschulen häufig im Zusammenwirken mit Hochschulen interdisziplinäre Auseinandersetzungen mit neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen.

Eine Grundfrage der gesellschaftspolitischen Bildung lautet: Was bedeutet Partizipation für verschiedene Gruppen, z.B. für Jugendliche? Deshalb haben Volkshochschulen ihr Angebot für bestimmte Zielgruppen erheblich ausgebaut. Für Jugendliche und junge Erwachsene, insbesondere aus sogenannten bildungsfernen Milieus, sind die Volkshochschulen mit ihrem Angebot außerschulischer politischer Bildung im Rahmen des Kinder- und Jugendplans seit über fünf Jahrzehnten verlässlicher Partner des Bundes.

Mit ihren Orientierungs- und Einbürgerungskursen bieten Volkshochschulen Menschen mit Migrationshintergrund die Möglichkeit, politische Partizipation zu verstehen und zu erfahren.

Veranstaltungen der entwicklungsbezogenen Bildung und des globalen Lernens wollen Interesse an Entwicklungs- und Transformationsländern wecken, globale Zusammenhänge mit Einfluss auf den einzelnen Menschen sichtbar machen und politisches Engagement für nachhaltige Entwicklung und eine verantwortungsbewusste Weltgesellschaft fördern.

4.1 Quantitativer Ausbau und qualitative Entwicklung

Die prozentuale Beteiligung der deutschen Bevölkerung an organisierter Weiterbildung ist im europäischen Vergleich zu niedrig. Bund und Länder streben deshalb eine deutliche Erhöhung der Weiterbildungsbeteiligung insgesamt und insbesondere bei den gering Qualifizierten an. Die Volkshochschulen beteiligen sich offensiv an den Anstrengungen zur Erhöhung der Weiterbildungsquote. Dieses Ziel kann realistisch betrachtet aber nur erreicht werden, wenn Lebenslanges Lernen nicht nur von allen gefordert wird, sondern Zugangs- und Teilnahmemöglichkeiten auch deutlich stärker öffentlich gefördert werden.

Bildungsgerechtigkeit

Den Volkshochschulen geht es gleichermaßen um einen Zuwachs an Teilnehmerinnen und Teilnehmern wie auch um einen qualitativen Zuwachs an Teilhabe und Zugang zur Bildung. Priorität haben Aufgaben, die von besonderem öffentlichen Interesse sind: solche, die dem Ziel der Bildungsgerechtigkeit dienen wie die Weiterbildung einkommensschwacher und bildungsbenachteiligter Gruppen, die Grundbildung, das Nachholen von Schulabschlüssen, aber auch andere gemeinwohlorientierte Angebote wie die der politischen, interkulturellen und ökologischen Bildung, bei denen der eigene Nutzen nicht im Vordergrund steht. Jede Volkshochschule sollte – ob einzeln oder in Kooperation – in die Lage versetzt werden, solche Angebote zu realisieren.

Gleiches gilt für die Versorgung mit Weiterbildung in ihrer gesamten Vielfalt und thematischen Breite und Tiefe, die unabdingbar ist, um die ständige Aktualisierung der Allgemeinbildung und die Berufsfähigkeit aller zu gewährleisten. Barrierefreie Bildung verlangt ebenso bauliche Verbesserungen und kurze Wege, etwa durch wohnortnahe Angebote für Ältere, wie auch angemessene Rahmenbedingungen, z.B. durch Ermäßigungsregelungen, die sozial offene Zugänge sichern. Die sich öffnende Schere zwischen steigenden Bildungsansprüchen einerseits und großem Nachholbedarf an Grundbildung und Lernfähigkeit andererseits erfordert eine weitere Ausdifferenzierung des Programms und die Gestaltung von Übergängen zwischen Bildungsbereichen.

Förderung des Fachkräftepotenzials

Branchenübergreifend wächst der Fachkräftebedarf. Der spezifische Beitrag der Volkshochschulen zur Förderung des Fachkräftepotenzials liegt in der Weiterentwicklung, konkret der Modularisierung, der Systematisierung und der Standardisierung ihrer Fortbildungsangebote sowie in der Bereitstellung entsprechender Abschlüsse. Damit einhergehend begleiten die Volkshochschulen aktiv die Umsetzung des Europäischen Qualifikationsrahmens bzw. dessen spezielle Ausrichtung auf nationaler Ebene. Dabei setzen sie sich für eine Kultur der Anerkennung berufsrelevanter Kompetenzen ein, die außerhalb des formalen Bildungssystems erworben wurden. Einen besonderen Schwerpunkt legen die Volkshochschulen auf die Förderung der Bildungsressourcen von Migrantinnen und Migranten.

Fachkräftemangel, veränderte Rentenpolitik und längere Lebensdauer bedingen auch, dass immer mehr erwerbsfähige Erwachsene länger arbeiten müssen. Volkshochschulen erreichen im Gegensatz zur betrieblichen Weiterbildung große Gruppen von Menschen jenseits der 50. Dabei setzen sie nicht einseitig auf berufliches Spezialwissen, sondern entwickeln berufsübergreifende Angebote weiter, die sie auch in kooperative

Qualifizierungsmaßnahmen einbringen. Eine Daueraufgabe stellen Bildungs- und Qualifizierungsprogramme für Berufsrückkehrer/-innen während und nach der Eltern- und Familienzeit dar. Die Volkshochschulen tragen mit ihrer Programmentwicklung dazu bei, das lineare Drei-Phasen-Lebensmodell „Lernen-Arbeiten-Ruhestand“ in eine kontinuierliche „Work-Learn-Life-Balance“ zu überführen.

Demografischer Wandel und generationengerechte Bildung

„Weniger – älter – bunter“ – so lassen sich die Folgen des demografischen Wandels für die Bevölkerungsstruktur schlagwortartig zusammenfassen. Als Einrichtungen des lebensbegleitenden Lernens sind die Volkshochschulen prädestiniert, speziell zugeschnittene generationenübergreifende Bildungsangebote zur Verfügung zu stellen. Derartige Angebote, in denen Jüngere und Ältere gemeinsam lernen, sich durch Schnelligkeit im Lernen und Rückgriff auf Erfahrung ergänzen, sind für beide Seiten von Vorteil.

Altersgerechte Bildung setzt voraus, dass die Teilnehmenden nicht als homogene Zielgruppe, sondern in ihren unterschiedlichen Altersphasen, mit ihren unterschiedlichen Bildungsinteressen und sozialen Orientierungen wahrgenommen werden. Ältere Menschen wollen vornehmlich ihre Allgemeinbildung aktualisieren und sich kulturell betätigen, sie suchen Möglichkeiten zum sozialen Engagement und soziale Einbindung, sie wollen Versäumtes nachholen oder sich weiterentwickeln. Viele wollen sich gerade mit jüngeren Menschen austauschen, die ihrerseits von der Erfahrungswelt der älteren profitieren, andere möchten gemeinsam mit Menschen in vergleichbarer Lebenssituation lernen. Die altersoffene Weiterbildung der Volkshochschulen baut solche Angebote stetig weiter aus.

Die Gesellschaft kann es sich nicht leisten, auf die vielen jungen Menschen zu verzichten, die im Regelschulsystem zu scheitern drohen oder bereits gescheitert sind. Die Volkshochschulen erweitern deshalb ihr Grundbildungsprogramm. Sie vermitteln vermehrt Schulabschlüsse und verstärken ihre Anstrengungen im Management des Übergangs zwischen Schule und Arbeitswelt. So unterstützen sie effektiv die kommunalen Systeme nachholender Schulbildung, auch in bewährter Kooperation mit Schulen, Arbeitsverwaltung und Betrieben. Lernfähigkeit, eine Kernkompetenz für die Beschäftigungsfähigkeit, muss unter anderem mit Hilfe von Lernberatung intensiv gefördert werden.

Um junge Menschen auf ihrem Bildungsweg besser und gezielter zu unterstützen, bauen die Volkshochschulen auch den Programmbereich „Junge VHS“ aus.

Lernen mit digitalen Medien

Für große Teile der jungen, aber auch einen wachsenden Teil der älteren Generationen stellen die digitalen Universalmedien einen selbstverständlichen Teil ihrer Alltagskultur dar. Sie erwarten daher zu Recht von Weiterbildungseinrichtungen, dass diese sich in digitalen Medien präsentieren, für sie dort erreichbar sind und Formen des E-Learnings anbieten.

Dies führt zu einer Erweiterung der Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit mit Hilfe von Online-Communities: z.B. als zusätzliche Leistung für Lerngruppen, aber auch als neuer Ort für Meinungsbildung und als neuer Schauplatz für Bildungsöffentlichkeit.

Die Individualisierung der Lebens- und Arbeitssituationen der Menschen verlangt auch nach flexiblen, also termin- und ortsunabhängigen Lernmöglichkeiten. Der Aufbau von durch Lernberatung begleiteten Selbstlernzentren entwickelt sich von der Ausnahme zur Regel. Hierzu gehört auch die Unterstützung individueller Lernleistungen durch Online-Tutorinnen und -Tutoren als gängige Bildungsdienstleistung. Medienunterstützte Weiterbildungsformen sind für dünner besiedelte Regionen ein entscheidendes Instrument, dort im Interesse der Chancengerechtigkeit ähnlich differenzierte Weiterbildungsmöglichkeiten anzubieten wie in Ballungsräumen.

Nicht zuletzt bieten die medial unterstützten Bildungsöffentlichkeiten auch moderne Diskurs- und Beteiligungsräume. Es gilt, die digitale Kommunikationskultur und den Austausch in Online-Communities in die Volkshochschularbeit zu integrieren. Dabei geht der Wert und die Akzeptanz von Präsenzkursen schon deshalb nicht verloren, weil digitale Angebote soziales Lernen nicht ersetzen können.

Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit

Die Volkshochschulen treten ein für ein nachhaltiges Lernen, das über Nahziele hinaus den Schutz der natürlichen Ressourcen und das Wohl kommender Generationen im Blick behält.

Volkshochschulen halten es für ihre besondere Pflicht als öffentliche Einrichtung, Fragen wie die des Ressourcenerhalts, des Klimawandels sowie der Bildungs- und Generationengerechtigkeit auf der Agenda zu halten. Globales Lernen und Lernen für nachhaltige Entwicklung brauchen im Programm ebenso weiteren Platz wie Möglichkeiten zur Auseinandersetzung mit einem zukunftsfähigen, ressourcenschonenden Lebensstil. Die Volkshochschulen scheuen sich weder heute noch künftig, die komplexen naturwissenschaftlichen Hintergründe von Umweltproblemen zu beleuchten.

Die Volkshochschulen setzen sich deshalb kritisch mit den Tendenzen auseinander, Wert und Verwertbarkeit vorrangig in solchen Weiterbildungsangeboten zu sehen, die allein einem kurzfristigen und sehr isolierten Nutzen entsprechen. Diesem Reduktionismus treten Volkshochschulen dadurch entgegen, dass sie die einzelnen Bildungsinhalte in einen größeren Kontext stellen und sie bewusst solche Themen in Erinnerung rufen, die nicht immer Konjunktur haben, aber langfristig dem persönlichen wie dem allgemeinen Wohlergehen dienen.

[...]

3. Zum demokratischen und professionellen Standort politischer Erwachsenenbildung

Aus: Zum demokratischen und professionellen Standort politischer Erwachsenenbildung.
Hrsg.: Gesprächskreis für Landesorganisationen der Weiterbildung, Dortmund 2001, gekürzte Fassung.

- 3.1 Orientierung in Umbrüchen – Kompetenzen für Beteiligung
- 3.2 Demokratische Anforderungen an politische Erwachsenenbildung heute
- 3.3 Wissenschaftsorientiert, reflexiv und normativ
- 3.4 Weitere Voraussetzungen fachlichen Handelns

Politische Erwachsenenbildung ist und bleibt in Bewegung: Sie verändert ihre inhaltlichen Akzente, ihre Aufmerksamkeit für die unterschiedlichsten Demokratiedefizite und Zielgruppen, sie erweitert ihr Methodenrepertoire und erhält neue politische und gesellschaftliche Aufgaben. Was bleibt als dennoch identifizierbarer Kern der Profession „politische Erwachsenenbildung“?

3.1. Orientierung in Umbrüchen – Kompetenzen für Beteiligung

Zielkataloge unterschiedlichster Herkunft, die für die politische Bildungsarbeit erstellt wurden, ergeben, dass mindestens in den folgenden Zielsetzungen ein weitgehender Konsens besteht: Politische Bildung will

- INFORMIEREN über Bedingungen, Interessen und Normen in Politik und Gesellschaft, über politische, gesellschaftliche, historische und ökonomische Zusammenhänge und Prozesse, über die beschleunigte globale politische, ökonomische und soziale Entwicklung;
- BEFÄHIGEN zur Anwendung demokratischer Verhaltens- und Verfahrensweisen (Ausbildung von Argumentations- und Urteilsfähigkeit, Einüben von Konfliktfähigkeit, Pluralismus und Konsensbildung, Umgang mit Ambivalenzen und Alternativen) und zum Erkennen und Nutzen der Chancen politischer und gesellschaftlicher Einflussnahme sowie zur Bewusstseinsbildung über die historischen Grundlagen der Demokratie;
- HINFÜHREN zu Reflexion und Orientierung, zur Akzeptanz der demokratischen Grundwerte, zu Toleranz und Fairness, zum Einsatz für Menschenwürde, Menschenrechte, zu Geschlechterdemokratie und einem solidarischen Verhältnis der Generationen sowie zu sozialer Gerechtigkeit und zur Mitgestaltung der Zukunft.

Um Sachverhalte zu verstehen, einzuordnen und die Möglichkeit einer aktiven Teilhabe zu eröffnen, bedarf es der Fähigkeit, Zusammenhänge herzustellen und damit solcher Schlüsselqualifikationen, die Orientierung und Urteilskraft in der Welt von heute erst möglich machen. Solche für die politische Bildung relevanten Schlüsselqualifikationen lassen sich in Anlehnung an Oskar Negt zusammenfassen als:

- Kompetenz der Fremd- und Selbstwahrnehmung: den Umgang mit bedrohter und gebrochener Identität lernen,
- technologische Kompetenz: gesellschaftliche Wirkungen von Technik begreifen,
- ökologische Kompetenz: der pflegliche Umgang mit Menschen, Natur und Dingen,
- historische Kompetenz: Erinnerungs- und Utopiefähigkeit,
- Gerechtigkeitskompetenz: Sensibilität für Diskriminierung, für Recht und Unrecht, für Gleichheit und Gerechtigkeit,
- ökonomische Kompetenz: wirtschaftliche Zusammenhänge des Gemeinwesens verstehen ohne Reduktion der Ökonomie auf Betriebswirtschaft.

Gerade in Zeiten der Beschleunigung gesellschaftlicher Entwicklungen – beispielhaft sind hier Globalisierung und multimediale Technik zu nennen – ist es demokratisch unerlässlich, dass Bürgerinnen und Bürger auf Instrumentarien und Kompetenzen zur Verständigung über diese Tendenzen zurückgreifen können. Die Kommunikation über politische Prozesse zwischen den unterschiedlichen Gruppierungen und auch zwischen Politik und Bürgerinnen und Bürgern ist ein zentrales Betätigungsfeld politischer Bildung. Allein im Rahmen der organisierten politischen Erwachsenenbildung beteiligen sich etwa 2 Millionen erwachsene Teilnehmerinnen und Teilnehmer jährlich in der Bundesrepublik (davon 800.000 in NRW) an dieser Aufgabe der demokratischen Selbststeuerung.

3.2. Demokratische Anforderungen an politische Erwachsenenbildung heute

Politische Bildung ist als ausdrückliche und eigenständige Aufgabe ein Ergebnis der Nachkriegszeit – es galt, die Prinzipien und Verfahren der Demokratie nicht nur als Regelwerk und Normensystem, sondern auch als alltägliche Lebensweise neu zu lernen. Zu diesem Zweck wurden Austausch- und Besuchsprogramme für junge Leute mit den alten und neuen westlichen Nachbarn, Verbündeten und Freunden initiiert, Jugendhöfe, Abend- und Heimvolkshochschulen sowie Akademien als besondere Orte der öffentlichen Auseinandersetzung aufgebaut, Frauen-Treffpunkte und andere zivile Strukturen initiiert. Heute sprechen folgende Gründe für die unabschließbare Aufgabe der politischen Erwachsenenbildung:

- Die Entwicklung der demokratisch verfassten Gesellschaft ist zukunfts offen, niemand kann den Gang der Ereignisse vorhersehen. Es hängt von den Menschen selber ab, wie sozial und friedlich sich das Gemeinwesen weiterentwickelt. Solche Gestaltungsfähigkeit ergibt sich aber nicht von selbst – die Bürgerinnen und Bürger müssen immer wieder die Voraussetzungen ihrer bürgerschaftlichen Betätigung, ihre Argumentations-, Urteils- und Kritikfähigkeit neu herstellen. Dies tun sie unter anderem durch politische Bildung.
- Politische Wissensbestände und weltanschauliche Orientierungen sind heute oftmals nicht mehr von langgültiger Dauer. Mit der Globalisierung von Wirtschaft und Kultur, den raschen Veränderungen der Arbeitswelt, der Auflösung von Milieus, religiösen und traditionellen Bindungen nimmt der Orientierungsbedarf der Menschen erheblich zu. Angesichts unabschaffbarer struktureller Unsicherheiten dienen öffentliche Diskurse und Kommunikationsorte als Lerngelegenheiten und „Geländer“ für die immer neu stattfindende individuelle, soziale und politische Selbstverortung.
- Auch die Politik selber ist von diesen Entwicklungen erfasst: Es ist heute schwierig, auf umfassende politische Konzepte zurückzugreifen; die Steuerungsfähigkeit hat abgenommen, und Politik muss also stückweise neu erarbeitet und kommuniziert werden. Diese Kommunikation darf nicht einseitig verlaufen: In einer Bürgergesellschaft werden ständig neue Vorschläge, Gründe und Einwände nicht nur von Parteien, Verwaltungen und Regierungen entwickelt, sondern auch von Bürgerinitiativen, Vereinen, Lebensstilgruppen, Nichtregierungsorganisationen und anderen mehr – deren kommunikative Beteiligung verlangsamt und verbessert die Dualität politischer Entscheidungen und stellt selbst eine Form der Partizipation dar. Ein genuiner Ort für offene und gruppenübergreifende Dispute ist die politische Bildung, wo Vorschläge und ihre Begründung in demokratischem Stil und ohne direkten Entscheidungszwang entwickelt und geprüft werden können.
- Auch mehr als 50 Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus und 10 Jahre nach den demokratischen Revolutionen in der DDR und Osteuropa erweist sich, dass die Erfahrung von Völkermord und totalitärer Herrschaft ein nicht zu bewältigender Tiefpunkt politischer Entwicklung bleibt. Die Grundwerte von Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind nicht nur gegenwärtig und zukünftig von Belang, sondern beziehen sich in den Dimensionen von Aufklärung und Gedenken ebenso auf die Vergangenheit. Die Erinnerung an die (sinnlosen) Opfer der Gewalt in der Geschichte bleibt ein unabschließbares Aufgabenfeld der politischen Bildung. Die zivilisatorische

Kruste moderner Demokratien ist dünn und zerbrechlich, und die Katastrophen des 20. Jahrhunderts lehren auch weiterhin etwas über rassistische und staatsterroristische Rückfallgefahren.

All dies braucht Orte und Institutionen, die diese Aufgaben kontinuierlich und in professioneller Weise wahrnehmen können und in denen Bürgerinnen und Bürger im gemeinsamen Gespräch und mit Expertinnen und Experten – abseits vom Alltagsgeschäft – in Tagungshäusern vor Ort und in Bildungseinrichtungen in freier und kommunaler Trägerschaft die Herausforderungen der Gegenwart und die Möglichkeiten der Intervention und Mitgestaltung diskutieren können.

3.3. Wissenschaftsorientiert, reflexiv und normativ

Politische Bildung erkennt die Mündigkeit und Autonomie sowie das Recht eines jeden Menschen an, seine Lebensziele und Wertmaßstäbe selbst bestimmen zu können. Hier gibt es keinen Bewusstseins-, sondern allenfalls einen Informationsvorsprung bei denjenigen, die Bildung planen und vermitteln. Agitationsversuche stehen in fundamentalem Widerspruch zu den Absichten einer demokratischen Bildung.

- Das so genannte Überwältigungsverbot gilt auch für die politische Erwachsenenbildung: Es ist ihr nicht erlaubt, die Teilnehmenden im Sinne erwünschter Meinungen zu überrumpeln und an der Gewinnung eines selbständigen Urteils zu hindern (Beutelsbacher Konsens). Auch die anderen aus den Kontroversen der Politikdidaktik gewonnenen Grundprinzipien sind für die Arbeit in der politischen Erwachsenenbildung maßgeblich: Was wissenschaftlich und politisch umstritten ist, muss auch in ihren Lehr-Lern-Situationen kontrovers erscheinen; politisch Interessierte sollen in die Lage versetzt werden, eine politische Situation und eigene Interessenlagen zu analysieren, sowie Mittel und Wege kennen lernen, die vorgefundene politische Lage zu beeinflussen. Dazu gehört auch die Fähigkeit, politische Ideologien zu durchschauen und zu kritisieren. Eine solche Fachlichkeit setzt voraus, dass Erwachsenenbildnerinnen und Erwachsenenbildner ihre persönlichen Voraussetzungen und Möglichkeiten ständig reflektieren. Ob sie in disponierender, unterrichtender oder moderierender Weise tätig sind, stets müssen sie bereit und in der Lage sein, ihre „eigenen Anteile“ im Gange eines Bildungsprozesses darauf hin zu überprüfen, ob und inwieweit sie im Einklang stehen mit den genannten Prinzipien.

- Fachlichkeit hat noch eine weitere Dimension. Denn Pädagoginnen und Pädagogen müssen begründet darüber entscheiden, was Bestandteil ihres Bildungsprogramms oder ihrer Bildungsveranstaltung sein soll, und müssen sich dabei auf die relevanten Fachwissenschaften beziehen. Bezugsdisziplinen sind zunächst Politikwissenschaft und Politikdidaktik sowie die übrigen Sozialwissenschaften. Weitere Fächer wie z.B. Geschichte, Kulturwissenschaft, Ökonomie und Rechtswissenschaft, immer öfter auch solche wie Technik und Naturwissenschaft sind unentbehrlich zur Analyse politischer und gesellschaftlicher Machtverhältnisse und Streitfragen. Ein begründetes und zielgerichtetes Handeln in pädagogischen Prozessen kann nicht ohne die Erkenntnisse von Erziehungswissenschaft und pädagogischer Psychologie auskommen. Von welcher Bezugswissenschaft auch immer die Themen, Fragestellungen und Informationen abgeleitet werden, sie sollten sich stets orientieren an den zentralen Kategorien von Politik: Konflikt(e), Interesse, Macht, Konsens, Herrschaft, Willensbildung. Dementsprechend wären die fachlichen Anfragen im Verlaufe eines politischen Bildungsvorgangs z.B.: Welche Akteure sind am hier betrachteten Prozess beteiligt? Welche Motive, Absichten, Ziele haben sie? Wer setzt sich mit welchen Mitteln durch? Wer ist warum von der Entscheidung ausgeschlossen? Gibt es allgemeinverbindliche Prinzipien und Werte? Mit welchen Verfahren können sie herbeigeführt oder gesichert werden? Daneben ist die Unterscheidung dreier Dimensionen von Politik hilfreich für die Vorbereitung politisch-bildnerischer Arbeit: der institutionelle Handlungsrahmen von Politik („polity“), die Normen und Themen von Politik („policy“), und der Prozess der politischen Willensbildung („politics“).
- Hauptgegenstand von politischer Bildung aber ist die Demokratie: Politische Bildung im Sinne des Grundgesetzes kann daher nicht wertneutral sein, sondern muss nach der Demokratieverträglichkeit eingetretener Entwicklungen und Ereignisse und nach der Übereinstimmung von politischer Wirklichkeit und Verfassungsanspruch fragen. Für den letzteren einschließlich der grundgesetzlichen Prinzipien von Volkssouveränität, Sozialstaat- und Rechtsstaatlichkeit Partei zu ergreifen, ist immanenter Bestandteil der Fachlichkeit politischer Bildner und Bildnerinnen. Politische Bildung ist somit nicht nur Moderator, sondern auch Akteur, indem sie auf transparente Verfahren achtet und für eine nachhaltige demokratische Entwicklung eintritt.

3.4. Weitere Voraussetzungen fachlichen Handelns

Teilnehmerorientierung ist die zentrale didaktische Kategorie in der Erwachsenenbildung. Sie ergibt sich schlüssig aus der Tatsache, dass Erwachsene in der Regel freiwillig zu Bildungsveranstaltungen kommen und aufgrund ihrer Lebensgeschichte Kompetenz und Erfahrung in die Bildungsveranstaltungen einbringen; jeglicher Erfolg einer Bildungsveranstaltung hängt vom Erreichen und von der Mitarbeit der Beteiligten ab. Teilnehmerorientierung realisiert sich in der Planung und während der Veranstaltungen. Teilnehmerorientierte Programmplanung bedeutet, Lebenswelt und Bildungsinteressen der Adressatinnen und Adressaten und die Bedürfnisse besonderer Zielgruppen zu erkunden. Teilnehmerorientierte Veranstaltungsdurchführung bedeutet, dass die Erwartungen, Lebens- und Lernerfahrungen der Teilnehmenden in den Prozess unmittelbar mit einbezogen werden: Die Lernenden und Teilnehmenden bestimmen gemeinsam mit den Lehrenden die Lernziele und Lerninhalte.

Planungskompetenz: Der Angebotsplanung müssen die im Weiterbildungsgesetz genannten Ziele zugrunde liegen, wie die Entfaltung der Persönlichkeit und die Fähigkeit zur Mitgestaltung des demokratischen Gemeinwesens. Für die Sicherstellung der Veranstaltungsqualität und eine angemessene Gewichtung der Ziele bedürfen die professionell Planenden in der politischen Erwachsenenbildung folgender Qualifikationen:

- Sie sollen auf der Grundlage wissenschaftlicher Ausbildung oder eines gleichwertigen Berufsweges die Bezugswissenschaften angemessen rezipieren können und über eine pädagogisch-erwachsenenbildnerische Qualifikation verfügen.
- Sie brauchen eine politisch-bildnerische Kompetenz, die – in Wahrnehmung des Rechts auf selbstständige Lehrplangestaltung (WbG) – die aktuellen und langfristig relevanten gesellschaftlichen und fachlichen Themen in das Angebot aufnimmt.
- Bildungsorganisatorische Kompetenz umfasst alle Fähigkeiten, Programme, von der Idee bis zur Finanzierung und Durchführung, zu realisieren. Diese schließt die Gewinnung, Auswahl und Anleitung qualifizierter Lehrkräfte, das Management von Fördermitteln und Kooperationsabsprachen, die Auswahl geeigneter Lernorte sowie Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit ein.
- Eine Abwägungskompetenz muss hinzukommen, die den gesellschaftlichen Auftrag und das Profil der jeweiligen Institutionen der politischen Bildung mitberücksichtigt, ohne die fachlich-pädagogischen Aspekte diesem unterzuordnen.

Das „Austarieren“ von unterschiedlichen und legitimen Bestimmungsfaktoren und die Gegensteuerung gegen vorschnelle Urteile und verborgene Imperative ist zentrales Merkmal erwachsen-bildnerischer Professionalität und auch in der politischen Bildung unverzichtbar.

Interaktions- und Präsentationskompetenzen: Zum Berufsbild der politischen Bildnerinnen gehören seit langem auch die Kenntnis und Beherrschung unterschiedlicher didaktischer und methodischer Arbeitsformen. Erst die Passung von Inhaltsauswahl, Teilnahmevoraussetzungen und Teilnehmerinteressen mit dem Lernort, den Lernmitteln, den Auseinandersetzungsformen ermöglicht sinnvolle Lernprozesse. Die Ansprüche der Teilnehmenden an vielfältige, aktivierende, medial angereicherte Arrangements sowie an die Flexibilität der Lehrenden sind auch in der politischen Erwachsenenbildung in den letzten Jahrzehnten stark gestiegen. Angesichts der Komplexität und Kontroversität ihrer Themen sind die folgenden pädagogischen Fähigkeiten zentral:

- sachlich angemessen zu informieren
- das Verhältnis von Ziel und Methode zu berücksichtigen
- Lernprozesse kreativ mit unterschiedlichen Methoden zu moderieren
- Vorwissen und Eigensinn der Subjekte in die geplanten Lehrprozesse zu integrieren
- empathisch zu interagieren
- politisch und historisch aufschlussreiche neue Lernorte zu erschließen
- handlungs- und projektbezogene Lernangebote zu entwickeln
- unterschiedliche Veranstaltungsformen themen- und teilnehmergerecht zu realisieren
- den sinnvollen Einbezug medialer Präsentationen zu organisieren
- Angebote der Verlangsamung zu machen, um Reflexion zu ermöglichen
- die Heterogenität von Lerngruppen fruchtbar zu machen.

Eine politische Erwachsenenbildung in pluraler Trägerschaft, die diesen Maßstäben genügt, wird ihre Teilnehmerinnen und Teilnehmer finden und für eine Verlebendigung der Demokratie qualifizieren. Ihre spezifische Kommunikationsaufgabe zwischen Politik, Medien, Vereinen und Verbänden braucht Freiheit zum Experiment und eine angemessene Ausstattung mit Personal und anderen Ressourcen; dafür bedürfen ihre Institutionen auch in Zukunft einer besonderen öffentlichen Förderung, fachlicher Unterstützung und eines überdurchschnittlichen Trägerengagements.

4. Wann ist politische Bildung „gut“?

Aus: Klaus-Peter Hufer/Kerstin Pohl/Imke Scheurich: Positionen der politischen Bildung. Ein Interviewbuch zur außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung, Schwalbach/Ts. 2004.

„Gute“ politische Erwachsenenbildung? Sie ist natürlich teilnehmerorientiert (in allen dazugehörigen Facetten), sie ist wissens- und konfliktorientiert und kritikgeleitet, sie ist vor allem Bildung, und sie ist nicht zuletzt politisch, was denn sonst? Klaus Ahlheim

Entscheidend für „gute“ politische Bildung ist ... die Haltung, das Selbstverständnis, mit denen die politischen Bildnerinnen und Bildner und mit ihnen auch „ihre“ Einrichtungen ihren Teilnehmenden begegnen: nicht als Lehrer für Erwachsene oder Dozenten, sondern als Lernanimatoren für ihre Teilnehmenden und sich selbst. Politische Bildung kann nur in einem dialogischen Verhältnis gelingen, nicht in einer Dichotomie zwischen Lehrenden und Lernenden. Sie agieren dabei in einem gleich-berechtigten dialogischen Prozess. Wolfgang Beer

Sie muss – auch wenn es trivial klingt – anregend, auch unterhaltsam sein. Und gute politische Bildung hat dennoch einen bestimmten Ernstcharakter. Heidi Behrens

Politische Bildung als reflexiver Diskurs kann die Bedeutsamkeit der Lerngegenstände, also von Bildung, für die eigene Entwicklung offen legen. Die lehrenden wie die lernenden Akteure werden zu Mitarbeitenden in Lernwerkstätten, welche gemeinsam initiiert und organisiert werden können. Wenn in der entsprechenden Weise abgestellt wird auf den Zusammenhang von alltäglicher Lebensführung und wissenschaftlicher Durchdringung, besteht zumindest die Chance, dass Jugendliche und Erwachsene politische Prozesse nicht als fremd und außengesetzt wahrnehmen, sondern den Bezug zu ihren eigenen Lebensinteressen herstellen können. Peter Faulstich

„Gute“ politische Bildung folgt dem sog. Beutelsbacher Konsens. Sie ist eine weltweit orientierte Schule des politischen Denkens und Urteilens in der Demokratie und vermag lebhaftes Interesse für Politik zu wecken und die weitere freie politische Selbstbildung anzuregen bzw. diese zu erhalten, zu erneuern und zu vertiefen. Ihr Element ist das des Strebens nach Wahrhaftigkeit, Redlichkeit, Achtung vor der individuellen Meinung und Entscheidung. Ihr Ethos ist das des Bürger- und Menschenrechts auf Bildung eines jeden

Menschen, unabhängig von Lebensalter, Geschlecht, Vorbildung, Herkunft etc. Martha Friedenthal-Haase

Mein zentraler Gedanke ist, dass politische Bildung bescheiden und anspruchsvoll zugleich sein muss; sie kann dann als „gut“ bezeichnet werden, wenn ihr zweierlei gelingt: erstens Jugendliche und junge Erwachsene nachdenklich zu machen, vielleicht einen anderen, neuen Blick auf sich und die Welt zu wagen und zuzulassen; sie zum Nachdenken und Weiterdenken anzuregen, Sie ist zweitens „gut“, wenn im Bildungsprozesse von beiden Seiten – den Jugendlichen, jungen Erwachsenen und den Pädagogen (in Form einer „charmanten Autorität“, Thomas Ziehe) – erlebt und erfahren wird, dass politisches Lernen anstrengend, anregend und einladend ist, aber auch Spaß macht und zugleich zum Wiederkommen motiviert. Benno Hafenecker

Mir geht es um die Ermöglichung von dialogisch gestalteten didaktischen Situationen, in denen sich die Beteiligten als Subjekte erleben, sozial anerkannt, kompetent und kreativ, bar jeden Drucks, sich auf Kosten anderer selbst behaupten zu müssen. Erhard Meuler

Gute politische Bildung würde darin bestehen, dass ein Teilnehmer eines solchen Kursus oder einer solchen Veranstaltung rausgeht und jetzt anfängt, selbständig zu denken, zu urteilen und zu sagen: Endlich habe ich so etwas wie ein Schlüsselerlebnis – ein Schlüsselerlebnis, aus dem ich zehren kann in der Beurteilung meiner Umwelt und in der Stellung in dieser Umwelt. Oskar Negt

Politische Bildung ist dann gut, wenn sie die Lernenden bei deren Lernen mit dem Ziel unterstützt, reflektiert politisch zu handeln. Ekkehard Nuisl von Rein

Gute politische Bildung sollte als ein lebendiger Lernzusammenhang erfahren werden, in dem Lust am Denken, am Dialog und an der Selbstaufklärung entsteht, Teilnehmer/innen darin bestärkt werden, sich selbst als politisch handlungsfähige Subjekte ernst zu nehmen und gerade solchen Jugendlichen und Erwachsenen Zugänge zum Politischen eröffnet werden, die Politik bislang als eine schwer durchschaubare Angelegenheit mächtiger Männer und Frauen wahrgenommen haben. Gute politische Bildung sollte darauf verzichten, sich als ein Arrangement der Belehrung darzustellen und den Mut aufbringen, auch Positionen jenseits des Mainstreams zur Sprache kommen zu lassen. Gute politische Jugendbildung ist offen für jugendkulturelle Artikulationsformen und nicht auf tradierte Orte und Arrangements fixiert. Albert Scherr

„Gut“ ist relativ: für welche Zielgruppe gut? Welche Verwendungssituation? In welcher sozialen Lage? ... Gut war ein Seminar, wenn es mich nachdenklich gemacht hat. Auch: wenn es humorvoll und reich an Überraschungen war. Horst Siebert

„Gute“ politische Bildung findet dort statt, wo es gelingt den Teilnehmer(innen) die politische Welt als Feld ihrer ganz persönlichen Verantwortung zu erschließen. Verantwortung setzt jedoch Orientierung und sachkundige Urteilskraft über Hintergründe und Zusammenhänge politischer Prozesse – vorrangig vor Ort oder mit unmittelbaren Auswirkungen auf die Lebensgestaltung des einzelnen Bürgers – voraus. Gerhard Strunk

„Gute“ außerschulische politische Jugend- und Erwachsenenbildung ist menschenrechtlich fundiert, prinzipiell dialogisch konzipiert, hat keine Angst Unterschiede und Gegensätze herauszuarbeiten und stehen zu lassen und sagt etwas über Handlungseinstiege aus, die im sozialen und politischen Umfeld oder im sozialen und politischen Horizont der Teilnehmenden liegen. Johannes Weinberg

„Gute“ außerschulische politische Jugend- und Erwachsenenbildung ist in Anlehnung an Kant: Unterstützung der Menschen beim Aufbau, bei der Bewahrung und bei der Verteidigung von weltbürgerlicher Mündigkeit. Bodo Zeuner

Zwei Zitate sollen ... verdeutlichen, was für mich die Zielsetzung „guter“ politischer Erwachsenenbildung ist:

„... ihre Funktion ist die von Aufklärung Vorab wird sie versuchen müssen, die Menschen zur Einsicht ins Wesentliche der heutigen Gesellschaft zu bringen, ihnen die realen gesellschaftlichen Machtverhältnisse, Abhängigkeiten und Prozesse zu zeigen, denen sie unterworfen sind ...“. (Theodor W. Adorno)

„Die Erwachsenenbildung in der Demokratie zielt nicht auf Anpassung, sondern auf sachliches Verständnis der Wirklichkeit und auf wachsame Kritik. Sie soll Verantwortung und Kritik vorleben. Die Demokratie lebt aus dem wachsamem Mut ihrer Bürger, aus ihrer Bereitschaft zur Opposition, zur Alternative.“ (Fritz Borinski) Christine Zeuner

III – Grundlagentexte

Zum demokratischen und professionellen Standort politischer Erwachsenenbildung

1. Stellenwert der Aufgabenbereiche
(aus: Die Volkshochschule. Handbuch für die Praxis der Leiter und Mitarbeiter, 24. Lieferung Dezember 1991) 51
2. Wirklichkeit und Wirkung politischer Erwachsenenbildung.
Eine empirische Untersuchung in Nordrhein-Westfalen
(Prof. Dr. Klaus Ahlheim und Bardo Heger, S. 224f.) 55
3. Politische Bildung – Politischer Stil und das Angebot der Volkshochschule
(aus: Hessische Blätter für Volksbildung 1978, S. 256-262) 57
4. Angebotsstruktur Politischer Bildung
(aus: Die Volkshochschule. Handbuch für die Praxis der Leiter und Mitarbeiter, 18. Lieferung Dezember 1985) 66
5. Politische Bildung in der außerschulischen Jugendbildung
(aus: Sander, Wolfgang (Hrsg.): Handbuch politischer Bildung.
Bonn: Bundeszentrale f. polit. Bildung (1997) S. 257-270) 71



1. Stellenwert der Aufgabenbereiche

(aus: Die Volkshochschule. Handbuch für die Praxis der Leiter und Mitarbeiter, Frankfurt/Main, 24. Lieferung Dezember 1991)

Inhalte - Stellenwert der Aufgabenbereiche

Politische Bildung

Intention

Es ist seit langem so: Politische Bildung (PB) wird mehr diskutiert als realisiert. Als Aufgabe der Erwachsenenbildung wichtig genommen wird sie, weil Demokratie politisch gebildete Menschen erfordert. Wenn sie verantwortlich mitbestimmen, und das heißt im Bewußtsein der Gründe und Folgen wählen sollen, müssen sie

- die Fakten kennen, die eine Situation bestimmen, in der sie sich zu entscheiden haben
- Maßstäbe haben, an denen sie Entscheidungen orientieren können
- in den Formen der öffentlichen Kooperation geübt sein, um ihre Auffassung zu Entscheidungsfragen vertreten zu können.

Wirkungshindernisse

So plausibel eine solche Argumentation erscheint, so wenig bringt sie Zulauf für die PB. Wenn ein solcher eintritt, so ist er meist durch konkrete Anlässe ausgelöst. Wie lange dann das Interesse vorhält, ist fraglich, da ein unmittelbarer Nutzeffekt selten festzustellen ist. Das ist zum einen durch die Komplexität politischer Situation bedingt, in die einzelne oder plötzlich entstandene Gruppen nur schwer eingreifen können, zum anderen aber auch durch die Art, wie Politik betrieben wird, die suggestive Wirkungen erzeugen und nicht auf kritische Nachfragen Rede und Antwort stehen will. Zum dritten geht die geringe Bedeutung der PB aber auch darauf zurück, daß von ihr allzu oft zu schnelle Handlungskonsequenzen erwartet werden. Verständlich ist aber wiederum, daß die, die Veranstaltungen der PB besuchen, sich nicht so instrumentalisieren lassen möchten, wie es Parteipolitiker aller Couleur nicht selten versuchen. Deren Interesse an schneller Breitenwirkung hat zu einem gestörten Verhältnis von Politik und Politischer Bildung geführt. Nicht zufällig ist es daher auch, wenn viele von den für PB Motivierten bei den sozialen Bewegungen ein Erfahrungs- und Betätigungsfeld finden.

Divergenzen

Es ist weithin unstrittig, daß PB zu einer Urteilskraft in gesellschaftlichen Fragen führen soll. Diese zu erreichen, erweist sich aber als schwierig, weil die politischen Entscheidungsfragen in einen komplexen gesellschaftlichen Zusammenhang verflochten sind, der nur mit einer gut entwickelten Abstraktionsfähigkeit in seinen Wirkungskomponenten zu erkennen ist, zumal die Bedingungskomponenten sich auch sehr häufig ändern.

Ziele

Die Lageskizze läßt erkennen: PB will als Bewußtseinsbildung verstanden sein. Die Relation von tatsächlichen und wünschenswerten Veränderungen ist ihr Thema als Voraussetzung für eine Urteilsfähigkeit, die erkennen kann, was unveränderbar ist, was sich zu verändern empfiehlt und wann es strittig ist, ob Veränderungen angebracht sind oder nicht.

Eigenart

Eine solche Reflexion sichert das Engagement der PB gegen Gesinnungseifer und Interessenblindheit ab. PB kann also nicht als eine Aufforderung zur politischen Beteiligung um jeden Preis verstanden werden. Sie fördert zwar die Fähigkeit, zu erkennen, wann man sich um einer menschenwürdigen Ordnung willen beteiligen muß. Kritik verselbständigt sich dabei aber nicht. Insofern indes das „Unentschiedene“ Thema der PB ist, hat die VHS den Vorteil, daß sie nicht an langfristig festgelegte Lehrpläne gebunden ist, sondern Aktuelles und lokal Bedingtes berücksichtigen kann. Sie vermag PB im Sinne der Entscheidungsübung für noch offene Situationen zu verstehen (Giesecke). Es ist dann eine didaktische Frage, in welcher Weise dabei das Allgemeine des besonderen Falls zur Sprache gebracht werden kann (à 62.112).

VHS-Aspekt

Die VHS ist an keine bestimmte Gruppe gebunden. Ihre Aufgabe besteht deshalb in einer pluralistischen Gesellschaft vor allem darin, ein sachbezogenes Informationsangebot vorzuhalten und die Auseinandersetzung verschieden Denkender anzuregen. Dabei sollen die Mitarbeiter ihre persönlichen Auffassungen nicht verleugnen. Im Rahmen ihrer Tätigkeit werden sie aber bestrebt sein müssen, für das Anderssein des anderen Verständnis zu schaffen.

Spannungen

Ein solches Aufgabenverständnis kann zu Konflikten führen. Sie ergeben sich nicht nur aus dem Anspruch verschiedener Meinungsgruppen. Der VHS-Leiter und seine Mitarbeiter können vielmehr in Rollenkonflikte geraten, wenn sie die Interessen ihrer Träger, ihrer Teilnehmer und ihres „Gegenstandes“ aufeinander abstimmen müssen.

Kritisches Potential

Will man sich nicht Aktualitäten beugen oder ihnen ausweichen, ist es wichtig, gegenüber der Öffentlichkeit zu betonen, welche Möglichkeiten und welche Grenzen für die PB innerhalb einer Einrichtung wie der VHS anzuerkennen sind. PB in der VHS hat es mit Menschen zu tun, die ausdrücklich politisch interessiert sind oder werden. Politiker aber müssen Mehrheiten gewinnen und sich deshalb auch an die wenden, die zwar durch die Politik zufriedengestellt werden, aber nicht mitdenken wollen. Daraus können sich Spannungen ergeben, die die VHS durchzustehen hat. Sie muß versuchen, eine vermittelnde Funktion zu übernehmen. Einerseits wird sie wagen müssen, eine Plattform für Minderheitenstandpunkte zu schaffen, in Erinnerung daran, daß auch Mehrheitsstandpunkte zuerst einmal von Minderheiten vertreten worden sind. Andererseits wird sie das vielfach aus Idealismus erwachsene politische Interesse ihrer Teilnehmer wirklichkeitsverständlich machen müssen, will sie rationaler Kritik eine Chance bieten. Ihr Ziel muß also sein, zur Differenzierung des politischen Bildes und des gesellschaftlichen Verständnisses beizutragen. Dabei kann sie, was immer behandelt werden mag, den Teilnehmern an ihren Kursen Entscheidungen weder vorwegnehmen noch abnehmen. Wichtig aber ist, Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß sie in bedachter und verantwortlicher Weise getroffen werden.

Mentale Schwierigkeiten

Zwei Schwierigkeiten machen sich dabei allerdings immer wieder bemerkbar:

- das allseitige Interesse an klaren Zuordnungen und Lagerungen. Eben diese kann PB nicht bieten. Vielmehr muß sie versuchen, begreiflich zu machen, daß die Meinungsbündel, die sich Individuen verschaffen, nicht identisch sind mit Meinungspaketen, die von Parteien geschnürt werden. Die Divergenzen sind hier das für die PB Interessante, aber es besteht heute eher die Tendenz, sie zu tabuisieren.
- das Interesse an einzelnen Politikfeldern und nicht an Prozessen und Strukturen.

PB findet daher derzeit auch am ehesten Resonanz, wenn sie sich solcher Problemfelder (wie z.B. die Themenbereiche Frauenfragen, Umweltbildung, Dritte Welt, Korrektur des § 218, Asylrecht etc.) zuwendet. Damit wird unter anderem Zielgruppenarbeit mit ihren spezifischen Interessen unterstützt. Experten der PB bereitet diese Hinwendung

allerdings auch Sorgen. Denn bei einer Beschränkung auf die Feldthemen werden die Fähigkeiten nicht entwickelt, die erst die Basis für die Urteilsfähigkeit schaffen, und wozu vor allem gehört, die Relevanz der Strukturen für die Prozeßverläufe und Entscheidungsvorgänge zu erkennen.

Zugänge

Ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung begegnet dem Angebot der PB mit Vorbehalten. Es wird deshalb schon seit langem versucht, Zugänge über scheinbar politikferne Themenbereiche zu schaffen. Als solche Zugänge haben sich bewährt:

- Betroffenheiten sehr persönlicher Art auch im technischen und sozialen Bereich
- die Widerspiegelung des Politischen im Kulturellen (Literatur und Kunst)
- jegliche Formen der Betätigung, wenn sie Augenblicke enthalten, aus denen auf die gesellschaftliche Voraussetzung zurückgeführt werden kann.

Zu beobachten ist auch eine Anziehungskraft des Fremden, Exotischen, die nur scheinbar im Widerspruch steht zur Distanz gegenüber Fremden, zur Ausländerfeindlichkeit. Wie dies praktisch genutzt werden kann, ist noch offen. Ein Zugang, der sich prinzipiell besonders zu eignen scheint, bereitet in der Praxis aber große Schwierigkeiten. Theoretisch könnte man sagen, das, was sowohl von exemplarischer Bedeutung ist als auch aktuell und unmittelbar betrifft, ist die Präsentation der Politik durch die Medien. Bisher ist dies aber meist nur gelungen, wenn dazu ein lokal aktueller Anlaß hinzu kam. Hingegen erscheint es eher Erfolg zu versprechen, Angebote zur Einübung in öffentliches Auftreten zu machen (nicht ganz treffendes, aber offenbar anziehendes Stichwort „Rhetorik“), wobei sowohl das Selbstbewußtsein als auch der Umgang mit Spielregeln der öffentlichen Kommunikation gefördert werden kann.

2. Wirklichkeit und Wirkung politischer Erwachsenenbildung. Eine empirische Untersuchung in Nordrhein-Westfalen

(Prof. Dr. Klaus Ahlheim und Bardo Heger, S. 224f.)

Schluss

Wir haben in unserer empirischen Studie versucht, die Realität politischer Erwachsenenbildung am Beispiel Nordrhein-Westfalens zu beschreiben. Anders als die Schulen und Universitäten ist der quartäre Bereich der Erwachsenenbildung/Weiterbildung, wie es schon im „Strukturplan“ des Deutschen Bildungsrates von 1970 gefordert und dann in den verschiedenen Ländergesetzen festgeschrieben wurde, als plurales, „kooperatives System“ durch eine Vielzahl von Trägern, Initiativen, Anbietern geprägt, deren jeweilige politische und weltanschauliche Profile -so wollen es die Gesetze und Förderbestimmungen - durchaus zum Tragen kommen sollen. Die „Förderungswürdigkeit“ auch der politischen Bildung wird nicht durch politisch-weltanschauliche Neutralität erreicht, sondern durch Professionalität und Offenheit für alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Entsprechend muss eine empirische Untersuchung, die sich dem Feld der politischen Erwachsenenbildung nähert, darum bemüht sein, die Vielfalt und Eigenarten der jeweiligen Anbieter zu erfassen und abzubilden, auch wenn, eben aufgrund der pluralen Struktur des Weiterbildungsbereichs, schon die „Grundgesamtheit“ nur schwer einzugrenzen ist und „Totalerhebungen“ bei Programmanalysen, Experten- und Teilnehmerinterviews unmöglich sind. Wir haben mit unseren Stichproben und den verschiedenen, sich wechselseitig ergänzenden empirischen „Zugriffsweisen“ versucht, dieser Anforderung gerecht zu werden.

Im Zentrum unserer Untersuchung stand die grundlegende Frage nach dem Angebot politischer Erwachsenenbildung in Nordrhein-Westfalen. Wir haben versucht, dieses Angebot durch eine intensive Programmanalyse systematisierend sichtbar zu machen. Das Ergebnis ist positiv und ermutigend. Unsere Programmanalyse politischer Erwachsenenbildungsangebote in Nordrhein-Westfalen - sie macht den ersten und umfangreichsten Teil unserer Studie aus - offenbart eine traditionell gewachsene Vielfalt politischer Bildungsangebote, eine Vielfalt von Inhalten und Arbeitsformen, Themen auch von hoher Aktualität, ohne dem Zeitgeist zu erliegen. Dabei macht es den Erfolg und den Charme politischer Erwachsenenbildung aus, dass sie sich nicht nur auf vermeintliche „Kernbereiche“ - wie immer man diese begriffliche und inhaltliche Begrenzung auch definieren und legitimieren mag - politischer Bildung beschränkt. Politische Erwachsenenbildung in Nordrhein-Westfalen ist alles in allem ein Erfolgsmodell - mit doch beachtlicher „Reichweite“.

Wir wollten in unserer Untersuchung natürlich auch wissen, wie die von uns analysierten Programme zustande kommen, wie politische Bildnerinnen und Bildner Veranstaltungen planen, finanzieren und durchführen. Der zweite Teil unserer Studie geht deshalb dem Handeln der professionellen politischen Bildner nach und breitet die Ergebnisse von Experteninterviews und Expertenbefragungen aus. Insgesamt macht dieser zweite Teil deutlich, dass sich in der politischen Erwachsenenbildung Nordrhein-Westfalens schon seit Jahren ein hohes Maß an Professionalität etabliert hat, eine Professionalität, die sich auch in den theoretischen, politischen und pädagogischen „Diskursen“ souverän bewegt und für Qualitätsstandards schon vor der Standardisierung der Qualität gesorgt hat.

Wir haben schließlich auch versucht, eine Leerstelle der empirischen Forschung aufzufüllen und der Wirkung politischer Erwachsenenbildung auf die Spur zu kommen. So wenig solche Wirkung exakt messbar ist, so beeindruckend sind doch die in biographieorientierten Interviews gewonnenen „Bildungsgeschichten“ im dritten Teil unserer Studie. Politische Erwachsenenbildung, so können wir exemplarisch zeigen, kann biographisch von zentraler Bedeutung sein, in vielen Fällen eine „Erfolgsgeschichte“, die der öffentlichen Förderung allemal wert ist, auch wenn sich jeweils aktuell Nutzen und Wirkung, Leistung und Aufwand, Input und Output so exakt nicht berechnen lassen.

Genau die öffentliche Förderung, die Finanzierung politischer Bildung, die als marktgängiges und -gerechtes Unterfangen ihrer Funktion verlustig ginge, scheint sich gegenwärtig zu einem sehr grundlegenden Problem „auszuwachsen“. In den Expertenaussagen, selbst in den Teilnehmerinterviews, ist die Sorge allgegenwärtig, eine rigorose Sparpolitik könnte politische Bildung für viele Bevölkerungskreise unmöglich machen, gar gänzlich gefährden. Keine guten Aussichten möglicherweise für die Zukunft politischer Erwachsenenbildung.

3. Politische Bildung – Politischer Stil und das Angebot der Volkshochschule

(aus: Hans, Tiedgens, Hessische Blätter für Volksbildung 4/1978, S. 256-262)

Allenthalben wird davon gesprochen, daß die Bedeutung der Politischen Bildung im Angebot der Volkshochschulen zurückgegangen ist. Die Statistik unterstützt diese These. Politische Bildung vermag nicht die gleichen außerordentlichen Zuwachsraten vorzuweisen, wie dies für den Bereich der Fremdsprachen, für die musisch-kulturelle Betätigung oder für die Gesundheitserziehung möglich ist. Bei genauem Hinschauen und Vergleichen fällt darüber hinaus auf: was an Politischer Bildung in den Statistiken erscheint, verteilt sich keineswegs gleichmäßig auf alle Volkshochschulen, sondern ist sehr stark auf wenige konzentriert. Insbesondere bei kleineren, nicht hauptberuflich geleiteten Einrichtungen fehlt sie fast völlig. Hinzu kommt, während in der Vergangenheit gewöhnlich große Anstrengungen unternommen wurden, auch dann noch etwas anzubieten und zu realisieren, wenn eine Resonanz ausblieb, hat sich in letzter Zeit eher Resignation breitgemacht. Kennzeichnend ist: was an Politischer Bildung geschieht, wendet sich an eng definierte Gruppen, zu denen meist schon in langfristiger Vorbereitung Kontakte bestehen.

Derartige Beobachtungen haben Anlaß zur Sorge und zur Kritik gegeben. Ihnen wird vielfach mit dem Hinweis begegnet, daß eine ausdrücklich als solche ausgewiesene Politische Bildung zwar weitgehend unüblich geworden ist, dafür aber im Rahmen anderer Angebote hinreichend berücksichtigt wird. Lehrgänge zum Nachholen schulischer Abschlüsse werden als Beispiel ebenso genannt wie Bestrebungen um eine Integration beruflicher und politischer Bildung oder kultureller und politischer Bildung. Was immer aber in dieser Hinsicht tatsächlich geschehen mag, es ersetzt nicht die ausdrücklich angebotene Auseinandersetzung mit den „öffentlichen Angelegenheiten“. Politische Bildung in ihrem ursprünglichen Selbstverständnis, als sie als eine zentrale Aufgabe der Volkshochschulen galt, hatte im Unterschied zu gegenwärtigen Tendenzen die Allgemeinheit als Adressaten im Auge. Sie war auf den Anspruch einer demokratischen Gesellschaftsordnung bezogen. Es erscheint daher an der Zeit, sich zu fragen, worin der Bedeutungsverlust der Politischen Bildung im Bereich der Erwachsenenbildung und insbesondere im Bereich der Volkshochschulen begründet ist.

Eine erste Antwort ist der Hinweis darauf, daß Volkshochschulen marktorientierte Angebote machen müssen, und daß die Nachfrage sich kaum auf Politische Bildung richtet. Ein solcher Entlastungsversuch kann sich auf empirische Untersuchungen berufen. Sie zeigen, wie stark gerade in den letzten 15 Jahren sich die Bildungsvorstellungen der Bevölkerung am Beruf orientiert haben, wie sich ein

instrumentelles Bildungsverständnis durchgesetzt hat. Wer sich heute für Politische Bildung engagiert, muß bei seinen Adressaten mit einer Vorstellungswelt rechnen, in der Politik und Bildung keineswegs so selbstverständlich in einem Zusammenhang erscheinen wie Beruf und Bildung. Er sieht sich den Nachwirkungen einer Bildungswerbung gegenüber, die im Bewußtsein der Bevölkerung zu einer engen Koppelung von Bildungssystem und Beschäftigungssystem geführt hat. Wenn sich die Erwachsenenbildung in den 60er Jahren von ihrem traditionellen Selbstverständnis der Zweckfreiheit getrennt und eine „realistische Wende“ vollzogen hat, so war dies auf dem Hintergrund ihrer Vergangenheit unumgänglich. Sie ist mit ihrem Wandel des Aufgabenverständnisses aber in den Sog einer Gesamtentwicklung geraten, die nicht nur in der Politischen Bildung auf verhängnisvolle Weise bemerkbar wird. An die Stelle der idyllischen Lebensferne ist eine planifikatorische Lebensferne getreten. Allein schon in der neuen Terminologie zeigt sich die Problematik: in Verbindung mit „Weiterbildung“ von Politischer Bildung zu sprechen, nimmt sich einigermaßen befremdlich aus.

Es sind allerdings auch gegenteilige Überlegungen möglich. Hat nicht, so kann man mit dem Hinweis auf Bürgerinitiativen sagen, das Interesse an öffentlichen Angelegenheiten eher zugenommen? Wäre dies nicht ein Potential für die Politische Bildung? Ist vielleicht ihr in den fünfziger Jahren entwickelter theoretischer Ansatz falsch? Kann nicht eine durch die Reformen in der Schule erhöhte Sensibilisierung für gesellschaftliche Probleme erwartet werden? Tun nicht Einrichtungen, die ausschließlich für Politische Bildung geschaffen wurden, durchaus ihre Arbeit? Ist es wirklich so nachteilig, wenn nicht allenthalben Deklarationen für die Politische Bildung in der Öffentlichkeit erscheinen? Werden nicht beispielsweise im Rahmen des Bildungsurlaubs neue Möglichkeiten der Politischen Bildung erprobt? Warum soll das alles unzureichend sein? Weshalb aber tritt in einer Zeit mannigfacher Anstöße Politische Bildung in den Volkshochschulen nur noch punktuell in Erscheinung? Was lähmt sie so in einer Einrichtung, die immerhin bei ihrer Wiedergründung nach 1945 ausdrücklich den Auftrag zur Politischen Bildung angenommen hat?

Es ging damals um einen Beitrag zur demokratischen Bewußtseinsbildung. Es galt, Geist und Realität der NS-Herrschaft zu überwinden, an den verhaltensbedingten Grundlagen einer neuen gesellschaftlichen Ordnung mitzuwirken. Seither haben die formalen demokratischen Verfahrensregeln besser funktioniert als es erwartet werden konnte. Es wäre aber ein Kurzschluß zu meinen, der ursprüngliche Auftrag wäre damit gegenstandslos. Die Bewußtseinsgrundlagen der demokratischen Strukturen sind so selbstverständlich nicht. Wie wenig beispielsweise die Verhältnismäßigkeit der Mittel zum Verhaltensmaßstab geworden ist, läßt sich kaum übersehen. Damit bleibt die Aufgabe aktuell, die Volkshochschulen- bei Wiederbeginn ihrer Arbeit auf sich genommen haben.

Was aber hat dazu geführt, daß sie sich ihr allzu selten stellen?

Am Anfang stand, vielzitiert, aber auch damals nur selten realisiert, die Idee der „mitbürgerlichen Bildung“. Als dritter Weg einer Politischen Bildung, die weder die psychologische Dimension ausblendete, wie die Staatsbürgerliche Erziehung, noch die Dimension der Macht, wie der Partnerschaftsansatz, war die mitbürgerliche Bildung in dem gesellschaftstheoretischen und staatsrechtlichen Denken eines Rudolf Smend, zum Teil auch Hermann Hellers, verankert. Indessen wurden diese für das Demokratieverständnis relevanten Prämissen kaum je diskutiert. Stattdessen trat das überzogene Bestreben in den Vordergrund, das mitbürgerliche Prinzip zum generellen Leitprinzip der Volkshochschularbeit zu machen. Ein solches Ansinnen scheiterte an den Sachstrukturen der Lerngegenstände ebenso wie an den Erwartungen und Bedürfnissen der Teilnehmer.

Dies zu erwähnen ist ebensowenig eine historische Reminiszenz wie der Hinweis, daß die Teilnahme an Veranstaltungen Politischer Bildung von früh an durch eine meist zwar nicht deutlich artikulierte, aber doch spürbare Kritik an bestehenden Verhältnissen motiviert war. Nur wenn auf diese Kritik eingegangen wurde, konnte außerschulische Politische Bildung Resonanz finden. Daher hat sie auch nicht aus Institutionenkunde bestanden, wie heute allenthalben behauptet wird. Mit ihr waren zu keiner Zeit freiwillige Teilnehmer zu finden. Außerschulische Politische Bildung zielte schon immer darauf ab, vorhandene Kritik in ihrer Herkunft zu bestimmen, ihre Gründe bewußt zu machen und zu reflektieren, welche Veränderungen erstrebenswert und möglich waren. Diskrepanzen zwischen Verfassungsnorm und Verfassungswirklichkeit gehörten zu ihren zentralen Themen. Wenn trotz dieser Akzentuierung die Politische Bildung von einst als harmonistisch hingestellt wird, so lassen sich dafür, will man nicht schlichte Ignoranz unterstellen, die Gründe in den veränderten Maßstäben finden, die sich seit einem Jahrzehnt im Selbstverständnis Politischer Bildung geltend gemacht haben.

Auf knappe Formeln gebracht, kann man sagen: Politische Bildung war damals zwar konfliktorientiert, aber sie sah nicht in unaufhebbaren Konflikten das alles bestimmende Konstitutionsprinzip der Gesellschaft. Sie war in ihrem Problembewußtsein durchaus auf Veränderungen gerichtet, aber sie sah in der Handlungsorientierung nicht ein alles bestimmendes didaktisches Prinzip. Sie bedachte durchaus, daß in der Politik Interessen im Spiel sind und daß sie dementsprechend parteilich betrieben wird, aber ihr galten Interessendurchsetzung und Parteilichkeit nicht als das zu Lernende, sondern gerade als das zu Problematisierende.

Was hier als das Neuartige der Politischen Bildung genannt wurde, Handlungsorientierung und Parteilichkeit, ist genau das, was ihrer Realisierung in der Volkshochschule entgegensteht. Es sind Maximen, die sich nicht ohne weiteres mit der institutionellen

Liberalität der Volkshochschule vereinbaren lassen. Es widerspricht dem Sinn einer öffentlich getragenen Erwachsenenbildung, Funktionen zu übernehmen, die im Rahmen von Verbandsinteressen massiv vertreten werden. Ihr kommt eher die Funktion der Gegensteuerung zu. Man darf von ihr erwarten, daß sie sich der Bedürfnisse annimmt, die sich nicht schon durch die gesellschaftliche Machtkonstellation Geltung verschaffen. Immerhin hat Politische Bildung einmal ihre Aufgabe darin gesehen, die übliche Interessenvertretung daraufhin kritisch zu befragen, ob sie nicht im Interesse des Gemeinwesens zu kurz greift. Ein solcher Ansatz kann kaum je spontanen Anklang finden. Er ist aber mit öffentlicher Verantwortung impliziert. Insbesondere gehört es zur Befähigung, mit der Demokratie zu leben, einen Blick für langfristige Perspektiven zu entwickeln.

Es soll nicht geleugnet werden, daß die Bedenken kommunaler Träger gegenüber einer handlungsorientierten parteilichen Politischen Bildung meist vordergründiger sind.

Der Einwand beispielsweise gegen kommunalpolitische Arbeitskreise oder Foren, die Volkshochschule sei nicht dazu da, ein „Nebenparlament“ aufzubauen, geht an der Problematik vorbei. Indessen werden restriktive Maßnahmen herausgefordert, wenn man Politische Bildung mit beträchtlichem verbalem Aufwand auf die Alternative von Loyalitätsbeschaffung und Subversion reduziert. Eine solche Denkweise treibt nicht nur Politische Bildung aus der Volkshochschule heraus. Sie nimmt ihr auch ihre Bildungsintention, die auf ein differenzierendes Bewußtsein gerichtet ist, weil monokausale Erklärungen der Komplexität gesellschaftlicher Erscheinungen und Vorgänge nicht angemessen, und weil Heilslehren kein aufgabengerechtes Mittel der politischen Problembewältigung sind.

Einer solchen Grundeinstellung wird heute entgegengehalten, ohne Handlungsorientierung und Parteilichkeit sei Politische Bildung außerhalb des Pflichtbereichs nicht möglich. Nur ein Anknüpfen an der Konflikterfahrung und ein Engagement für die Interessendurchsetzung könne, so wird gesagt, zur Beteiligung bewegen. Wenn die Volkshochschule mit ihrem Angebot Politischer Bildung wenig Resonanz findet, so lautet die Argumentation weiter, liegt das an dessen Unverbindlichkeit. In der Tat ist eine Motivation ohne ein Ansprechen der konkreten Lebenssituation der Adressaten kaum möglich. Eine Volkshochschule setzt sich aber berechtigter Kritik aus, wenn sie nicht deutlich macht, daß diese Lebenssituationen verschieden interpretiert werden können. Es wäre schon einseitig, darin eine institutionell bedingte Begrenzung zu sehen. Es ist ein allzuoft vergessenes Ansinnen an die Politische Bildung generell. Insofern es in der Politik immer um Strittiges geht, muß Politische Bildung vergegenwärtigen, warum etwas strittig ist. Stattdessen für die Parteilichkeit zu plädieren, ist nur eine rigide Form der „Harmonielehre“, die gerade von den

Protagonisten der Parteilichkeit kritisiert wird.

Das Spezifikum der Bildung, das Nachvollziehen der Perspektive des anderen, mag in der Politischen Bildung dieses oder jenes Verbandes faktisch unterlaufen werden. Es wird sich auch nicht immer in jeder einzelnen Veranstaltung, in jedem einzelnen Kurs realisieren lassen. Eine Einrichtung wie die Volkshochschule beraubt sich aber selbst ihres Vorrangs, wenn sie nicht mit ihrem Gesamtangebot an Politischer Bildung um dieses Spezifikum bemüht ist. Daran ändert es auch nichts, daß die Nachteile einer solchen Grundregel inzwischen offensichtlich sind. Sie kann dazu führen, daß nur noch eine Art der Information und Diskussion vermittelt wird, die heute das Fernsehen wirksamer leistet und die daher ohne Wiederhall bleibt. Die Hinwendung zur Zielgruppenarbeit, das Engagement für Benachteiligte, die Orientierung an existentiellen Notlagen sind so über die prinzipielle Legitimation eines solchen Ansatzes hinaus begreiflich. Fragwürdig wird er für die Volkshochschule aber dann, wenn man sich so darauf konzentriert, daß ein offenes Informations- und Kommunikationsangebot unterbleibt.

Funktion und Wert der Zielgruppenarbeit soll hier keineswegs unterschätzt werden. Jedoch sollten die Folgen bedacht werden, wenn Politische Bildung nur noch Zielgruppenarbeit im Sinne hat. Sie sind schon heute offensichtlich und sie sollten in Erinnerung rufen, warum Politische Bildung sich lange Zeit aus guten Gründen gegen die Handlungsorientierung gewehrt hat. Wenn sie sich aber nicht als Vorraum für die Parteimitgliedschaft verstanden hat, kann sie sich auch nicht als Übungsfeld für gesellschaftliche Veränderungen verstehen. Ihr Adressat ist - zumindest in der Politischen Bildung der Volkshochschule - weder das angehende Parteimitglied noch der Amateurrevolutionär, sondern es sind die Bürger als Wähler. Sie spielen jedoch in der Theorie der Politischen Bildung, wie sie sich im letzten Jahrzehnt entwickelt hat, kaum eine Rolle. Dem entspricht auch die Praxis des Angebots, die unbeachtet läßt, was zur konkreten Entscheidung ansteht. Es ist bezeichnend für die Denkweise in der Politischen Bildung, daß der demokratische Akt der Wahl in seiner politischen Effizienz bezweifelt wird. Er wird mit dem Hinweis auf ökonomische Machtfaktoren zu einer marginalen Angelegenheit, wenn nicht gar zu einem Täuschungsmanöver gestempelt. Gerade aber auch dann, wenn man die ökonomischen Machtfaktoren in ihrer Bedeutung erkennt, wenn man sich klar darüber ist, daß die Wahl immer zwischen geringeren Übeln erfolgen muß, sollte nicht übersehen werden, daß mit Wahlentscheidungen politische Weichen gestellt werden. Dies zu leugnen, zeugt von perfektionistischen, rigorosen Maßstäben. Veränderungen aber nur zu erkennen, wenn sie spektakulären Charakter haben, und die Bedeutung von Annäherungswerten zu unterschätzen, beweist wenig Sinn für das, was das Politische ausmacht.

Politik vollzieht sich im Kontext komplexer Bedingungen. Eine Wahl ist nur wirklich eine

Wahl, wenn sie aufgrund des Abwägens dieser Bedingungen erfolgt. Je rationaler dieses Abwägen vorgenommen wird, um so mehr ist die Funktionsfähigkeit der Demokratie gesichert. Politische Bildung, als Einüben in das Abwägen verstanden, ist so demokratische Bewußtseinsbildung. Ihre Wirkung zeigt sich an dem jeweils herrschenden politischen Stil. Wieviel von Politischer Bildung im letzten Jahrzehnt versäumt worden ist, wird an der neuerlichen Verwilderung des politischen Stils bemerkbar. Er fällt fast in die Primitivität der 50er Jahre zurück. Was die Wahlkämpfer an Substitutionskünsten, Unterstellungen und Verdrehungen bieten, ist immens. Die Demagogie feiert von neuem Triumphe. Die Bürger werden in entwürdigender Weise für dumm verkauft. Vom Mut und der Verantwortung der Politiker, zu sagen, wie prekär die Lage ist, ist wenig zu bemerken, obwohl Anzeichen dafür vorhanden sind, daß die angesprochenen Bürger in einem beträchtlichen Umfang begriffen haben, wie illusionär es ist, alles das zugleich haben zu wollen, was ihnen versprochen wird. Daß man sich beispielsweise den Generationenvertrag etwas kosten lassen muß, würde einleuchten. Wenn aber von den Verantwortlichen Schönfärberei betrieben wird, darf es nicht verwundern, daß sich Bürger nach dem Motto verhalten: Hannemann, geh du voran.

Hat auf diesem Hintergrund eine Politische Bildung, die auf kritische Reflexion abzielt und die Kritik im Sinne des Unterscheidens und Differenzierens, nicht des blinden Verwerfens versteht, wirklich keine Chance? Die Realität vermag diese Frage nicht zu beantworten, denn Versuche einer Politischen Bildung, die nicht auf isolierte Interessen fixiert sind, sondern die in Verantwortung gegenüber dem Gemeinwesen insgesamt stehen, sind kaum noch unternommen worden. Ihr sind die Möglichkeiten entzogen worden, weil seit einem Jahrzehnt im Namen von Politischer Bildung die unpolitische Einstellung vertreten und gefördert worden ist, sie habe nur einen Sinn, wenn sie von heute auf morgen etwas Spürbares verändert, oder wenn sie vor aller Auseinandersetzung mit aktuellen politischen Problemen auf gesellschaftstheoretische Prämissen einschwört und pragmatische Erwägungen der Unmoral bezichtigt. Das Beklemmende daran ist, daß diese voluntaristische Wendung unter der Parole, alles Voraufgegangene sei „folgenlos“ gewesen, zu einem Zeitpunkt erfolgte, als die in den fünfziger Jahren alles beherrschende Immobilität gerade aufgelockert war.

Indem Politische Bildung ihre Aufmerksamkeit auf Herrschaftsverhältnisse und Solidarisierung reduziert hat, wurde nur eine ähnlich bornierte Alternative provoziert.

Die politische Wirklichkeit fällt zwischen den Alternativen durch. Die Polemik, die sich um die Begriffe Emanzipation und Freiheit rankt, hat etwas Gespenstisches, zugleich aber reale, einengende und die Probleme verdeckende Konsequenzen. In der Bevölkerung werden die Unterschiede, die mit den Begriffen gemeint sind, kaum wahrgenommen. Die mit außerordentlichem theoretischem Aufwand beschworene Legitimationskrise hat sehr

griffige Ursachen. Sie ist mit den Klagen über Partizipationsdefizite nicht erklärt. Empirische Untersuchungen deuten auf etwas anderes hin. Das Dilemma besteht - so scheint es - darin, daß mit der Hebung der Wohlfahrt, der Verbesserung der sozialen Lage, die sozialen Ansprüche Formen annehmen, die den Rahmen des Möglichen und nicht nur den Rahmen des „Systems“ zu sprengen drohen. Dies sollte als ein Defizit Politischer Bildung erkannt werden.

Theoretische Verstiegenheit und praktischer Zynismus steigern sich gegenseitig. Je mehr reale politische Kontroversen an Substanz verlieren, um so mehr spitzt sich die Polarisierung im Verbalen und im Verhalten gegenüber Personen zu. In einem solchen Klima gedeiht Politische Bildung schlecht. Will sie auf die Dauer existent bleiben, muß sie sich gegen diese Entwicklung wehren. Sie darf sich nicht länger einreden lassen, daß die Präsentation von abstrakten Alternativen motivierender ist als das Angebot, sich mit konkreten Lebensfragen auseinanderzusetzen, die auf den Nägeln brennen. Es gilt dann aber auch überzeugend zu begründen, daß der Aktionismus keine wirklich bleibende Hilfe bietet. Es geht darum, erkennen zu lernen, was veränderbar ist und was unveränderlich und was veränderenswert. Darüber wird niemals ein absoluter Konsens hergestellt werden. Wichtig aber ist es, zur Kommunikation über mögliche Auslegungen zu befähigen und einsichtig zu machen, daß die Extremeinstellungen zu dieser Frage keine politisch haltbaren Antworten sind. Zugleich kommt es aber auch darauf an, Nebenwirkungen rechtzeitig zu erkennen, die mit Veränderungen verbunden sind. Allzuoft sind Reformen über unbeabsichtigte Nebenwirkungen in Verruf geraten. Sie sind schwerlich zu antizipieren, wenn man unter dem Druck der Handlungsorientierung steht. Sie schließt allzu schnell von Informationen ab und läßt nicht die Zeit, die verschiedenen Interpretationen der Informationen abzuwägen: Zur Politischen Bildung aber gehört es, die Folgen eines/seines beabsichtigten Handelns zu bedenken.

Politische Bildung im hier erläuterten Verständnis bedeutet also keineswegs, von den konkreten Lebenssituationen abzusehen. Es widerspricht nur ihrem Sinn, diese Lebenssituationen einem einzigen Interpretationsschema zu unterwerfen. Dafür sind ihre Bedingungs- und Wirkungszusammenhänge zu komplex. Sie aber gilt es zu durchleuchten, um die Realisierbarkeit und die Unvereinbarkeit der eigenen Wünsche und Forderungen zu erkennen. Daraus folgt, nicht Handeln um jeden Preis anzuregen, sondern die Fakten zu klären, die bei diesem Handeln zu beachten sind, auch dann, wenn es um eine Wahlentscheidung geht. Daß daraus eine Institutionenkunde wird, ist keineswegs zwingend. Die Funktion der Institutionen in gesellschaftlich-politischen Prozessen wird dabei allerdings thematisiert werden müssen.

Manches von dem, was hier kritisch angemerkt wurde, dürfte auch daher rühren, daß als Adressat der Politischen Bildung seit langem vornehmlich die jüngere Generation ins

Auge gefaßt worden ist. Sozialpsychologische Überlegungen haben ebenso dazu beigetragen wie förderungspolitische Präferenzen. Heute, angesichts des Realitätsdefizits der jungen Generation, angesichts ihrer Distanz gegenüber staatlichen Funktionen und eigenen Verpflichtungen mag eine solche Sicht erst recht angebracht sein. Die mittlere Generation außer acht zu lassen, ist zugleich aber Zeichen einer Resignation, die den Zusammenhang von politischer Erfahrung und politischer Einsicht unterschätzt. Wenn heute die Lernfähigkeit Erwachsener hervorgehoben wird, sollte dies auch gegenüber den öffentlichen Angelegenheiten gelten. Aber gerade ihnen gegenüber bedarf das konkrete Erleben der Kommunikation und Reflexion, um zur Erfahrung zu werden.

Wenn derzeit Zielgruppenarbeit besonders großgeschrieben wird, so muß es verwundern, daß dabei die Gruppe der älteren Menschen kaum in Betracht gezogen wird. Wenn sie spontan Abwehrreaktionen gegenüber Politischer Bildung zu erkennen geben, so sollte man sich fragen, ob nicht methodisch wenig glückliche Ansätze gewählt worden sind. Immerhin ist allein schon die Zahl dieser Gruppe ein politischer Faktor. Ebenso darf man unterstellen, daß sie Veränderungen nicht von vornherein aufgeschlossen gegenübersteht. Um so naheliegender müßte es sein, sie als eine besonders relevante Zielgruppe anzusehen. Sie wird allerdings kaum mit vorgefertigten Theoremen zu beeindrucken sein. Soll bei älteren Menschen politisches Bewußtsein in Bewegung gebracht werden, sind kleine Schritte erforderlich. Eingehen auf ihre Lebenssituation bedeutet hier Eingehen auf die lebensgeschichtlichen Prägungen. Dafür ist mehr Geduld als Eifer erforderlich. Ob es uns einst oder jetzt besser geht, ist nicht nur eine beliebte Frage von Meinungsforschungsinstituten. Sie ist auch ein alltäglicher Gesprächsgegenstand. In derartigen Gesprächen konstituiert sich politisches Bewußtsein, oder in ihnen sammeln sich seine Surrogate. Manche Erfahrung gerät nie ins Bewußtsein, weil sie nicht ausgesprochen werden kann. Gelegenheit dazu zu bieten, ist ein wichtiger Bestandteil politischer Bildung. Volkshochschulen scheinen besonders dazu geeignet, solange sie nicht mit einer politischen „Richtung“ identifiziert werden, die Voreinstellungen bei älteren Menschen hervorrufft und die Gesprächsbereitschaft teilweise blockiert.

Wenn hier auf die Adressatengruppe der Senioren hingewiesen wird, so soll damit nicht, wie es manchem erscheinen mag, von den zentralen Problemen Politischer Bildung abgelenkt werden. Es ist damit nur auf ein Defizit neben anderen aufmerksam gemacht, auf einen Bereich zugleich, in dem auch in der Vergangenheit wenig versucht worden ist. Es soll damit auch nicht die Arbeit mit Gruppen abgewertet werden, für die ein Ausscheren aus dem gesellschaftlichen Zusammenleben naheliegt und denen ein Motivieren für dieses Zusammenleben vor allem anderen nottut. Ein entsprechendes sozialpädagogisches Engagement ist durchaus als Politische Bildung zu verstehen. Es

erübrigt aber nicht, die Kommunikation über gesellschaftlich-politische Zusammenhänge für diejenigen anzuregen, deren Alltag ohne existentielle Gefährdungen zu sein scheint, deren Alltagswissen aber Verfestigungen unterliegt, die sie im Laufe der Zeit gegenüber Veränderungen der Lebensbedingungen unbeweglich macht. Noch ist dieses gesellschaftliche Alltagswissen zu wenig erforscht, um daraus Konsequenzen für die Art des Angebots Politischer Bildung ableiten zu können. Es muß auch angenommen werden, daß es sperrig ist, gegenüber jeglicher Art des Angebots. Andererseits ist ein Bemühen, die Neugier für das Denken des anderen zu wecken, noch nie völlig vergeblich gewesen.

4. Angebotsstruktur Politischer Bildung

(aus: Die Volkshochschule. Handbuch für die Praxis der Leiter und Mitarbeiter, Frankfurt/Main, 18. Lieferung Dezember 1985)

Angebotsstruktur Politischer Bildung

Ausgangslage

Volkshochschulen (VHS) haben nach 1945 in Grundsatzserklärungen die Bedeutung der Politischen Bildung immer wieder betont. Dem dabei bekundeten Anspruch hat die Angebotspraxis selten entsprochen. Schwierigkeiten bereitete auch zu allen Zeiten die Realisierung der Angebote. Für diese Misere gab es wechselnde, zeitbedingte Erklärungen. Anfangs konnte vor allem auf das verwiesen werden, was als ‚Ohne-mich-Standpunkt‘ bezeichnet wurde, also auf die erfahrungsbedingte Zurückhaltung gegenüber einem Sich-Befassen mit öffentlichen Angelegenheiten. Heute wird gerade das verstärkte Engagement als Hinderungsgrund dafür genannt, Kurse zur Politischen Bildung an VHS zu besuchen. In dieser Verkehrung kommt zum Ausdruck: Während bis Mitte der 60er Jahre in der theoretischen Diskussion über das Aufgabenverständnis Politischer Bildung ihr ein Eigenwert zugesprochen, in der kritischen Verarbeitung von Informationen ihr Spezifikum gesehen wurde, wird in den letzten 15 Jahren Politische Bildung eher als ein Instrument des politischen Handelns gesehen. Damit aber mußte institutionelle Politische Bildung an Anziehungskraft verlieren, und ihre Bedeutung konnte zeitweise prinzipiell in Zweifel gezogen werden.

Aufgabenverständnis

Eine Folge dieser Entwicklung ist, daß Politische Bildung an VHS nicht in dem gleichen Maße expandiert hat wie andere Bildungsbereiche. Wenn dennoch der Typus informierender und reflektierender Angebote, die als Adressaten den Wahlbürger im Auge haben und insofern offen und nicht interessenengebunden sind, aufrechterhalten wurde, so beruht dies auf grundsätzlichen Erwartungen, die an eine Erwachsenenbildungseinrichtung in öffentlicher Trägerschaft gerichtet werden. Danach ist es im Interesse einer demokratisch verfaßten Gesellschaft, daß politisches Urteilen und Handeln auf der Basis von Kenntnissen über die Komplexität des politischen Handlungsfeldes geschieht, und es ist im Interesse eines jeden einzelnen, einen Bildungsbegriff zu vertreten, der bewußt hält, warum politisches Lernen und politische Aktion nicht deckungsgleich sind, denn ein solches Bewußtsein trägt zum Erhalten der Lernfähigkeit bei. Was deshalb gebraucht wird, ist ein Angebot für die Möglichkeit, „Denk-Handlungsdispositionen“ (K.G. Fischer) zu entwickeln, sich zur Gesellschafts-

analyse zu befähigen. Es sollte also begriffen werden, inwiefern politisches Lernen selbst politisches Handeln ist. Zugespitzt formuliert: „Ein Seminar ist insofern ein politikfreier Raum, als hier nicht Politik gemacht, sondern über Politik reflektiert wird, damit später gute Politik dabei herauskommt" (W. Kremp).

Lernen und Handeln

Wenn es demgegenüber weithin üblich geworden ist, politisches Lernen und politisches Handeln in einer engeren Verknüpfung zu sehen, so geht dies allerdings nicht nur auf die Ausstrahlung sozialer Bewegungen und politischer Initiativen zurück. Es werden vielmehr auch lernpsychologische Annahmen geltend gemacht. Sie sehen die Bildungswirkung an die Tätigkeit gebunden. Erfahrung wird dabei in einem verdinglichten Sinne verstanden. Übersehen wird dabei, daß erst die Reflexion auf die Tätigkeit Transferchancen eröffnet und daß wir politische Realität nur noch begrenzt unmittelbar erfahren können und ihr stattdessen mit Vorstellungen, mit gedanklichen Projektionen begegnen müssen. Wenn demgegenüber das allgemeine pädagogische Denken die Tendenz hat, kognitive Faktoren unterzubewerten und die Vorzüge handelnden Lernens herauszustellen, dann wird ein Bildungsklima geschaffen, in dem es schwer fällt, veranstaltende Angebote Politischer Bildung überzeugend zu machen, deren Handlungsrelevanz nicht augenfällig ist. Darunter haben alle Institutionen Politischer Bildung zu leiden. Die VHS sind im besonderen Maße davon betroffen, weil ihr die öffentliche Trägerschaft Grenzen setzt. Mit dieser ist zwar die Liberalität des Denkens legitimiert, nicht aber eine Beliebigkeit des Handelns. Dies kann sich nur ausgelagert vollziehen. Damit ist aber eine Einheit des Lernens und Handelns, wie sehr sie auch gewünscht werden mag, nicht zu realisieren.

Angebotsstruktur

Wie nun stellt sich unter diesen Bedingungen die Angebotsstruktur der Politischen Bildung an VHS dar? Eine Durchsicht der Arbeitspläne der VHS erlaubt die Feststellung, daß sich einige Angebotstypen relativ konstant erhalten, mit einigen Variationen immer wieder erscheinen und dem Gesamtangebot eine Profilierung und eine Gewichtung geben. Unterscheidungskriterien einer solchen Typologie sind nicht so sehr Inhalte oder Organisationsformen, sondern vielmehr eine Verknüpfung von Funktionen und Erwartungen. Sie kommt tendenziell in den Ankündigungen zum Ausdruck. Zugleich werden Affinitäten zwischen Problemlagen und Gestaltungsformen der Veranstaltungen erkennbar. Dabei lassen sich vor allem anderen unterscheiden:

- inhaltlich offene Gesprächskreise mit weitgehend konstanter Zusammensetzung, die meist über mehrere Arbeitsabschnitte bestehen und die ihre jeweiligen Gesprächsthemen fallweise selbst bestimmen.

- themenorientierte Arbeitskreise, die sich ausdrücklich als Politische Bildung im engeren Sinne ausweisen.
- allgemeinbildende oder berufsorientierte Lehrgänge, die Bestandteile enthalten, die als Politische Bildung bezeichnet werden können.

Angebotsprofil

Des weiteren kann man zum Arbeitsprofil sagen: Es gibt in der VHS Angebote der Politischen Bildung, die

- als aktuell angesehene Fragestellungen aufgreifen.
- an Bedürfnissen und Perspektiven von Zielgruppen orientiert sind.
- grundständige Themen des öffentlichen Lebens zur Diskussion stellen.
- fachsystematisch angekündigt sind und vorgehen.

Diese Angebotstypen sind hier in der Reihenfolge ihrer derzeitigen Häufigkeit genannt. Es ist also deutlich eine Präferenz für Aktualität erkennbar. Die Probleme des Zeitgeschehens werden allerdings weniger formal vorgestellt, als vielmehr kommunikativ erörtert.

Zielgruppen

Insoweit die Auseinandersetzung mit dem aktuellen Zeitgeschehen nicht nur informierend, sondern reflektierend erfolgt, ist eine Nähe zum zweiten Typus - Zielgruppenorientierung - gegeben. Während aber im ersten Fall das Spektrum der Thematik mit der öffentlichen Diskussion korrespondiert und diese gemeinhin die Auswahl bestimmt, bringt das Ansprechen potentieller Adressatengruppen definierte thematische Akzentuierungen mit sich, die auf ihre Lebenssituation bezogen sind. So z.B. bei Frauen, älteren Menschen, Ausländern oder anderen spezifisch angesprochenen Bevölkerungsgruppen. Oftmals werden auch Koppelungen mit Teilgebieten der Politik vorgenommen, so etwa mit der Sozial- oder der Bildungspolitik. Die Betroffenheit spielt hier eine bestimmende Rolle. Diese ist zwar auch für die Wahl der Themen aus der aktuellen Politik mitleidend, aber doch nicht bestimmend. Ebenso ist beim zweiten Typus der Informationscharakter zwar nicht ausgeschlossen, hat aber eine deutlicher instrumentelle Funktion als beim ersten Typ, der ausdrücklich Neugier und Wissensdefizite anspricht und meist auch auf Perspektivenreichtum Wert legt.

Themenschwerpunkte

Von den Inhalten her sind Überschneidungen zwischen dem ersten und dem dritten Typus möglich. Von den hier gemeinten lebensbestimmenden Themenfeldern wie Frieden, Ökologie, Arbeit, Medien, Kommunalpolitik, Mitbestimmung, Deutschlandpolitik,

haben vor allem die ersten auch eine aktuelle Relevanz. Die Unterscheidung ergibt sich aber aus der Art der Ankündigung und der Bearbeitung. Es geht nicht so sehr um unmittelbare, direkte Betroffenheit, sondern um die Bedeutung, die einer Problemstellung für die potentiellen Teilnehmer zukommt. Damit ist auch eine komplexere Behandlung angezeigt. Die perspektivische Einschränkung, die diese bei dem zuerst skizzierten Typus hat, tritt hier zurück. Es wird eine gewisse Bereitschaft erwartet, Komplexität zu verarbeiten. Der Einstieg ist zwar punktuell und situationsbezogen, seine Erweiterung ist aber vorgesehen. Diese Erweiterung wird beim vierten Typus zu einer systematischen Ausfaltung. Deshalb bereitet er bei der Realisierung die meisten Schwierigkeiten. Hat dieser Angebotstypus schon eine örtliche Tradition, ist er sicherer zu praktizieren. Dabei lassen sich noch verschiedene Varianten feststellen. Inhaltlich spezielle Themen werden meist nur in Einrichtungen mit großem Einzugsbereich gewagt. Häufiger sind schon Grundeinführungen, die ein Sachgebiet - Wirtschaft, Recht, Staatslehre, Geschichte - dann aber doch problemorientiert akzentuieren, so daß ein Bezug zum alltäglichen politischen Geschehen erkennbar wird. Hier ist auch der Ort, Strukturfragen, beispielsweise der Demokratie, des Pluralismus, der Entscheidungsstrukturen etc. aufzuwerfen.

Teilnehmererwartungen

Was die Ausbreitung dieses eher systematisch orientierten Angebotstypus behindert, ist das offensichtliche Bedürfnis der potentiellen Teilnehmer, sich auf Überschaubares, ja Griffiges und dazu Eigentätiges stützen zu können. Das erste wird daran deutlich, daß die Beschäftigung mit der historischen Dimension unseres Lebens zwar wieder an Interesse gewinnt, dieses Interesse aber vor allem an der Heimatgeschichte zum Ausdruck kommt. Ein vergleichbares Beispiel ist es, wenn im Bereich Ökologie Angebote überwiegen, die auf eine Tätigkeit der Adressaten (ökologischer Gartenbau) bezogen sind. Wo hingegen die Anstrengung des Begriffs verlangt wird oder das, was als ‚vernetztes Denken‘ in aller Munde ist, zeigt sich Zurückhaltung. Auffallend ist auch, daß trotz der Vorliebe der Adressaten für einen konkreten Ansatzpunkt die kommunalpolitischen Themen nur selten realisiert werden. Hier dürfte das Verhältnis zu den Trägern eine Rolle spielen, ebenso allerdings auch die Voreinstellung eines Teils der potentiellen Teilnehmer, eine Bildungsveranstaltung müsse unmittelbar Veränderungschancen bieten.

Organisationsform

Ein weiteres Defizit wird dann erkennbar, wenn man davon ausgeht, daß viele der politischen Probleme erst verständlich werden, wenn ihr gesellschaftlicher Kontext reflektiert wird. Dieser bleibt jedoch im Angebot der VHS, betrachtet man es in seiner

Breite, weitgehend ausgeklammert. Dieser Tatbestand verweist auf die neue Unterbewertung der Rationalität in der Politischen Bildung. Allerdings fragt es sich auch, inwieweit ihr im Rahmen von Abendkursen gerecht zu werden ist. Diese stellen immer noch die häufigste Zeitorganisationsform im Angebot der VHS dar. Für die politische Bildung ist allerdings darüber hinaus das Wochenendseminar eine weithin übliche Veranstaltungsform. Sie hat auch Affinitäten zu bestimmten Themenfeldern. Diese sind zum Teil förderungspolitisch zu erklären, zum Teil ergeben sie sich auch aus der Themenstruktur und der Besonderheit des Wochenendseminars, Lernsituation und Lebenssituation wenigstens kurzzeitig miteinander zu verbinden. Das erstere kommt vor allem der Deutschlandpolitik zugute, das zweite der Zielgruppenarbeit. Zusätzliche Akzente können in den Ländern gesetzt werden, in denen der Bildungsurlaub gesetzlich verankert ist.

5. Politische Bildung in der außerschulischen Jugendbildung

(aus: Sander, Wolfgang (Hrsg.): Handbuch politischer Bildung.

Bonn: Bundeszentrale f. polit. Bildung (1997) S. 258-270)

Benno Hafeneeger

Politische Bildung in der außerschulischen Jugendbildung

1. Der politische Rahmen der Jugendbildung

Politische Bildung für Jugendliche und junge Erwachsene hat institutionell und organisiert zwei zentrale Lernorte: die schulischen und die außerschulischen (nachsulischen) Bildungsangebote. Beide basieren auf unterschiedlichen politischen Vorgaben, rechtlichen Rahmenbedingungen und organisatorischen Grundlagen; sie haben unterschiedliche Inhalte, Strukturen und Lernformen. Gleichzeitig gibt es seit Mitte der 1990er-Jahre vielfältige Ansätze von Vernetzung und Kooperation wie auch produktiven Lernverhältnisse. Die außerschulische Erziehung und Bildung hat im 20. Jahrhundert eine Tradition, die auf nationaler Ebene im Reichsjugendwohlfahrtsgesetz (RJWG), dann im Jugendwohlfahrtsgesetz (JWG) und seit 1990 im Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) als öffentlich-rechtliche Aufgabe niedergeschrieben wurde; sie ist damit für die entstehende, eigenständige und sich sukzessive verlängernde Jugendphase zu einem Lernangebot in der Freizeit geworden. Das steuerungs- und förderungspolitische Instrument des Bundes ist seit dem Jahre 1950 der Bundesjugendplan (BJP) und dann der Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP), die inhaltlichen und förderungspolitischen Instrumente der Länder sind in Landesjugendplänen und Jugendbildungsgesetzen geregelt, und auf kommunaler Ebene gibt es - orientiert am gesetzlichen Rahmen des Bundes und der Länder - spezifische Kreisjugendpläne, kommunale Förderungsrichtlinien und -programme. Daneben gibt es in mehreren Bundesländern seit Mitte der siebziger Jahre unterschiedlich akzentuierte Freistellungsgesetze für die politische Bildung und berufliche Weiterbildung, die auch für Jugendliche und junge Arbeitnehmer gelten (insb. das Instrument des Bildungsurlaubs und der Weiterbildung). Im KJHG und in der Geschichte des Kinder- und Jugendplans ist ein Bildungskanon aufgelistet, in dem die politische Bildung neben der sozialen, kulturellen, internationalen, arbeitsweltbezogenen, sportlichen Bildung ein hervorgehobener Lernaspekt ist; in der Programmstruktur des KJP gehört die politische Bildung zu den Schwerpunkten und tragenden Elementen' der Förderung.

Politische Bildung ist in der Geschichte der Bundesrepublik zu einem wichtigen Bestandteil und zeitweise auch übergeordneten Prinzip der außerschulischen Jugendarbeit und -bildung geworden; sie ist strukturell dem Subsidiaritätsprinzip und dem politischen Pluralismus (Förderungswürdigkeit) der freiheitlich-demokratischen Grundordnung verpflichtet. Außerschulische politische Jugendbildung ist rechtlich und strukturell wiederum ein

Teil von Kinder- und Jugendarbeit und von Kinder- und Jugendhilfe als dem gesamten Feld der außerschulischen Erziehung, Bildung und Hilfen. Damit bleibt sie angesiedelt im Spannungsfeld von Aufgaben und Interessen der Jugendhilfe-/Sozialpolitik einerseits und der Bildungspolitik andererseits. Ressortpolitisch ist sie in der Regel den Familien-/Sozialministerien zugeordnet.

[...]

6. Perspektiven

[...]

6.1. Der politischen Jugendbildung - ihren Theorien, Trägern und Mitarbeitern - muss es gelingen, ihre originäre (eigene und vernetzte) Bedeutung in der politischen Sozialisation von Jugendlichen heute plausibel zu begründen und zu vertreten. Es gibt für die Originalität dieses Lernfeldes gute Gründe; sie reichen von prinzipiellen Hinweisen wie „Orte und Zeiten für Nachdenken“, des Probehandelns und „Lernfeld Demokratie“ bis hin zu konkreten - und gleichzeitig basalen - politischen, sozialen und kulturellen Befähigungen wie Streiten, Zuhören, Kompromisse schließen, Toleranz zu lernen.

6.2. Politische Bildung muss ihr flexibles, experimentelles und freies Handlungsfeld erhalten; in ihm kann risikoarm Lernen ausprobiert und eine einladende Lernkultur erfahren werden. Dies ermöglicht vielen Jugendlichen neue Wahrnehmungs-, Erfahrungs- und Denkdimensionen, und damit kann politische Bildung für sie biografisch interessant und prägend werden.

6.3. Politik und Gesellschaft müssen sich in der Auseinandersetzung mit ihrer Zukunft und den lebenswerten Perspektiven der jungen Generation entscheiden, welche absichtsvollen Erfahrungen und Lernangebote (als Option) sie ihnen in der Freizeit -neben Konsum, Moden, Medien, Kommerz - machen will. Dabei geht es um Kompetenzen, die für die sozialen Grundlagen und weitere Entwicklung einer partizipativen Demokratie, für Problemlösungen, für die Austragung von Konflikten und den Zusammenhalt sowie den Solidaritätsbestand der Gesellschaft von Bedeutung sind.

6.4. Die politische Jugendbildung hat ein erhebliches Defizit an quantitativer und qualitativer empirischer Forschung und an Evaluation. Vor allem die Produktion von gehaltvollen Erkenntnissen und die Ausweitung von Angeboten der Träger, über den Verlauf von Bildungsprozessen bei Jugendlichen setzt das Lernfeld in die Lage, in jugend- und bildungspolitischen Auseinandersetzungen mit agieren zu können sowie den eigenständigen Beitrag - immer wieder Demokratie einzuüben und zu lernen, in der selbstbestimmten Subjektentwicklung einen unverwechselbaren Stellenwert zu haben - belegen und begründen zu können. Das weitere Profil und die Entwicklungschancen des Lernfeldes (der Träger, der Profession) kann sich nicht nur normativ, konzeptionell und alltagspraktisch begründen, sondern muss sich empirisch abgesichert fundieren.

V - Beispiele aus der Praxis



Geschichte/Zeitgeschichte

- | | | |
|----|--|----|
| 1. | Aachener erzählen Geschichte(n) – Gesprächskreis zur Stadtgeschichte | 76 |
| 2. | Auf den Spuren der Nazizeit in Aachen | 78 |
| 3. | „Grundwissen Geschichte“ | 80 |
| 4. | Veranstaltungsreihe zu: Aufarbeitung der DDR-Geschichte | 82 |

Kommunale Politik

- | | | |
|-----|--|----|
| 5. | Demokratieführerschein – Ein jugendpolitisches Projekt zum Mitmischen in Deiner Stadt! | 85 |
| 6. | „Essen kontrovers“ – Ein kommunalpolitisches Diskussionsforum in der Volkshochschule | 88 |
| 7. | „Mehr Frauen für unsere Stadt“ | 90 |
| 8. | Integration durch politische Teilhabe: Politisch partizipieren heißt handeln! – Eine Qualifizierungsreihe für Migranten und Migrantinnen | 92 |
| 9. | Demokratie in Deutschland – (Vorbereitung auf den Einbürgerungstest) | 94 |
| 10. | Politische Heimatkunde für Neu- und Altbürger/-innen | 96 |
| 11. | Orientierungskurs; vom BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) vorgegeben | 98 |

Gesellschaft und kulturelle Entwicklung

- | | | |
|-----|--|-----|
| 12. | Klever Zukunftsgespräche | 101 |
| 13. | Zivilgesellschaft im Internet – mischen Sie mit! oder: Gut informiert mitmischen! Internet und Politik | 103 |

Globale Entwicklung

- | | | |
|-----|--|-----|
| 14. | Reden von Morgen – Eine Gesprächsreihe über unser Zusammenleben in der Zukunft | 105 |
|-----|--|-----|

Ökologie und Nachhaltigkeit

- | | | |
|-----|--|-----|
| 15. | Klima im Wandel - eine Veranstaltungsreihe als Kooperationsprojekt | 107 |
| 16. | Das Ökomobil - Umweltbildung vor Ort | 109 |

Interkulturelles Lernen

- | | |
|---|-----|
| 17. Xpert CCS – interkulturelle Kompetenz (culture communication skills) –
Zertifikatsangebot der Volkshochschulen | 111 |
| 18. Xpert CCS – interkulturelle Kompetenz (culture communication skills) –
für Jugendliche und Schüler/-innen | 115 |
| 19. Dialog der Kulturen | 117 |
| 20. Projekt Teeblatt – Zeitung der internationalen Zeitungsgruppe an der VHS Moers | 113 |

Politische Grundlagen

- | | |
|--------------------------------------|-----|
| 21. Denkforum: Philosophie im Alltag | 122 |
| 22. Philosophische Matinee | 124 |
| 23. Jahrhundertbücher | 126 |

Rechtsextremismus und antidemokratische Tendenzen

- | | |
|---|-----|
| 24. Argumentationstraining gegen Stammtischparolen | 128 |
| 25. Damals verfolgt – heute vergessen? – Holocaustgedenktag | 130 |
| 26. Erlebniswelt Rechtsextremismus | 132 |

Europäische Perspektiven

- | | |
|---|-----|
| 27. Europäische Nachbarn: Spanien und Portugal (Beispiel) | 134 |
| 28. Politische Heimatkunde, grenzüberschreitend -
Zuhause in den NiederRheinLanden | 136 |
| 29. Jährliche Europa-Woche | 138 |

Interdisziplinäre Themen

- | | |
|---|-----|
| 30. Konzertierte Aktionen – Volkshochschulen und Landesverband arbeiten
Hand in Hand bei der Planung und Durchführung von Lesereisen und
Seminarveranstaltungen | 140 |
| 31. Studium Generale | 143 |
| 32. Arbeitsplätze vor Ort – Betriebsbesichtigungen als wirtschaftliches
Exkursionssegment | 146 |
| 33. Opern im gesellschaftlichen und politischen Zusammenhang | 148 |

1. Aachener erzählen Geschichte(n) – Gesprächskreis zur Stadtgeschichte (W. Casteel, VHS Aachen)

Ziele:

Interesse für lokale Geschichte wecken. Den „Dialog der Generationen“ fördern, da die einen Teilnehmenden berichten und die anderen etwas erfahren können. Über Lebens-Erfahrungen und heutiges Verständnis wird ein fruchtbarer Austausch möglich.

Zielgruppe/Adressaten:

Jüngere und Ältere, Einheimische und Migranten jeglicher Herkunft.

Inhalt:

Anknüpfend an die dem Lebensalter der Teilnehmenden entsprechenden historisch-politischen Entwicklungen werden die Zeitzeugenaussagen mit Impulsen von Fachwissenschaftlern ergänzt und mit den jüngeren Teilnehmenden diskutiert. Jeder Mensch ist kompetent in seiner Biografie und durch den Vergleich verschiedener Erfahrungen kann sich einem differenzierten Bild der Wirklichkeit genähert werden.

Materialien/Literatur:

Die Kursleitenden müssen mit der Geschichte, die behandelt wird, vertraut sein; auch lokalgeschichtlich.

Veranstaltungsform:

Gesprächskreis; über mehrere Semester. Verbunden eventuell mit Exkursionen vor Ort.

Rahmenbedingungen (z.B. Kooperationspartner, Ressourcen etc.):

Keine besonderen Ressourcen erforderlich. Angenehme, gesprächsmotivierende Räumlichkeit ist wünschenswert. Die Kursleitenden sollten sich auf eine moderierende Rolle konzentrieren und den Austausch zwischen den Generationen fördern.

Werbung/Öffentlichkeitsarbeit:

Ankündigung zum Start über ein Pressegespräch, da Zeitungen ein Medium der älteren Generation sind. Zusätzlich Gewinnung von jüngeren Teilnehmenden über Internet und/oder Kontakte zu Schulen.

Hinweise zur Durchführung:

Die genaue Themenstellung des Gesprächskreises ergibt sich meist erst im Laufe der Veranstaltung. Impulse sollten aber vorbereitet sein und im Bedarfsfall eingebracht werden.

Erfahrungen:

Mit dieser regelmäßigen Veranstaltung werden altersmäßig verschiedene Teilnehmendenkreise angesprochen. Die Älteren bleiben oft sehr lange dabei, die Jüngeren meist nur für 1-2 Semester. Historische Themen können auf ihre aktuelle Bedeutung hin beleuchtet werden.

Themenfeld:

Lokale Geschichte (Politik)



Dialog der Generationen bei einem Kurs zur Stadtgeschichte

2. Auf den Spuren der Nazizeit in Aachen (W. Casteel, VHS Aachen)

Ziele:

Interesse für die Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte (am lokalen Beispiel) fördern.

Zielgruppe/Adressaten:

Jugendliche, breite Öffentlichkeit

Inhalt:

Beschäftigung mit den verschiedenen Aspekten der NS-Zeit am lokalen Beispiel. In einem Kurs/Workshop sollte sich jeweils mit einem speziellen Thema beschäftigt werden: Verfolgung, Widerstand, Krieg, usw.

Der Begriff „Spuren“ sollte im Mittelpunkt stehen, d.h. was erinnert heute noch daran? Beispiele können die Lebenswege von Verfolgten sein, aber auch die (Nachkriegs-) Biografien von Tätern. Ebenso erfolgreich ist die Beschäftigung mit „Erinnerungszeichen“ (Denkmäler, Straßennamen, usw.).

Materialien/Literatur:

Der Aufwand der Materialerstellung bzw. –besorgung hängt davon ab, wie sehr die NS-Geschichte am jeweiligen Ort schon aufgearbeitet worden ist (wissenschaftliche Veröffentlichungen bzw. von Heimat- oder Geschichtsvereinen, usw.).

Spezielle Materialien können auch z. B. in einem Kurs selbst erarbeitet werden.

Veranstaltungsform:

Kurs, Workshopreihe, Bildungsurlaub, Projektwoche

Rahmenbedingungen (z.B. Kooperationspartner, Ressourcen etc.):

Je nach genauer inhaltlicher und thematischer Ausrichtung (Biografien von Verfolgten, Denkmäler vor Ort, usw.) können unterschiedliche Interessen und Fähigkeiten bei den Teilnehmenden zusammenwirken: Interesse an Geschichtsarbeit in einem Archiv, Interesse am Fotografieren oder anderen Dokumentationstechniken, usw.

Wo es sinnvoll ist, kann ein konkretes „Produkt“ angestrebt werden: Denkmal- oder Straßenverzeichnis mit Fotos, Verlegung eines „Stolpersteins“, usw.

Eine Kooperation mit Institutionen, die sich mit dem Thema beschäftigen, ist sinnvoll.

Werbung/Öffentlichkeitsarbeit:

Pressearbeit (ev. Medienpartnerschaft), VHS-Programm, Kontakte zu Schulen und Jugendeinrichtungen.

Hinweise zur Durchführung:

Die Kursleitenden müssen in der allgemeinen und lokalen Geschichte versiert sein (was aber allgemein zum Anforderungsprofil gehört). Die Möglichkeit, an bestimmten Terminen einer Reihe auch am PC arbeiten zu können, ist hilfreich.

Erfahrungen:

Der Vorbereitungsaufwand ist umso höher, desto weniger die Geschichte vor Ort aufgearbeitet ist. Eine Kombination der Arbeit in der VHS mit Stadtführungen, Exkursionen zu Orten/Museen der NS-Zeit ist möglich.

Themenfeld:

Zeitgeschichte



Jugendliche suchen auf dem Friedhof
Spuren jüdischer Geschichte

3. „Grundwissen Geschichte“ (T. Ruffmann, VHS Kleve)

Ziele:

Der Kurs vermittelt historisches Orientierungswissen. Wichtige Kategorien der didaktischen Planung sind: Gegenwartsbezug, Ablösung der immer noch vorherrschenden nationalen Engführung durch eine bewusst europäische oder gar weltumspannende Perspektive, Bevorzugung alltags- und kulturgeschichtlicher Annäherungsweisen.

Zielgruppe/Adressaten:

Der Kurs wendet sich an alle Teilnehmenden, die historisch neugierig (geblieben oder geworden) sind, die eine gewisse Leselust mitbringen, explizit auch an Teilnehmende, deren Lieblingsfach Geschichte nicht war.

Inhalt:

Der Kurs hat seit dem Start über viele Semester die Europäische Geschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart behandelt. Es folgten: Geschichte der Kindheit, Geschichte Chinas von der Frühzeit bis heute, Geschichte der arabischen Völker und Ägyptens von den frühen Hochkulturen bis heute, Europa im 20. Jahrhundert, Amsterdam, Brügge und Köln im Vergleich.

Materialien/Literatur:

Leitmedium des Kurses war oft ein Buch, zunächst das Europäische Geschichtsbuch aus dem Klett Verlag, zuletzt über drei Semester „In Europa“ von dem niederländischen Autor Geert Mak und dann vom selben Autor „Amsterdam. Biographie einer Stadt“. Zu den Kursen gibt es ausführliche kommentierte Literaturlisten mit Titeln, die zusätzlich oder bei speziellem Interesse gelesen werden können. Zunehmend kommen moderne Medien bei der Recherche und zur Illustration im Kurs zum Einsatz.

Veranstaltungsform:

Das Veranstaltungsformat steht in der Tradition der klassischen „Arbeitsgemeinschaft“ aus der Weimarer Republik oder der Studienzirkel: Die Teilnehmenden bereiten sich durch eigene Lektüre vor, im Zentrum der Arbeit steht die Diskussion über das Gelesene. Es gibt regelmäßig Referate von Teilnehmenden zu Einzelthemen.

Werbung/Öffentlichkeitsarbeit:

Programmheft und Tagespresse.

Hinweise zur Durchführung:

Teilnehmende haben weitgehende Mitbestimmungsrechte in der Kursplanung und -durchführung. Neue Schwerpunktthemen werden von den Teilnehmer/-innen oder Dozent/-innen vorgeschlagen und gemeinsam bestimmt.

Erfahrungen:

Hervorstechendes Merkmal der Seminargruppe, die aus ca. $\frac{3}{4}$ Stammteilnehmenden und jeweils $\frac{1}{4}$ „Neuen“ besteht und sich somit langsam und stetig erneuert, ist ihre Diskutierfreude. Das Europäische Geschichtsbuch konnte die Funktion als Leitmedium nicht erfüllen, dafür sind die didaktischen Mängel zu gravierend (siehe ersten Erfahrungsbericht von 1996: Ellen Renckstorf-Ruiterman, Thomas Ruffmann, Orientierungskurs europäische Geschichte oder „Geschichte lernen, wie sie im Buche steht“, in: Lammers, Bernd / Lange, Jürgen (Hrsg.): Neue Wege der Weiterbildung. Modelle und Projekte für die Volkshochschule, Essen 1996, S. 89 – 96). Hingegen war der Bestseller „In Europa“ von Geert Mak eine hervorragende Grundlage für die Arbeit im Kurs, die kaum weiterer Ergänzungen bedurfte.

Die Gruppe freut sich am meisten auf die thematisch vom Kurs angestoßenen europäischen (oder chinesischen oder arabischen) Festessen, die im Winterhalbjahr nach Kursabschluss stattfinden und zu denen jeder ein Gericht beisteuert. Ein historisches Thema bzw. eine Region kulinarisch zu erleben fügt der Beschäftigung eine sonst vernachlässigte sinnliche und soziale Dimension hinzu. Ähnliches gilt für die eintägigen Exkursionen, die meist im Sommerhalbjahr nach Kursende organisiert werden.

Themenfeld:

Geschichte Europas, Universalgeschichte.

4. Veranstaltungsreihe zu: Aufarbeitung der DDR-Geschichte (M. Metzner, VHS Suhl)

Ziele:

Aufdecken der vielfältig verschleierte Zusammenhänge von politischem Herrschaftssystem/Machtapparat mit dem Ministerium für Staatssicherheit in der ehemaligen DDR.

Zielgruppe/Adressaten:

Bürger von Suhl, die zu DDR-Zeiten im Zentrum eines politischen Machtapparates, nämlich einer ehemaligen Bezirksstadt lebten, und interessiert sind an einer offensiven Aufarbeitung – Bürger aus den benachbarten Landkreisen von Suhl, die zum ehemaligen Bezirk Suhl und damit teilweise zum ehemaligen Sperrgebiet der DDR gehörten.

Inhalte:

- Die Zeit der frühen 50er Jahre; die Folgen von Denunziation in der SBSZ – Beispiele von Verschleppung nach Sibirien (Schilderung von Einzelschicksalen von Zeitzeugen)
- Verschleppung von Frauen nach Sibirien
- Die Rolle von Jugendwerkhöfen und Zuchthäusern in der ehemaligen DDR (mit Zeitzeugenberichten)
- Konfliktfeld Staat-Kirche-Jugendliche-Gesellschaft (z. B. Bluesmessen in Ostberlin 1979-1986)
- Zielgruppe Ärzteschaft – Ärzte als inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR
- 50. Jahrestag des Mauerbaus – Von der Zonengrenze zur Grenze zweier Militärblöcke.

Materialien/Literatur:

(Filmvorführungen/Lesungen fanden in der VHS statt)

(Auswahl)

- Freya Klier: Verschleppt ans Ende der Welt (Buch und Film), Schicksale deutscher Frauen in sowjetischen Arbeitslagern
- Freya Klier: Zwischen Kombi und Kreißsaal. Die Rolle der Frauen in der DDR.
- Das Schwarzbuch des Kommunismus (G. Neubert)
- Hinterm Horizont allein – Der „Prinz“ von Prora – Stefan Wolter, Erfahrungen eines NVA-Bausoldaten
- Der Leserbriefschreiber – Tatwaffe „Erika“ (Dr. Manfred Scharrer)
- „Wie Erich seine Arbeit verlor“ – filmische Dokumentation über die Ereignisse um die Wende in der DDR (Kai von Westermann).

Veranstaltungsform:

- Vortrag mit Diskussion
- Lesungen mit Diskussion
- Filmvorführungen/Vortrag/Lesung zu einem bestimmten Thema in einer Veranstaltung

Rahmenbedingungen: (z. B. Kooperationspartner, Ressourcen etc.)

Langjährige sehr gute Partnerschaft zur Außenstelle Suhl der Bundesbeauftragten für die Unterlagen der ehemaligen Staatssicherheit (BStU): Die Planung der Veranstaltungen erfolgt in gegenseitiger Absprache jeweils im 1. Quartal des Jahres für das neue Jahresprogramm der VHS Suhl, Erscheinungsdatum August des laufenden Jahres (6 Veranstaltungen von September bis Mai). Die Kosten für Honorar/Reisekosten/Übernachtung werden überwiegend von der BStU-Außenstelle getragen. Die VHS stellt den Vortragsaal/Präsente Technik.

Werbung/Öffentlichkeitsarbeit:

- Druck der Flyer übernimmt die BStU-Außenstelle, eigener Verteilerschlüssel
- Verteiler über VHS (Schulen/Behörden)
- Pressebeiträge/Interviews organisiert VHS
- Kooperationspartner kann auch die Landeszentrale für politische Bildungsarbeit in Thüringen sein, mitunter sind die Veranstaltungen damit von 3 Partnern getragen

- Die Absprache zu den Detailfragen der Organisation der einzelnen Veranstaltungen erfolgt regelmäßig ca. 4 Wochen vor der nächsten Veranstaltung, auch die Vertretung eines Partners durch einen Kollegen der jeweiligen Institution wird festgelegt (bei Krankheit/Urlaub eines Partners).

Erfahrungen:

Die Kooperation mit einer Institution wie der BStU ist aus dem Bildungsangebot des FB 1 nicht mehr wegzudenken. Der Stoff zur Aufarbeitung dieses Kapitels der jüngsten deutschen Geschichte geht uns noch nicht aus, im Gegenteil. Der Bedarf nach Aufarbeitung ganz bestimmter Themenfelder hat zum Teil gerade erst begonnen. Beispiel: Die Staaten des Warschauer Vertrages und ihre Vergangenheitsbewältigung (Thema: Tote an der bulgarisch-griechischen Grenze, die aus der DDR kamen).

5. Demokratieführerschein – Ein jugendpolitisches Projekt zum Mitmischen in deiner Stadt! (G. Hinken, VHS Essen)

Ziele:

Durch ein handlungsorientiertes Politikprojekt sollen kommunalpolitische Kenntnisse und Prozesse erlernt sowie entsprechende Teilhabemöglichkeiten angewandt werden.

Zielgruppe/Adressaten:

Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 14 und 20 Jahren.

Inhalt:

Mit Hilfe eines modularen Curriculums recherchieren die Teilnehmenden ihr selbst gewähltes Projekt und bringen es in den kommunalpolitischen Entscheidungsprozess ein. Dabei lernen sie ihre lokale Lebenswelt sowie ihre kommunalpolitischen Teilhabemöglichkeiten reflektiert kennen und eignen sich die für den politischen Entscheidungsprozess notwendigen Kompetenzen an (Verhandeln, Reden, Bündnisarbeit). Das Projekt kann mit einem Zertifikat von Landesverband der VHS, IHK und Handwerkskammer abgeschlossen werden, wenn ein Multiple-Choice-Test und eine Projektpräsentation erfolgreich absolviert werden.



Projektteilnehmende stellen in einer Sitzung der Bezirksvertretung ihren Bürgerantrag zur Veränderung einer gefährlichen Verkehrssituation vor

Materialien/Literatur:

Der Reader zum Demokratieführerschein kann über den Landesverband der Volkshochschulen von NRW bezogen werden. Vielfältige Recherchemöglichkeiten erfordern verschiedene und flexibel einzusetzende Ressourcen (z.B. Moderationskoffer; Fotokamera; Filmkamera etc.)

Veranstaltungsform:

Projekt mit verschiedenen Veranstaltungsformen (indoor und outdoor): Gruppentreffen zur Findung, Besprechung und Dokumentation des Projektthemas bzw. entsprechender (Teil-)Ergebnisse; Recherchen in Einzel-, Partner- oder Gruppenarbeit vor Ort oder bei zuständigen bzw. involvierten Stellen und Institutionen; Besuch von politischen Gremiensitzungen.

Rahmenbedingungen (z.B. Kooperationspartner, Ressourcen etc.):

Es ist hilfreich, das Projekt in Zusammenarbeit mit einer Schule oder einer Jugendeinrichtung bzw. -organisation durchzuführen, um mögliche Projektteilnehmende in den Blick nehmen zu können. Die Teilnahme der Jugendlichen muss jedoch freiwillig sein. Das Projekt sollte möglichst von zwei Trainern begleitet und organisiert werden. Dadurch entstehen beachtliche Honorarkosten, die unter bestimmten Veranstaltungsbedingungen über Finanzmittel des Kinder- und Jugendplans (KJP) gedeckt werden können.

Damit die Jugendlichen eine Übersicht über kommunalpolitisch diskutierte

Themen erhalten, ist es hilfreich, das Projekt in Kooperation mit einer lokalen (Tages)Zeitung durchzuführen (z.B. ZEUS-Projekt der WAZ-Gruppe: Zeitung in der Schule).

Werbung/Öffentlichkeitsarbeit:

Falls das Projekt in Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern (Schule oder Jugendeinrichtung) durchgeführt wird, kann zur Teilnehmergebung im Haus des Kooperationspartners eine Informationsveranstaltung mit in Frage kommenden Jugendlichen durchgeführt werden. Eine offene Ausschreibung des Projekts in der Kommune (z.B. über das VHS-Programmheft) ist weniger Erfolg versprechend und erhöht die Wahrscheinlichkeit einer heterogen zusammengesetzten Projektgruppe.



Auch eine eigene Pressekonferenz mit Berichterstattung gehört zu einer abwechslungsreichen Projektarbeit

Hinweise zur Durchführung:

Bei der Planung der Projektmodule muss der Prozess der Gruppenfindung mitbedacht und prioritär beachtet werden. Insbesondere die Einbeziehung von externen Gesprächspartnern (Politiker, Journalisten, Experten etc.) sollte vorausschauend geplant werden.

Erfahrungen:

Wichtigste Gelenkstelle des Projekts ist die Findung des Projektthemas durch die Teilnehmenden: Je mehr dieses die Lebenswelt der Jugendlichen berührt und (in Antizipation zu erwartender Entwicklungen) eine kommunalpolitische Dynamik erwarten lässt, umso mehr wird es die Teilnehmenden nachhaltig für die Projektarbeit motivieren und damit ein produktives Projektergebnis ermöglichen.

Themenfeld:

Kommunale Politik.

6. „Essen kontrovers“ – ein kommunalpolitisches Diskussionsforum in der Volkshochschule (G. Hinken, VHS Essen)

Ziele:

Durch eine regelmäßig durchgeführte Podiumsdiskussion sollen kommunalpolitische Problemfelder der Stadt behandelt und deren Lösung vorangetrieben werden.

Zielgruppe/Adressaten:

Alle Bevölkerungsgruppen.

Inhalt:

Zu einem in der Kommune aktuell und kontrovers diskutierten Thema werden Pro- und Contra-Podiumsgäste eingeladen, die die wesentlichen politischen Argumente des Problems zur Vorbereitung einer Entscheidungsfindung austauschen.

Materialien/Literatur:

Hoher Veranstaltungsaufwand durch großen Technikeinsatz für die Podiumsdiskussion.

Veranstaltungsform:

Podiumsdiskussion.

Rahmenbedingungen (z.B. Kooperationspartner, Ressourcen etc.):

Es ist hilfreich, die Veranstaltungsreihe in Kooperation mit einem Medienpartner (z.B. der örtlichen Tageszeitung) durchzuführen. Die Podiumsdiskussion muss durch einen journalistisch talentierten Moderator vorbereitet und durchgeführt werden. Für eine solche Organisation und Vorbereitung der Veranstaltung fällt ein höheres Honorar an.

Werbung/Öffentlichkeitsarbeit:

Infoblätter, Ankündigungsplakate und die Themendarstellung auf der Veranstaltung erfordern einen größeren Werbeaufwand. Ein festes Veranstaltungsbanner sorgt für ein Corporate Design und Veranstaltungsprofil. Ggf. Mitwirkung eines Medienpartners.

Hinweise zur Durchführung:

Veranstaltungsthemen können nicht langfristig geplant werden, sondern hängen bei ihrer Auswahl von der aktuellen kommunalpolitischen Situation ab. Ein Planungsbeginn mit Themenauswahl 4-6 Wochen vor Veranstaltungstermin ist realistisch.

Erfahrungen:

Mit dieser regelmäßigen Veranstaltung kann ein festes oder auch themenspezifisches Publikum mit der VHS verbunden werden.

Die Podiumszu- oder -absagen von entscheidungsbefugten Politikern und Verwaltungsspitzen unterliegen nicht selten taktischen Überlegungen. Dabei kann die Unabhängigkeit bei der Auswahl von Themen und Podiumsgästen harten Proben unterliegen.

Themenfeld:

Kommunale Politik.



Schlagfertige Kommunalpolitik in lockerer
Bistro-Atmosphäre: Das VHS-Veranstaltungskonzept
„Essen kontrovers“

7. „Mehr Frauen für unsere Stadt“ (M. Engel, VHS Herten)

Zielgruppe(n):

Frauen aller Altersgruppen, auch aus Organisationen von Migrantinnen, die Interesse an Beteiligungsmöglichkeiten haben.

Ziele:

Da in vielen Kommunalparlamenten Frauen unterrepräsentiert sind, sollen Frauen ermutigt werden, sich mit den Beteiligungsmöglichkeiten in ihrer Kommune und für sich auseinanderzusetzen. Das politische Engagement von Frauen soll gestärkt werden.

Inhalt:

In einem modularisierten Seminar werden die Themenfelder „Lebenswelt Stadt“, „Handlungsfeld Kommune“, „Wie macht Frau Politik?“, „Kommunikation“, „Frauen-Perspektive“ und „Öffentlichkeitsarbeit“ in Basis- und Aufbaumodulen mit den Teilnehmern gemeinsam vorgestellt und bearbeitet.

Materialien/Literatur:

Reader „Mehr Frauen für unsere Stadt“ als Basismaterial für die Durchführung der Seminarreihe ist beim Landesverband der Volkshochschulen von NRW verfügbar. Aktuelle Zahlen und Daten zur Beteiligung von Frauen in der Kommune (Landesamt für Statistik und Amt für Wahlen und Statistik der Stadt/des Kreises).

Veranstaltungsform:

Die einzelnen inhaltlichen Teile der Veranstaltungsreihe reichen von klassischem Vortrag über Gruppenarbeit bis hin zur Stadterkundungsgängen und Gesprächsrunden mit Moderation.

Die Fortbildung schließt – bei regelmäßiger aktiver Teilnahme – mit einem Zertifikat des Landesverbandes ab.

Rahmenbedingungen (Kooperationspartner/Ressourcen):

Es ist hilfreich, die Veranstaltung in Kooperation mit der örtlichen Gleichstellungsstelle durchzuführen und damit möglicherweise das Angebot kostenfrei zu gestalten. Die im Rat/Gemeinderat vertretenen Parteien sollten im Vorfeld angesprochen werden. Die Absprachen erfordern eine größere Vorbereitungszeit. Politische Neutralität ist sicherzustellen.

Werbung/Öffentlichkeitsarbeit:

Es existiert ein Flyer für die Werbung, der intensiv ausgelegt werden sollte. Eine gezielte Presseinformation ist hilfreich. Ebenso ist die Information an Multiplikatoren/-innen in Vereine und Verbände eine gute Werbemöglichkeit.

Hinweise zur Durchführung:

Die vorgesehenen Unterrichtseinheiten können in Form eines traditionellen Seminars mit jeweils 2 Unterrichtseinheiten in der Woche oder auch als Kompaktseminar am Wochenende oder als Mischform mit einem langen Abend oder nach Bedarf der Teilnehmerinnen kombiniert angeboten werden. Es ist ratsam, nicht zu lange Abstände zwischen den einzelnen Seminarteilen zu haben. Das Seminar kann mit unterschiedlichen Referentinnen durchgeführt werden (Expertinnen für einzelne Seminarthemen) und/oder mit einer Trainerin durchgehend als Moderatorin für alle Seminareinheiten.

Erfahrungen:

Die Seminarreihe ist inzwischen mehr als 50mal an unterschiedlichen Volkshochschulen (zum Teil auch wiederkehrend im Jahresrhythmus) erfolgreich angeboten und durchgeführt worden. Vielfach konnten Frauen für die aktive politische Beteiligung in der Gemeinde/Kommune in und außerhalb der Kommunalpolitik gewonnen werden. Einige der Frauen sind heute Rats- bzw. Gemeinderatsmitglieder oder haben sich in politischen Parteien engagiert. Fast immer erfährt die Seminarreihe ein positives Echo in der örtlichen Presse und vor allem bei den im Rat/Gemeinderat vertretenen Parteien und beinhaltet eine Akzeptanz der VHS in ihrer politischen Bildungsarbeit.



Themenfeld: Kommunale Politik.

8. Integration durch politische Teilhabe: Politisch partizipieren heißt handeln! – Eine Qualifizierungsreihe für Migranten und Migrantinnen (M. Engel, VHS Herten)

Zielgruppe(n):

(Neu-)gewählte Mitglieder der Integrationsräte/Ausschüsse oder interessierte zukünftige Bürger/-innen in Migrantenvereinen.

Ziele:

Förderung der gleichberechtigten Teilhabe durch Vermittlung von Kenntnissen und Strukturen kommunalpolitischer Abläufe und Mechanismen an Vertreter/-innen in Integrationsausschüssen/Ausländerbeiräten.

Inhalt:

Vier eintägige Fortbildungsmodule zu den Themenfeldern „Integration, Integrationspolitik in der Kommune und Arbeit in politischen Gremien“, „Interkulturelle Öffnung und Orientierung in der Kommune“, „Öffentlichkeitsarbeit“ und „Entwicklung von Zielen und deren Umsetzung“.

Materialien/Literatur:

Ein Reader mit Materialien und Anleitungen zur Durchführung wurde von der Landeszentrale für politische Bildung in NRW in Kooperation mit der LAGA und dem Landesverband der Volkshochschulen in NRW entwickelt und kann über die Homepage der Landeszentrale als PDF kostenlos herunter geladen werden. Weiterführende Literatur ist angegeben.

Veranstaltungsform:

Nach den Erfahrungen aus den sieben Modellregionen bieten sich für die Module, die mit jeweils acht Unterrichtseinheiten geplant sind, eintägige oder auch mehrere halbtägige Veranstaltungen an. Die Veranstaltungstage sollten zeitlich in einem 14tägigen bis

dreiwöchigen Rhythmus angeboten werden, damit nicht zu viel an Distanz dazwischen entsteht.

Rahmenbedingungen (Kooperationspartner/Ressourcen):

Die Veranstaltungsreihe ist als Kooperationsangebot zwischen Volkshochschule und Integrationsrat/Geschäftsstelle angelegt. Für externe Referentinnen sind auch finanzielle Ressourcen notwendig, die möglichst über den Fortbildungsetat für Integrationsräte im kommunalen bzw. Kreishaushalt finanziert werden sollten. Für Werbung und Absprachen sind vor der ersten Durchführung zeitliche Ressourcen einzuplanen.

Werbung/Öffentlichkeitsarbeit:

Für die Öffentlichkeitsarbeit steht ein allgemeiner Flyer zur Verfügung. Die persönliche Vorstellung des Konzepts im Integrationsrat (kurz nach den Wahlen) oder bei Vereinen in Absprache mit der Geschäftsstelle ist sinnvoll. Eine Presseinformation sollte unbedingt gemacht werden, evtl. mit Fotos.

Hinweise zur Durchführung:

Es kann sinnvoll sein, zu bestimmten Themen externe Experten einzuladen. Es sollte möglichst eine Person an allen Terminen anwesend sein und die Gesamtmoderation übernehmen. Innerhalb der Themenfelder ist das besondere Interesse der Teilnehmer/-innen zu berücksichtigen und im Vorfeld zu klären.

Erfahrungen:

Es ist hilfreich, vor Beginn der Fortbildungsreihe Zeit für Informationsgespräche und die Vorstellung des Konzeptes zu haben. Eine gute Abstimmung mit der Geschäftsstelle des Integrationsrates minimiert Kommunikationsprobleme. Die einzelnen Seminarmodule wurden positiv von den Teilnehmer/-innen im Rahmen der Pilotreihe beurteilt. Bei der Auswahl der Dozent/-innen ist darauf zu achten, dass mit den Teilnehmer/-innen ein Gespräch „auf Augenhöhe“ möglich ist. Die örtliche Presse reagierte sehr positiv auf die Fortbildung mit einer ausführlichen Berichterstattung.

Themenfeld:

Kommunale Politik.

9. Demokratie in Deutschland – (Vorbereitung auf den Einbürgerungstest) (W. Casteel, VHS Aachen)

Ziele:

Grundlegende Informationen über die (Vor-)Geschichte, Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik. Zurechtfinden im politischen System, auch vor Ort.

Zielgruppe/Adressaten:

Alle Bevölkerungsgruppen

Inhalt:

In diesem Kurs werden an verschiedenen Beispielen die Themenbereiche Politik und Demokratie, Geschichte und Verantwortung sowie Mensch und Gesellschaft erläutert und zur Diskussion gestellt.

Materialien/Literatur:

Die Veranstaltung kann sich an den Inhalten des Einbürgerungstests orientieren und auf die hierfür vorliegende Materialien und Methodenvorschläge zurückgreifen.

Veranstaltungsform:

Workshop, Kurs, Seminarreihe

Rahmenbedingungen (z.B. Kooperationspartner, Ressourcen etc.):

Keine besonderen Anforderungen.

Werbung/Öffentlichkeitsarbeit:

Keine besonderen Anforderungen.

Hinweise zur Durchführung:

Der gemeinsame Besuch der Kursgruppe bei thematisch passenden VHS-Vorträgen oder – Exkursionen ist möglich und fördert den



Demokratie-Bildung erfordert auch engagierte Dozenten.

Diskussionsprozess. Das gilt auch für den Besuch z. B. von Rats- oder Ausschusssitzungen.

Wenn besondere Zielgruppen angesprochen werden sollen, ist eine Zusammenarbeit mit zielgruppenspezifischen Organisationen notwendig.

Erfahrungen:

Mit der Terminierung (Vor- oder Nachmittag, Abend) kann ein unterschiedliches Publikum angesprochen werden.

Themenfeld:

Politik

10. Politische Heimatkunde für Neu- und Altbürger/-innen (T. Ruffmann, VHS Kleve)

- a) Kennen Sie Ihre Stadt? Emmerich und Umgebung von drinnen und draußen
- b) Kleve für Anfänger/innen

Ziele:

Gestartet wurden die Kurse vor über 20 Jahren mit dem Ziel, Neubürger/-innen ebenso wie Alteingesessene auf erlebnisorientierte Weise mit ihrem kommunalen und regionalen Lebensraum vertraut(er) zu machen.

Zielgruppe/Adressaten:

1. Neubürger/-innen
2. Altbürger/-innen

Erreicht wurden und werden im Emmericher Kurs, der einen treuen Teilnehmendenstamm hat, vor allem Senioren. Der Klever Kurs erreicht nicht in jedem Semester die Mindestteilnahmezahl, es kommen in der Tat vor allem frisch Zugezogene, darunter zu 50% Niederländer/-innen.

Inhalt:

„Erkundung der (un)bekannten Heimat“ lautet das Motto der Kurse. Auf dem Programm stehen in jedem Semester neu Führungen, Besichtigungen, Gespräche, Diskussionen zur städtischen Geschichte, Wirtschaft, Politik und Kultur.

Materialien/Literatur:

Keine. Im Klever Kurs werden am ersten Abend die verschiedenen Stadtführer und die stadtgeschichtliche Literatur vorgestellt.

Veranstaltungsform:

Jeder Kurs wird als Reihe von Führungen, Exkursionen, Besichtigungen, Diskussionen und Gesprächen organisiert.

Rahmenbedingungen (z.B. Kooperationspartner, Ressourcen etc.):

Für die Kurs gilt die ermäßigte Gebühr von derzeit 1,25 EUR/UStd. für Veranstaltungen der politischen Grundbildung. Eventuelle Eintritte und Führungshonorare werden zusätzlich im Kurs umgelegt. Die Anfahrt zu den Ortsterminen geschieht in PKW-Fahrgemeinschaften.

Werbung/Öffentlichkeitsarbeit:

In der Regel nur normale Ankündigung im Programmheft, Internet und Tagespresse. Die Neubürger/-innen der Stadt Kleve finden in der Willkommensbroschüre der Stadt einen Gutschein zur kostenfreien Teilnahme am Kurs.

Hinweise zur Durchführung:

Es ist Gestaltungsprinzip der Kurse, dass die Themenanregungen und Wünsche der Teilnehmenden aufgegriffen werden. In Emmerich werden die Themen für das neue Semester jeweils vom „alten“ Kurs gewählt. Die Dozentin ist vor allem Moderatorin und Organisatorin.

Themenfeld:

Stadt, „Heimatkunde“.

11. Orientierungskurs, vom BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) vorgegeben (A. Eberhardt, VHS Oberes Nagoldtal)

Ziele:

Die Lernziele bilden ein Magisches Dreieck, in dem die Kursleiter/-innen ein umfangreiches Curriculum bearbeiten, die Teilnehmer/-innen effizient auf den Test vorbereiten und dabei die Prinzipien der demokratischen Erwachsenenbildung anwenden sollen. In Nagold steht das Prinzip der lebenspraktischen Handlungsorientierung im Vordergrund.

Zielgruppe/Adressaten:

Menschen mit Migrationshintergrund, die in der Regel unmittelbar zuvor einen Integrationskurs besucht haben.

Inhalt:

Das politische System, die Zeitgeschichte seit 1933, alltagskulturelle Phänomene – Die thematischen Vorgaben des BAMF werden mit dem Projekt „dynamische Lernwände“ verknüpft. Das Workshop-Konzept ermöglicht ein hohes Maß an Interessenorientierung und Binnendifferenzierung. Die Kleingruppen konzipieren Bildwände, sammeln Fotos, schreiben Bildunterschriften, arbeiten die Testfragen ein und halten kleine Referate. Dabei entstehen ergebnissichernde Lernwände, die im Sinne der Binnendifferenzierung zu einer kleinen Ausstellung „veredelt“ werden können. Die Frage, ob und in welchem Maße dies geschieht, hängt natürlich wesentlich vom Sprachniveau, der Lernbiographie und dem Erkenntnisinteresse der Teilnehmer/-innen ab.



Teilnehmer/-innen erarbeiten sich in Kleingruppen die deutsche Nachkriegsgeschichte

Materialien/Literatur:

Gearbeitet wird mit dem Lehrbuch „Miteinander leben“ und zahlreichen Begleitmaterialien, die überwiegend von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg entwickelt wurden. Außerdem werden Materialien eingesetzt, die die Teilnehmer/-innen (aus früheren Kursen) selbst erstellt haben.

Veranstaltungsform:

45 Unterrichtseinheiten, verteilt auf 9 Unterrichtsvormittage.

Rahmenbedingungen:

Die Vorgaben des BAMF gelten für alle Orientierungskurse. In Nagold verfügen wir über einen großen Unterrichtsraum und fast unbegrenzte Ausstellungsflächen. Genutzt werden auch die Netzwerke der VHS für Expertengespräche im Unterricht.

Werbung/Öffentlichkeitsarbeit:

entfällt weitgehend; allerdings dienen die Orientierungskurse meist für 2-4 Teilnehmer/-innen zur Vorbereitung auf den Einbürgerungstest, der möglichst zeitnah auf den Orientierungskurs folgt.

Hinweise zur Durchführung:

Die Kursleiter/-innen sollten mit den Methoden des aktivierenden Lernens vertraut sein.

Erfahrungen:

Der alltagsnahe aktivierende Umgang mit Politik ist für die Teilnehmer/-innen oft eine völlig neue Erfahrung voller Erfolgserlebnisse: sehr gute Prüfungsergebnisse, die kreative Konzeptionsarbeit an den Lernwänden, die Kurzreferate in freier Sprache, die Rollenspiele, die Expertengespräche, etc. Die Teilnehmer/-innen mobilisieren verborgene oder verschüttete Kompetenzen, genießen die allgemeine Wertschätzung ihrer Arbeit und vertiefen durch die vielfältigen „Empowerment-Maßnahmen“ die Bindung zu „ihrer“ VHS. Kleine Ausstellungen am Ende des Kurses bieten potenziell den Rahmen für Veranstaltungen rund um das Thema Integration. In begrenztem Maße verleiht sie den beteiligten Teilnehmer/-innen eine Stimme in der integrationspolitischen Diskussion.

Bilder/Fotos:

Die Arbeitsprozesse werden fotografisch dokumentiert und fließen ihrerseits in die Ausstellung ein. Überhaupt werden Bilder intensiv als Informationsträger und „Speichermedium“ eingesetzt.

Themenfeld:

Politik und Gesellschaft

12. Klever Zukunftsgespräche (T. Ruffmann, VHS Kleve)

Ziele:

Seit dem Jahr 2000 bittet die VHS einmal pro Semester namhafte Fachleute aus Wissenschaft, Wirtschaft, Kultur und Politik, aus ihrem Arbeits- und Forschungsfeld Antworten auf die drängenden Zukunftsfragen zu präsentieren und zur Diskussion zu stellen.

Zielgruppe/Adressaten:

Zu den Klever Zukunftsgesprächen sind alle Bürgerinnen und Bürger eingeladen, die sich gerade im Kommunikationszeitalter aus erster Hand und im direkten Gespräch zu den großen Themen der Zeit ein Urteil bilden wollen.

Inhalt:

Themen und Referent/-innen bisher:

- Prof. Gerhard Scherhorn, Wuppertal-Institut: Güterwohlstand und Zeitwohlstand
- Prof. Klaus J. Bade, Wissenschaftszentrum Berlin: Einwanderungsland Deutschland
- Dr. Michel Friedman: Bürgertugend Toleranz
- Dr. Bernd Müller: „Oost-west – t’huis best?“ NRW – Niederrhein – Niederlande: Realität und Vision
- Prof. Therese Neuer-Miebach: Gentechnik – medizinischer Fortschritt um jeden Preis?
- Prof. Klaus Klemm: Rote Karte für unser Bildungssystem? PISA und die Konsequenzen
- Armin Pongs: In welcher Welt wollen wir leben? Auf der Suche nach einer neuen Weltordnung
- Michael Mary: Die Glückslüge – Vom Glauben an die Machbarkeit des Lebens
- Walter Lange: „Projekt Weltethos“ – eine Antwort auf religiösen Fundamentalismus und Terror
- Moritz Freiherr Knigge: Kommunikationstrainer und Unternehmensberater, Spielregeln – wie wir miteinander umgehen sollten

- Prof. Dr. Gerd Bosbach: Vergreisung der Gesellschaft?! – Mythen und Fakten
- Prof. Dr. Heinz-J. Bontrup: Müssen wir alle den Gürtel enger schnallen? Oder brauchen wir eine andere Wirtschaftspolitik?
- Sabine Peters: Singsand – Begegnungen zwischen Beer Sheva u. Jerusalem
- Dr. Henning Scherf: Grau ist bunt. Was im Alter möglich ist
- Nick Reimer: Wir Klimaretter
- Wolfgang Bergmann: Erziehen im Informationszeitalter
- Adam Krzeminski: Die Ruinen des Krieges – Fundamente für Europas Zukunft?
- Geert Mak: „In Europa“ – Von Nijmegen bis Srebrenica und weiter.

Veranstaltungsform:

Klassischer Vortrag mit viel Raum für Diskussion zwischen Publikum und .

Rahmenbedingungen (z.B. Kooperationspartner, Ressourcen etc.):

Die Reihe wird seit Beginn von der Sparkasse Kleve in kleinem Rahmen gesponsert. Die Teilnahme ist seit einigen Jahren nicht mehr kostenfrei, Gebühren zwischen 4,- und 6,- EUR waren ohne negative Auswirkung auf die Teilnehmezahl.

Werbung/Öffentlichkeitsarbeit:

Programmheft, Tagespresse, Sonderflyer, persönliche Einladungen an einen eigenen Verteiler.

Hinweise zur Durchführung:

Je nach erwarteter Teilnehmezahl (abhängig vom Thema und Zugkraft der Redner/-innen) werden der große VHS-Saal oder die Stadthalle genutzt. Getränkeauschank in der Pause, seit einigen Jahren nicht mehr gratis.

Erfahrungen:

Inhaltlich hat die Reihe bisher die Erwartungen erfüllt: keine Showveranstaltungen, sondern „VHS-typische“ seriöse Sachdarstellungen ohne Scheu vor auch provozierenden Thesen und Minderheitenmeinungen. In der Regel lebhaftes Diskussion. Fast immer wurden deutliche Positionen zu wichtigen Zukunftsfragen abgesteckt. Kaum gelungen ist jedoch der Aufbau eines Stammpublikums. Über die Teilnahme wird jedes Mal anhand von Thema und Person neu entschieden.

Themenfeld:

Zukunftsfragen, Politik und Gesellschaft.

13. Gut informiert mitmischen! Internet und Politik (I. Witt, VHS Bergheim)

Themenfelder:

Demokratie, Politische Partizipation, Umgang mit (neuen) Medien.

Ziele:

- Erarbeitung von Partizipationsmöglichkeiten für die Zivilgesellschaft in einer repräsentativen Demokratie
- Motivation zur Partizipation durch Darstellung von entsprechenden Partizipationsmöglichkeiten im Internet.

Zielgruppe/Adressaten:

Alle Bevölkerungsgruppen.

Inhalte:

- Information und Vernetzung werden als Grundlagen politischen Handelns erkannt
- Möglichkeiten der Partizipation in einer repräsentativen Demokratie (mit Hilfe des Internets) werden vorgestellt, gemeinsam diskutiert und analysiert.
- Kritischer Umgang mit Medien, insbesondere des Internets, wird diskutiert.
- Direkte Umsetzung am Computer wird geboten und begleitet.

Materialien:

Computer mit Internetanschluss. Flipchart und Moderationskarten.

Literatur:

Hilfreich sind:

- Elter, Andreas: Bierzelt oder Blog? Politik im digitalen Zeitalter, Hamburg 2010
- Emmer, Martin / Seifert, Markus / Wolling, Jens (Hrsg.): Politik 2.0? Die Wirkung computervermittelter Kommunikation auf den politischen Prozess, Nomos 2010
- Praxis Politische Bildung 2/2010, Thema Web 2.0.

Veranstaltungsform:

- Vorträge
- Diskussionen
- Gruppenarbeit
- praktische Erfahrung am Computer.

Rahmenbedingungen:

- Dozent/-in: Politikwissenschaftler/-in mit Erfahrungen in Internetanwendungen oder Politikwissenschaftler/-in gemeinsam mit Internetdozent/-in. Ideal ist die Kombination beider Kompetenzen in einer Person, doch zwei Personen sind in beiden Fällen empfehlenswert
- Raum: Computerraum
- Teilnehmer/-innen: 8-12 Personen
- Kursdauer: Tagesseminar über 6-8 Unterrichtsstunden.

Werbung/Öffentlichkeitsarbeit:

- Flyer und Plakate, Pressemitteilung, Newsletter
- Gezielte Einladungen an Kooperationspartner wie Seniorenorganisationen
- Jugendorganisationen oder Schulen.

Hinweise zur Durchführung:

Als Vorbereitung sollten bereits Informationen über verschiedene regionale Politiker/-innen in abgeordnetenwatch.de oder Beispiele regionaler Blogs oder Internetzeitungen gesammelt werden.

Hilfreich für die Teilnehmer/-innen ist eine Liste mit wichtigen, bereits überprüften Internetadressen.

Zu Kursbeginn sollten die Interessen der Teilnehmer/-innen abgefragt werden (z.B. durch Infowände), um dann dazu passende Beispiele aus dem Internet vorstellen zu können.

14. Reden von Morgen – Eine Gesprächsreihe über unser Zusammenleben in der Zukunft (G. Hinken, VHS Essen)

Ziele:

Veranstaltungsreihe für nachdenkliche, perspektivische Themen, die als besonderes Format prominente wie auch weniger bekannte Personen mit ihren Auffassungen vorstellt.

Zielgruppe/Adressaten:

Alle Bevölkerungsgruppen; Bildungsbürgertum.

Inhalt:

Reden von Morgen stellt Künstler, Politiker, Wissenschaftler, Journalisten, Schriftsteller und Theologen vor, die noch Visionen haben. Ihre Reden von morgen für morgen sollen den Zuhörern Perspektiven für die Zukunft eröffnen.

Materialien/Literatur:

Keine.

Veranstaltungsform:

Vortragsveranstaltung (möglichst frei bzw. locker gehaltene Vorträge, max. 60 Min.) mit anschließender Publikumsdiskussion.

Rahmenbedingungen (z.B. Kooperationspartner, Ressourcen etc.):

Finanzintensiv, da originelle bzw. öffentlichkeitswirksame Themen von z. T. prominenten Rednern/-innen vorgestellt werden (Honorar: 200 bis ... EUR pro Veranstaltung); Möglichkeit des Reihensponsoring durch Dritte (z. B. Buchhandlung).

Werbung/Öffentlichkeitsarbeit:

Intensive Werbung ratsam (z.B. Flyer mit den Semester-/Jahresveranstaltungen; Pressegespräch bzw. -mitteilungen etc.).



Der Blick zurück als Mahnung für die Zukunft:
Ralph Giordano bei „Reden von morgen“.



„Rede von morgen“ mit Gegenrede zum Thema „Sterbehilfe“ vs. Palliativmedizin

Hinweise zur Durchführung:

Fester, wiederkehrender Veranstaltungstermin (z.B. Sonntags-Matinee) ist angezeigt. Besonderer Veranstaltungsaufwand (Bühnen- und Saalaufbau; Technikeinsatz; ggf. Rahmenprogramm etc.) unterstützt die Besonderheit der Veranstaltungsreihe.

Erfahrungen:

Die Veranstaltungsreihe bietet die Möglichkeit, ein innovatives und gesellschaftspolitisches Profil zu entwickeln, mit dem der Fachbereich bzw. das Haus eine große öffentliche Aufmerksamkeit erreichen kann. Aufgrund des relativ starken Ressourceneinsatzes müssen Aufwand und Ertrag besonders beachtet werden.

Themenfeld:

Alle möglichen.

15. Klima im Wandel – eine Veranstaltungsreihe als Kooperationsprojekt (G. Hinken, VHS Essen)

Ziele:

Globale Herausforderungen – Lokales Handeln:

Klimapolitische Veranstaltungsreihe als kommunales Kooperationsprojekt.

Zielgruppe/Adressaten:

Gesamte Bevölkerung; umweltpolitisch orientierte Gruppen und Menschen.

Inhalt:

Die Veranstaltungsreihe behandelt klimarelevante und umweltpolitische Themen, die in Form von Einzelveranstaltungen und in jeweiliger Kooperation mit einzelnen oder mehreren Kooperationspartnern durchgeführt werden (z.B. lokale Umweltgruppen, Hochschulen bzw. Institute oder Nichtregierungsorganisationen).

Veranstaltungsform:

Vortragsveranstaltungen, Podiumsgespräche, Exkursionen, Werkstattprojekte etc.

Rahmenbedingungen (z.B. Kooperationspartner, Ressourcen etc.):

Aufgrund der Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern, die häufig das inhaltliche Know-how bzw. die Referenten stellen, können Kosten minimiert bzw. geteilt werden. Aufgrund der internationalen Thematik besteht zudem die Möglichkeit der finanziellen Förderung über dvv international.

Werbung/Öffentlichkeitsarbeit:

Die vielfältigen Kooperationen mit anderen Organisationen und Institutionen begünstigen eine weit reichende und zielgruppenspezifische Marketingstrategie, die mit Hilfe gemeinsamer Werbemittel (Flyer und Plakate mit den Reihenveranstaltungen; Pressekonferenz mit allen Kooperationspartnern vor Reihenbeginn plus veranstaltungsspezifische Pressemitteilungen etc.) umgesetzt werden kann.

Hinweise zur Durchführung:

Fester, wiederkehrender Veranstaltungstermin (z.B. 10 Abendveranstaltungen in 10 Wochen an einem festen Wochentag) ist sinnvoll. Je nach Inhalt kann ein besonderer Veranstaltungsaufwand (Raumaufbau; Technikeinsatz; Rahmenprogramm) sinnvoll sein.

Erfahrungen:

Intensive und kompetente Behandlung eines zukunftssträchtigen Themenfeldes wird mit der Möglichkeit kombiniert, die Volkshochschule als kommunales Forum gesellschaftlicher Gruppen, Organisationen und Institutionen zu profilieren.

Themenfeld:

Globale Entwicklungen/Internationales; Ökologie/Nachhaltigkeit.

16. Das Ökomobil - Umweltbildung vor Ort (W. Kniep, VHS Ludwigslust)

Ziele:

Der regionale Bezug zu Umweltthemen soll durch Flexibilität erhöht werden. Dazu fährt eine Umweltpädagogin mit einer umfangreichen Sammlung von Lehr- und Lernmitteln zu den Zielgruppen und führt vor Ort Praxisseminare durch.

Zielgruppe/Adressaten:

Kinder und Jugendliche, Erzieher/-innen (KITA, Hort), Grundschullehrer/-innen, Eltern

Inhalt:

Je nach aktuellen vorher recherchierten Bedingungen werden Nachhaltigkeitserfahrungen in unmittelbarer Umgebung des Wohn- bzw. Einrichtungsortes organisiert. Themen sind z.B. Wald, Gewässer, Luft, Naturmaterialien, Landwirtschaft („Vom Korn zum Brot“) usw.

Materialien/Literatur:

An Bord des zum „Ökomobil“ umgebauten PKW-Anhängers befinden sich pädagogisch aufbereitete Naturmaterialien (Erden, Gesteine, Pflanzen, Tiere) und Gerätschaften (Käscher, Mikroskope, Werkzeuge, Lehmbackofen) sowie Bilder und Literatur.

Veranstaltungsform:

Praxisseminar

Rahmenbedingungen :

In der Regel werden die Seminare bei der VHS durch Träger oder Gruppen angefordert. Dabei werden örtliche Bedingungen, Probleme oder Schwerpunktthemen evaluiert und an die Dozentin weitergegeben. Diese recherchiert vor dem Einsatz meist auch direkt vor Ort, um sich auf Zielgruppe und Gegebenheiten einzustellen.



Ökomobil im Einsatz

Werbung/Öffentlichkeitsarbeit:

Das Angebot erscheint unter Fachbereich 1 im Kursprogramm der VHS (auch Internet), im Fortbildungskatalog für KITA-Erzieherinnen und Tagespflegepersonen und in der Presse.

Hinweise zur Durchführung:

Grundsätzlich liegt der Themenschwerpunkt vorher fest (Wünsche der Zielgruppe oder Empfehlungen durch VHS). Notfalls (z.B. witterungsbedingt) wird methodisch abgewandelt, da diverse Unterrichtsmittel – s.o. – mitgeführt werden. Es wird empfohlen, auch bei „Freilandarbeit“ einen erreichbaren Raum zur Verfügung zu haben.

Erfahrungen:

Viele Umweltthemen lassen sich an praktischen Beispielen besser „begreifen“ und verinnerlichen als in jeder theoretischen Unterrichtsform. Was sich besonders bei Kindern zeigt (etwa beim vorsichtigen Hantieren mit Wasserlebewesen), ist die sehr nachhaltige Entwicklung der Achtung vor dem Leben. Damit leistet diese Seminarform auch einen sehr frühen und nicht zu unterschätzenden Beitrag zur Gewaltprävention.

Themenfelder (Auswahl):

Umweltbildung

17. Xpert CCS – Interkulturelle Kompetenz (culture communication skills) – Zertifikatsangebot der Volkshochschulen (M. Engel, VHS Herten)

Zielgruppe(n):

Der Zertifikatslehrgang kann für folgende Zielgruppen angeboten werden:

- Verwaltungsmitarbeitende und Mitglieder aus Migrantenorganisationen
- Mitarbeitende in klein- und mittelständischen Betrieben
- Lehrer/-innen und Mitarbeitende in sozialen Berufen
- Mitarbeitende im Gesundheits- und Pflegebereich
- Fremdsprachenlehrende
- Mitarbeitende in der politischen Jugendbildung

Ziele:

Vermittlung von Schlüsselkompetenzen zur besseren Verständigung in kulturellen Überschneidungssituationen und zum Umgang mit Menschen unterschiedlicher Herkunft im beruflichen Alltag. Die Bewusstwerdung der eigenen kulturellen Prägungen und hieraus resultierende Handlungsmechanismen zu erkennen, sind zentraler Bestandteil der Kursinhalte. Die Inhalte werden konkret auf einzelne Arbeitsfelder hin analysiert.

Inhalt:

Folgende inhaltliche Schwerpunkte innerhalb der Module werden erarbeitet:

A. Für Erwachsene – 72 Unterrichtseinheiten inklusive Prüfung – 4 Module

- Eigene Kultur
- kulturelle Fremdheit
- kulturelle Filter
- Techniken des interkulturellen Umgangs
- Kulturexploration
- Kulturgrammatik
- interkulturelle Kommunikation
- Interkulturalität in den jeweiligen Handlungsfeldern (5 unterschiedliche Module, s.o. Zielgruppen)
- Konflikte in interkulturellen Kontexten

Materialien/Literatur:

Handbuch Interkulturelle Kompetenz als Basisband und für den Bereich Verwaltung und Jugendbildung als Zusatzband. Bezug: Bayerischer VHS-Verband oder Landesverband der Volkshochschulen in NRW. Für die Lehrgangreihe zum Xpert CCS liegen zusätzlich Lernzielkataloge und Musterprüfungssätze für Trainer/-innen vor. Im Rahmen der Trainer/-innen-Qualifizierung wurden zusätzliche Materialien aufbereitet, die für die Durchführung den zertifizierten Trainer/-innen vorliegen.

Veranstaltungsform:

Die Veranstaltungsform beinhaltet einführende Vorträge, Gruppenarbeitsphasen und den Einsatz von Medien. Besonderer Wert wird auf Übungen, Simulationen und szenische Darstellungen gelegt, und zwar in den Fällen, bei denen es um die Schulung von Wahrnehmung und kulturelle Prägung sowie Konfliktverhalten geht.

Rahmenbedingungen (Kooperationspartner/Ressourcen):

Das Angebot lässt sich am besten realisieren, wenn ein fester Kooperationspartner vorhanden ist (z.B. die Personalverwaltung einer Stadt/Gemeinde, Kindergärten oder eine Abteilung/kleine Firma sowie örtliche AWO, Caritas). Für die Zertifikatsreihe Xpert CCS-Erwachsene wurden Trainer/-innen qualifiziert. Eine Liste der Trainer/-innen kann bei den Landesverbänden Bayern, Baden-Württemberg, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen angefragt werden.

Für die qualifizierten Trainer/-innen ist in der Regel ein erhöhtes Honorar als Tagessatz zu kalkulieren. Da die Honorare kostendeckend veranschlagt werden müssen, ist ein entsprechend hoher Teilnehmerbeitrag zu kalkulieren oder es können möglicherweise Zusatzfinanzierungen über Drittmittel eingeworben werden (ESF oder Kinder- und Jugendplan des Bundes über den DVV zu organisieren, oder andere Quellen). Es kann auch als Berufsqualifizierungsmaßnahme mit einem Bildungsgutschein teilfinanziert werden.

Eine erfolgreiche Durchführung der Zertifikatsreihe erfordert – insbesondere für das erste Angebot – einen vermehrten zeitlichen Arbeitsaufwand für die Klärung von Rahmenbedingungen.

Außerdem ist es sinnvoll, das Angebot fachbereichsübergreifend (Qualifizierung, Kompetenzerweiterung und gesellschaftliches Lernen) zu bewerben und dies innerhalb der Einrichtung abzusprechen.

Werbung/Öffentlichkeitsarbeit:

Für die Fortbildungsreihen sind jeweils Werbe-Flyer vorhanden. Zusätzlich kann bei Bedarf eine Powerpoint-Präsentation zur Verfügung gestellt werden. Es empfiehlt sich eine gezielte Vorab-Information für Führungskräfte/Schulleitungen der angesprochenen Institutionen/Einrichtungen zu Zielen und Inhalten. Eine Presseinformation vor Beginn und bei der Zertifikatsübergabe ist sinnvoll.

Hinweise zur Durchführung:

Das Zertifikatsangebot kann modularisiert in einzelnen Stufen von Basic über Professional bis Master für Erwachsene angeboten werden. Es ist sowohl als Wochenendseminar als auch als Tagesseminar durchführbar.

Es ist unbedingt darauf zu achten, dass geschulte Trainer/-innen eingesetzt werden, da es sich um ein politisch und persönlich sensibles Thema handelt.

Ein besonderes Augenmerk sollte im Vorfeld auf die Klärung der Wünsche und Vorstellungen der Teilnehmer/-innen und Auftraggeber/-innen gelegt werden.

Erfahrungen:

Das Fazit vorweg: die Mühe ein solches Angebot zu machen lohnt sich. Die Erfahrungen können nach nunmehr knapp fünfjähriger Durchführung auf drei Ebenen benannt werden:

Persönliche Erfahrungen/Rückmeldungen der Teilnehmer/-innen:

Sehr viele Teilnehmer/-innen berichten, dass sie langfristig Erkenntnisse gewonnen und neue Strategien im Umgang mit stressigen Momenten in kulturellen Überschneidungssituationen entwickelt haben.

Rückmeldungen der Auftraggeber (z.B. Stadtverwaltungen, VHS-Dozenten/-innen):

Das Fortbildungskonzept wird als sinnvoll erachtet, jedoch in der Regel als zu umfangreich abgelehnt. Daher ist es sinnvoll, mit Basis-Modulen zu beginnen und für bestimmte Gruppen ein „Komplettangebot“ inklusive Prüfung und Materialien anzubieten. Ein wesentlicher Faktor für das Gelingen ist die Abklärung von Wünschen und Erwartungshaltungen vor Beginn der Fortbildungsreihe.

Öffentliche/interne Anerkennung der Einrichtung VHS:

Das Xpert CCS als gut erprobtes und nach Qualitätsstandards entwickeltes Angebot zur interkulturellen Kompetenz durch die VHS kann – nach Vorarbeit zur Akzeptanz – zu einer Aufwertung der VHS-Fortbildungsangebote innerhalb der eigenen Verwaltung und bei anderen Organisationen beitragen. Eine gute Presseinformation und Berichterstattung erfolgen ebenfalls häufig.

Das Angebot hat schon zu großer Akzeptanz auch innerhalb von Migrantenorganisationen beigetragen.

Für Rückfragen stehen auch die Kollegen/-innen in den Landesverbänden Bayern, Mecklenburg-Vorpommern, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Hessen zur Verfügung.

Themenfeld:

Interkulturelles Lernen.



„Beschäftigung mit der eigenen Kultur“

18. Xpert CCS - Interkulturelle Kompetenz für Jugendliche und Schüler/-innen

Titel: Kulturen verstehen

(M. Engel, VHS Herten)

Ziele:

Kulturelle Identität und Rollenverständnis klären, kulturelle Kommunikationssignale verstehen, kulturelle Konflikte erkennen und besser mit diesen Situationen umgehen zu können.

Zielgruppe/Adressaten:

Schüler/-innen und Jugendliche im Bereich Übergang Schule/Beruf (insbesondere in 9./10. Klassen an Haupt-, Real- und Gesamtschulen)

Inhalt:

45 Unterrichtseinheiten inklusive Prüfung – 1 Modul

- Was ist Kultur?
- Kulturelle Kommunikationsstile
- Rollen in der interkulturellen Kommunikation
- Identität und Kultur
- Der „Kulturblick“ in Konflikten

Materialien/Literatur:

Herdt Schul-Reihe: Europäisches Zertifikat zur Berufsqualifikation „Kulturen verstehen“, sowie ein dazugehöriger Lehrer/-innen-Band. Für Trainer/-innen liegt ein Musterprüfungssatz vor.

Veranstaltungsform:

Das Angebot kann als Kompaktseminar (auch in den Ferien) oder regelmäßig im Bereich des offenen Ganztagsangebotes von Schulen durchgeführt werden. Die Inhalte sind auch geeignet für die Erweiterung des Angebotes in den Schulabschlusslehrgängen der VHS.

Rahmenbedingungen (z.B. Kooperationspartner, Ressourcen etc.):

Das Angebot lässt sich gut in Kooperation mit Schulen realisieren bzw. im Rahmen der ZBW-Lehrgänge an VHS.

Unklar ist oft die Frage der Finanzierung. Hier könnte der Kinder- und Jugendplan des Bundes in begrenztem Maß helfen, solange das Angebot auf freiwilliger Basis bleibt. Als Teil von berufsvorbereitenden Maßnahmen könnte eine Finanzierung über Drittmittel erfolgen.

Werbung/Öffentlichkeitsarbeit:

Extraflyer für das Angebot liegen vor.

Hinweise zur Durchführung:

Für die Durchführung sollten unbedingt bereits qualifizierte Trainer/-innen der Xpert-CCS-Reihe für Erwachsene eingesetzt werden (Trainer/-innen-Liste bei den LV wie im Xpert CCS genannt), oder vorab eine Schulung für Lehrer/-innen erfolgen.

Erfahrungen:

Schulen reagieren sehr positiv auf das Angebot. Gute Erfahrungen wurden mit einem Kurzangebot auch im Rahmen des DVV-Aktionstages „Jugend lebt Demokratie“ in den Schulabschlusslehrgängen der VHS gemacht.

Themenfeld:

Interkulturelles Lernen

19. Dialog der Kulturen (G. Thiel, VHS LK Diepholz)

Ziele:

Durch die Präsentation im Rahmen einer Ausstellungsreihe von Kunst und Kultur aus anderen Ländern sollen Menschen begeistert werden, an diesen vielfältigen, interessanten, kulturellen Bereicherungen besser teilhaben zu können. Es soll Anlass gegeben werden, über neue Begegnungen, Partnerschaften, Kontakte, Reisen, Gewinnung neuer Erkenntnisse vor gegebenen gesellschaftlichen und historischen Hintergründen sich näher zu befassen und hieraus Handlungsschritte abzuleiten.

Zielgruppe:

Alle Interessierten.

Inhalt:

Einheimische Künstler/-innen und Kulturschaffende stellen Künstler/-innen und Kulturschaffende aus anderen Kulturkreisen und deren Arbeiten bzw. deren kulturhistorische Hintergründe sowie gesellschaftliche Zwänge und Veränderungen dar.

Material und Literatur:

Selbstgeschaffene Ausstellungsstücke aus dem Bereich der Malerei, Bildhauerei, plastische Gestaltungen usw.

Veranstaltungsform:

Ausstellungsreihe mit Einzelausstellungen, Vorträgen, Arbeitskreisen.

Rahmenbedingungen:

Nutzungen aller Ausstellungsräume in der so genannten „Alten Posthalterei“ in Syke, Kooperation mit der Stadt und dem Kulturverein „Rund um das Syker Rathaus“ sowie Beteiligung anderer Kulturschaffenden der Stadt und der Region.

Werbung/Öffentlichkeitsarbeit:

Info-Blätter, persönliche Einladungen, Ankündigungsplakate, Werbung in der Presse, Vorabberichte in der Presse, nachträgliche Berichte insbesondere bei entstandenen Arbeitsgruppen, die sich mit der Thematik befassen.

Hinweise zur Durchführung:

Diese Ausstellungsreihe muss längerfristig geplant und mit den notwendigen Begleitterminen: Ausstellungseröffnungen, ggf. Zusatzveranstaltungen, Abschlussveranstaltungen, an die Möglichkeiten des VHS-Programms und die Belegungsmöglichkeiten im Haus angepasst werden.

Erfahrungen:

Mit Etablierung der Reihe steigen die Akzeptanz und das Interesse, auch die Anerkennung, und damit auch die Verantwortung und die Anforderungen an die Qualität der Ausstellungsreihe und der daraus resultierenden Veranstaltungen.

Bilder/Fotos:

Ankauf von in der Regel einer Arbeit eines des/der beteiligten Künstlers/Künstlerin aus dem anderen Kulturkreis durch eine der drei Beteiligten (Stadt, Kulturverein, VHS).

Die Ausstellungen werden regelmäßig dokumentiert und auch mit Fotos in der örtlichen Presse bekannt gemacht.

Themenfeld:

Schnittstelle Kultur – Politik.

20. Projekt Teeblatt – Zeitung der internationalen Zeitungsgruppe an der VHS Moers (U. Steuten, VHS Moers)

Ziele:

Durch gemeinsame Arbeit an Beiträgen für eine Zeitung lernen einheimische und zugewanderte Menschen ihre Stadt als politisches und kulturelles Handlungsfeld (besser) kennen. Dies erschließt ihnen (neue) Artikulations- und Partizipationsmöglichkeiten.

Zielgruppe/Adressaten:

Zugewanderte und einheimische Menschen ab 16 Jahren.

Inhalt:

Einheimische und Zuwanderer gestalten unter Anleitung einer Kursleiterin Beiträge für eine Zeitung (das „Teeblatt“), die über das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft in Moers berichtet. In kleinen Reportagen und Interviews werden u. a. folgende Themen behandelt: Vorstellung einzelner Länder oder Schicksale, Informationen zum Leben und Arbeiten in Moers, interkulturelle Angebote, die Situation von Flüchtlingen in Moers, lokale Aktionen und Projekte, die für Migranten von besonderem Interesse sind. Zur Recherche der Beiträge besuchen die Teilnehmenden der Zeitungsgruppe Informations- und Kulturveranstaltungen, Beratungsstellen, interviewen Experten, sprechen mit neu zugewanderten und lange in Moers lebenden Menschen, analysieren Ereignisse aus dem alltäglichen Leben, die für Migranten besondere Relevanz haben. Da die Beiträge – mit Hilfe der Kursleiterin und der deutschsprachigen Teilnehmer/-innen – in deutscher Sprache verfasst werden sollen, bietet die aktive Mitarbeit gleichzeitig eine gute Gelegenheit, Deutschkenntnisse zu vertiefen.

Materialien/Literatur:

Die für Recherchen und Abfassung von Beiträgen erforderlichen Mittel werden teils von der VHS, teils von den Teilnehmenden selbst bereit gestellt.

Veranstaltungsform:

Kurs, der während des Semesters einmal wöchentlich von 18:00 bis 19:30 Uhr kostenlos angeboten wird. Weitere Treffen vereinbaren die Teilnehmer/-innen untereinander.

Rahmenbedingungen (z.B. Kooperationspartner, Ressourcen etc.):

Die VHS stellt die Räume, Medien und notwendigen Materialien zur Verfügung. Die Kursleitung, die Layout- und Druckkosten des Teeblatts werden in der Regel ebenfalls über die VHS finanziert. Weitere Unterstützung erfolgt in einzelnen Fällen durch den Förderverein der VHS sowie durch kommunale Mittel zur Förderung interkultureller Angebote. Themenspezifisch kooperieren Mitglieder der Zeitungsgruppe mit interkulturellen Zentren, Migrantenorganisationen und Beratungsstellen in der Stadt.

Werbung/Öffentlichkeitsarbeit:

Werbung erfolgt primär über die Medien der VHS (Programmheft, Flyer, Internet), zusätzlich über direkte Information in Integrations- und „Deutsch-als-Fremd/Zweitsprache-Kursen. Das Teeblatt wird an einigen zentralen Stellen in der Stadt ausgelegt. Lokalzeitungen haben in der Vergangenheit über das Projekt berichtet.

Hinweise zur Durchführung:

Die Initiierung des Projektes braucht möglicherweise einen „langen Atem“. Es kann einige Zeit dauern, bis sich eine arbeitsfähige Gruppe konstituiert. Entscheidend ist – besonders in der Anfangsphase – eine engagierte Kursleitung, die Impulse gibt und Vorschläge für leicht umzusetzende Vorhaben macht. Zu berücksichtigen ist anfangs auch, dass die Teilnehmenden in der Regel über keine Erfahrungen mit journalistischen und redaktionellen Arbeitsweisen verfügen. Wichtig ist darüber hinaus eine kontinuierliche Begleitung mit individueller Motivation der Teilnehmenden. Die Projektfinanzierung ist auch über Drittmittel (Fördervereine, Kulturstiftungen) möglich.

Erfahrungen:

Wichtiger als die angestrebte Veröffentlichung von zwei Zeitungsausgaben pro Jahr sind die während der gemeinsamen Arbeit gewonnenen (Lern-)erfahrungen der Teilnehmenden. Die Mitglieder der Zeitungsgruppe machten sich während der Arbeit an den Ausgaben des „Teeblatts“ mit der lokalen Infrastruktur, der Moerser Öffentlichkeit und vielen städtischen Institutionen und Initiativen (besser) vertraut. Dies aktivierte Selbstlernkräfte bei ihnen und förderte letztlich ihre Partizipation am öffentlichen kommunalen Leben. Zugewanderte Menschen lernten darüber hinaus, ihre migrationsspezifischen Interessen besser zu artikulieren und zu adressieren. Ein nicht zu unterschätzender Nebeneffekt der Mitarbeit in der internationalen Gruppe ist auch die Verbesserung ihrer Deutschkenntnisse. Nicht zuletzt bleibt zu hoffen, dass das „Teeblatt“ mit seinen Beiträgen hilft, Kontakte zwischen Einheimischen und Zuwandern aufzubauen oder zu verbessern.

Im Laufe der letzten sechs Jahre waren Teilnehmerfluktuationen innerhalb der Gruppe normal; neue Interessenten waren immer willkommen und konnten sich meist schnell in die Gruppe einfinden.

Themenfeld:

Migration, Integration, Interkulturelle Bildung.

21. Denkforum: Philosophie im Alltag (J. Korfkamp, VHS Alpen-Rheinberg-Sonsbeck-Xanten)

Ziele:

Durch das gemeinsame aktive Lesen von ausgewählten Texten und das Gespräch im Seminar soll das eigene Nachdenken (sapere aude!) gefördert werden.

Zielgruppe/Adressaten:

Keine spezielle Zielgruppe.

Inhalt:

Philosophie ist der Versuch, die Welt und die menschliche Existenz zu deuten und zu verstehen. Sie stellt Fragen und sucht nach Antworten. Das ist ein Grundbedürfnis jedes Menschen. Akademisches Wissen ist dafür nicht notwendig! „Ich weiß, dass ich nichts weiß“, soll der griechische Philosoph Sokrates einmal gesagt haben. Sokrates stellte alles in Frage, auch und gerade das, was im Alltag als selbstverständlich betrachtet wird. In diesem Sinne versteht sich das Seminar als ein Forum für alle Interessierten, die Lust am Denken haben und anhand klassischer und aktueller Texte unterschiedliche Themen aus Politik, Philosophie und Kunst diskutieren wollen.

Materialien/Literatur:

Ich denke, also bin ich. Grundtexte der Philosophie. Eingeleitet und kommentiert von Ekkehard Martens, München 2006

Lust an der Erkenntnis. Politisches Denken im 20. Jahrhundert. Ein Lesebuch von Herfried Münkler, München 1994.

Veranstaltungsform:

Das Denkforum sollte im 14täglichen Rhythmus stattfinden, so dass den Teilnehmenden zwischen den Seminarterminen genügend Zeit zur Vorbereitung der Texte bleibt.

Rahmenbedingungen:

Ein geeigneter Seminarraum, eventuell mit Beamer oder Overhead-Projektor. Mehr als 15 Personen sollten nicht an dem Seminar teilnehmen, um das Philosophieren im

Gespräch, das Erfahrungen und Einsichten anderer berücksichtigen muss, zu ermöglichen. Ansonsten besteht die Gefahr, dass die Teilnehmer/-innen sehr rezeptiv werden und das Denken dem Dozenten beziehungsweise einigen Wortführern überlassen.

Werbung/Öffentlichkeitsarbeit:

Ausschreibung im VHS-Programm sowie die üblichen Formen der Öffentlichkeitsarbeit (Presse, Flyer etc.).

Hinweise zur Durchführung:

Vor der gemeinsamen Besprechung des Textes empfiehlt es sich, dass der/die Dozent/-in einen kurzen Input zu Vita und Werk des Autors gibt.

Erfahrungen:

In der Praxis hat sich gezeigt, dass die Teilnehmenden die argumentative Debatte auf der Basis eines Schlüsseltextes sehr schätzen, da der historische Gesprächspartner (Text) in der Rolle als „Helfer“ die Klärung schon erkannter Probleme unterstützt, z.B. durch die begrifflich präzise Fassung von Unterscheidungen und so dazu verhilft, einen Sachverhalt „auf den Punkt zu bringen“.

Themenfeld:

Politische Grundhaltungen.

22. Philosophische Matinee (J. Korfkamp, VHS Alpen-Rheinberg-Sonsbeck-Xanten)

Ziele:

Die Philosophische Matinee ist ein Forum, das den Menschen mit seinen existentiellen Lebensfragen in den Mittelpunkt stellt, einen Rahmen für den Austausch, Gespräche und Bildungserlebnisse bietet. Die Lust am Denken und Diskutieren soll frei nach Hartmut von Hentig „Die Menschen stärken, die Sachen klären“.

Zielgruppe/Adressaten:

Keine spezielle Zielgruppe.

Inhalt:

In der Philosophischen Matinee werden philosophische Denker und ihre Schlüsseltexte oder existentiell berührende Fragen präsentiert und diskutiert (Beispiele: Das Stichwort „Gott ist tot“ von Friedrich Nietzsche – Aphorismus 125 aus der Fröhlichen Wissenschaft mit dem Titel „Der tolle Mensch“ – oder Albert Camus „Ist das Leben absurd?“). Auch philosophische Kontroversen (Beispiel: die Kontroverse zwischen Immanuel Kant und Benjamin Constant über die Frage, ob es erlaubt ist aus Menschenliebe zu lügen) oder aktuelle gesellschaftspolitische Themen (Beispiele: „Gibt es gerechte Kriege?“, „Tolerieren wir uns zu Tode?“) können Gegenstand der Matinee sein.

Materialien/Literatur:

Marc Sautet: Ein Café für Sokrates. Philosophie für jedermann, München 1999.

Veranstaltungsform:

Die Philosophische Matinee ist eine in der Regel zweistündige Einzelveranstaltung, die am Vormittag stattfindet oder beginnt und im Abstand von ca. sechs Wochen angeboten wird.

Rahmenbedingungen:

Ein geeigneter Seminarraum. Je nach Größe des Raumes ist der Einsatz von Mikrofonen für die Podiumsdiskussion erforderlich.

Werbung/Öffentlichkeitsarbeit:

Ausschreibung im VHS-Programm sowie die üblichen Formen der Öffentlichkeitsarbeit (Presse, Flyer etc.).

Hinweise zur Durchführung:

Die Philosophische Matinee ist in zwei Phasen unterteilt. In der ersten Phase führt ein/-e Moderator/-in nach kurzer Vorstellung der Diskutanten in das jeweilige Thema ein und leitet durch die Formulierung von Fragen die anschließende Podiumsdiskussion. Nach ca. 45 Minuten öffnet der/die Moderator/-in die Gesprächsrunde für das Publikum. In dieser zweiten Phase erhalten alle Anwesenden die Möglichkeit, sich an der Diskussion durch Fragen oder Kommentare zu beteiligen.

Erfahrungen:

Mit dieser regelmäßigen Veranstaltung kann ein festes oder auch themenspezifisches Publikum mit der Einrichtung verbunden werden. Darüber hinaus bietet es auch die Möglichkeit lokal bzw. regional bekannte Personen als Diskutanten mit einzubeziehen, um so die Attraktivität der Veranstaltung zu erhöhen.

Themenfeld:

Politische Grundhaltungen.

23. Jahrhundertbücher (K.-P. Hufer, KVHS Viersen)

Ziele:

Mit der Kenntnisnahme von Klassikern der Kultur- und Sozialwissenschaften sollen die historische, philosophische und soziologische Bildung erweitert und die politische Reflexionsfähigkeit gestärkt werden.

Zielgruppe/Adressaten:

Keine spezielle Zielgruppe, der Kurs richtet sich an alle Interessierten.

Inhalt:

Der Ausschreibungstext, der sich bewährt hat, lautet: „Es gibt Bücher, die entscheidende Denkrichtungen begründet, zentrale Thesen aufgestellt und lang wirkende Impulse gegeben haben. Sie sind Klassiker der Kultur- und Sozialwissenschaften geworden, die die Gedanken und das Leben im Jahrhundert ihres Entstehens und oft darüber hinaus entweder prägnant beschrieben oder Vorstellungen von einer anderen Gesellschaft entwickelt haben. Jedenfalls haben sie ihre Zeit und die folgenden Jahrzehnte entscheidend beeinflusst.“

Materialien/Literatur:

Klaus-Peter Hufer: Jahrhundertbücher auf dem Höhepunkt der Moderne. Klassiker der Kultur- und Sozialwissenschaften wieder gelesen, ISBN-13: 978-3941264090, Wochenschau Verlag, 2011

Veranstaltungsform:

Ein über zwei bis vier Abende gehender Kurs bzw. entsprechende „lange Abende“.

Rahmenbedingungen:

Für eine gute und diskursiv verlaufende Gesprächsatmosphäre sollte gesorgt werden.



Werbung/Öffentlichkeitsarbeit:

Neben der Ausschreibung im VHS-Programm empfiehlt sich eine Kooperation mit einer örtlichen Bücherei und/oder der Stadtbibliothek. Dort können die zu behandelnden Bücher vor der Veranstaltung ausgelegt bzw. angeboten werden.

Hinweise zur Durchführung: Die Kursleiterin/der Kursleiter sollte gut vorbereitet sein, d.h. auf jeden Fall die betreffenden „Jahrhundertbücher“ gründlich gelesen, sich mit den Biografien der Autoren und den zeitgeschichtlichen Umständen sowie der Rezeption der Bände intensiv beschäftigt haben. Vorbereitet werden sollten repräsentative Textauszüge, die als Kopien den Teilnehmenden ausgehändigt werden. Am Anfang gibt es einen Abriss über die Lebensgeschichte des Autors, dann werden die Grundzüge und wesentlichen Thesen des jeweils vorliegenden Jahrhundertbuches zusammenfassend dargestellt. Schließlich werden gemeinsam die Texte gelesen und diskutiert, wobei vor allem das Hauptinteresse auf die Frage nach der immer noch gültigen Bedeutung der „Klassiker“ gelegt werden soll. Es sollten pro Kurs zwei bis drei, möglichst zeitnahe oder themenverwandte Jahrhundertbücher behandelt werden.

<p>Jährlich erscheinen allein in Deutschland circa 90.000 Bücher neu. Wer kann da noch und mit welchen Gründen eine Auswahl treffen? Was ist wichtig, was oberflächlich? Vieles von dem, was auf den Markt kommt, ist weder neu noch originell. Aber es gibt auch immer wieder Bücher, die herausragen, bahnbrechende Erkenntnisse bringen, Neuüberlegungen anstoßen und über lange Zeit bedeutend sind. Sie haben das Zeug zu „Jahrhundertbüchern“.</p>	<p>Klaus-Peter Hufer stellt in der bewegenden Zeitspanne von 1900-1938 entstandene, besonders herausragende Werke von Georg Simmel, Max Weber, Oskar Spengler, Carl Schmitt, Sigmund Freud, Georg Lukács, Karl Jaspers und Norbert Elias vor. Er berichtet vom Leben der Autoren, den sie begleitenden Zeitumständen und gibt Auskunft darüber, was sie bewirkten und warum diese fundamentalen Arbeiten auch heute noch eine große Aussagekraft haben.</p>	<p>Klaus Peter Hufer Jahrhundertbücher auf dem Höhepunkt der Moderne Klassiker der Kultur- und Sozialwissenschaften wieder gelesen ISBN 978-3-94126409-0, 208 S., € 19,80</p>	
<p>bd edition Imprint im Wochenschau Verlag</p>		<p>Adolf-Damaschke-Str. 10 65824 Schwalbach/Ts. Tel.: 06196/86065. Fax: 06196/86060 info@bd-edition.de www.bd-edition.de</p>	

Erfahrungen: Zum Zeitpunkt dieser Beschreibung wurden 16 Kurse durchgeführt, jeder fand mit 10 bis 25 Teilnehmenden statt. In der Zwischenzeit hat sich ein fester Stamm herausgebildet, die Beteiligten sind in der Lage, schnelle und gute Querverbindungen zu bereits besprochenen Büchern herzustellen. Erstaunen ruft immer wieder die Tatsache hervor, dass vieles von dem, was heute diskutiert wird, bereits lange vorher gedacht und beschrieben wurde. Im Sinne des didaktischen Prinzips, das politische Bildung das „Mitteilungsnotwendige“ (Wolfgang Hilligen) auszuwählen habe, vermitteln die Kurse zwar exemplarische, aber schlüsselhafte Grundkenntnisse von historischen und lebensweltlichen Hintergründen sowie sozialen und politischen Zusammenhängen, Analysen und Zielideen.

Themenfeld: Politische Grundhaltungen.

24. Argumentationstraining gegen Stammtischparolen (K.-P. Hufer, KVHS Viersen)

Zielgruppe/Adressaten:

Angesprochen werden sollen diejenigen, die gegen das Vor- und Umfeld des Rechtsextremismus – den Rechtspopulismus – aktiv werden möchten.

Allgemeine Ausschreibung: alle Interessierten;

spezielle Ausschreibungen: Jugend- und Sozialarbeiter/-innen, Lehrer/-innen, Mitarbeiter/-innen in Verwaltungen, NGOs.



„Stammtischparolen begegnen uns täglich“

Inhalt:

Stammtischparolen sind platte und kategorische Sprüche, die überfallartig kommen, konfrontativ, aggressiv diskriminierend und vorurteilsbeladen sind. Sie richten sich mit ausgrenzender Absicht gegen gesellschaftliche Minderheiten. In ihnen zeigen sich u. a. Fremdenfeindlichkeit, Autoritarismus, Sexismus, antidemokratische und illiberale Einstellungen. Viele fühlen sich überrumpelt, wenn diese Parolen plötzlich und unerwartet auftauchen. Stammtischparolen kommen wie der Rechtsextremismus „aus der Mitte der Gesellschaft“, sie sind an den diversen „Stammtischen“ – das ist nur ein Stellvertreterbegriff – präsent. In dem Training sollen in interaktiver Form solche Sprüche benannt sowie die dahinter stehende Psychologie und politische Problematik erkannt werden. Im Mittelpunkt stehen Übungen zu geeigneten Reaktionsformen. Die Themenbereiche, in denen sich das Training bewegt, sind u. a.: Psychologie der Vorurteile, Kommunikationsformen, politische Psychologie und Rechtsextremismus.

 <p>WOCHEN SCHAU VERLAG</p> <p>Klaus-Peter Hufer Argumente am Stammtisch Erfolgreich gegen Parolen, Palaver und Populismus SBN 978-3-89974-245-9, 144 S., € 10,00</p>		<p>Klaus-Peter Hufer Argumentationstraining gegen Stammtischparolen Materialien und Anleitungen für Bildungsarbeit und Selbstlernen</p> <p>Wem ist es nicht schon einmal begegnet? Onkel Albert wettert beim Familienfest, der freundliche Nachbar bringt starke Sprüche am Gartenzaun, das Publikum beim Fußball skandiert Parolen – was kann man dazu eigentlich sagen?</p> <p>ISBN 978-3-87920-054-2, 128 S., € 10,00</p>	
--	---	---	---

A.,Damaschke-Str. 10 • 65824 Schwalbach/Ts. • Tel.: 06196 / 8 60 65 • Fax: 06196 / 8 60 60 • www.wochenschau-verlag.de

Materialien/Literatur:

Klaus-Peter Hufer: Argumentationstraining gegen Stammtischparolen. Materialien und Anleitungen für Bildungsarbeit und Selbstlernen, Schwalbach/Ts. 2000, 8. Aufl. 2008

Klaus-Peter Hufer: Argumente am Stammtisch – Erfolgreich gegen Parolen, Palaver und Populismus, Schwalbach/Ts. 2006, 5. Aufl. 2009

Veranstaltungsform: Das Training geht minimal über einen halben Tag, idealerweise über einen Tag bis zwei Tage, es kann auch an drei bis vier Tagen stattfinden. Wichtig ist die kompakte Seminarform (kein Kurs).

Rahmenbedingungen: Es sollten minimal 10, maximal 18 Personen teilnehmen. Der Raum sollte ausreichend groß sein, um seinen Stuhlkreis zu bilden und um sich bewegen zu können (keine Tische, keine Schulungs- oder Lehrgangssituation). Stellwände sollten genügend (vier bis fünf) vorhanden sein, außerdem Flipchart, ausreichend Papier, Eddingstifte, Tesakrepp, Overheadprojektor.

Werbung/Öffentlichkeit:

Es empfiehlt sich vor der Veranstaltung, Kontakt mit Multiplikatoren, in dem Bereich aktiven Gruppen, Ämtern etc. aufzunehmen (siehe Zielgruppen/Adressaten).

Hinweise zur Durchführung:

Es ist ein Seminar mit Workshopcharakter, Themen und Ergebnisse werden von den Teilnehmenden bestimmt bzw. erarbeitet. Der Verlauf ist lose festgelegt (siehe Literatur), aber prinzipiell offen. Die Trainerin/der Trainer darf keinesfalls belehrend oder „missionierend“ auftreten, eher moderierend, aber mit festem Standpunkt (gegen die Tendenz der Stammtischparolen).

Erfahrungen:

Das Argumentationstraining gegen Stammtischparolen ist ein bundesweit bekanntes und erprobtes Projekt. Auch in Österreich und Südtirol wird es praktiziert – in Österreich ist es verpflichtende Voraussetzung für freiberuflich in der politischen Bildung Tätige. Von den Teilnehmenden geschätzt werden der Erkenntnisgewinn, die selbstbestimmte Arbeitsweise und der praktische Nutzen. In der wissenschaftlichen Literatur zur politischen Bildung wird das Training als beispielhaft für die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus dargestellt.

Themenfeld: Politischer Extremismus.

25. Damals verfolgt – heute vergessen? – Holocaustgedenktag (W. Casteel, VHS Aachen)

Ziele:

Präsentation von Arbeiten Jugendlicher zum Thema Nationalsozialismus und Holocaust, Rechtsextremismus und Rassismus.

Zielgruppe/Adressaten:

Jugendliche, Lehrerinnen und Lehrer, breite Öffentlichkeit.

Inhalt:

Der 27. Januar ist der internationale Gedenktag für alle Opfer der Nazidiktatur. Er erinnert an den Tag im Jahr 1945, als die Häftlinge aus dem Konzentrationslager Auschwitz befreit wurden. Dieser Tag erinnert daran, was den Menschen während der Nazidiktatur von den Machthabern und ihren vielen Helfern angetan wurde – wie die Nationalsozialisten mit Juden, Sinti und Roma, Homosexuellen, Andersgläubigen und Andersdenkenden umgingen, sie verfolgten und ermordeten.

Materialien/Literatur:

Da die Veranstaltung die Beschäftigung von Jugendlichen mit dem Thema Holocaust usw. präsentiert, muss bei der Durchführung von Projekttagen usw. Unterstützung durch Dozent/-innen der VHS geleistet werden.

Veranstaltungsform:

Abendveranstaltung (4 Unterrichtseinheiten), Matinee.

Rahmenbedingungen (z.B. Kooperationspartner, Ressourcen etc.):

Die bereits etablierte Zusammenarbeit mit Schulen, Jugendtreffs, usw. ist Voraussetzung. Vertreter der verschiedenen Verfolgtenverbände sollten mit einbezogen werden.

Werbung/Öffentlichkeitsarbeit:

Mund-zu-Mund, Pressegespräche, im Vorfeld Plakate.

Hinweise zur Durchführung:

Die Anforderung an den Veranstaltungsort hängt von der Art der Präsentationen der Jugendlichen ab (Stellwände, Beamer, usw.).

Erfahrungen:

Die Jugendlichen erleben eine Wertschätzung ihrer Arbeit durch „fremde Personen“; Basis für eine vertiefte Zusammenarbeit mit Schulen und Jugendeinrichtungen.

Hoher Vorbereitungsaufwand, da der Abend/die Matinee nur den Abschluss der vorangegangenen Arbeit darstellt.

Themenfeld:

Zeitgeschichte, Politik.

26. Erlebniswelt Rechtsextremismus (K.-P. Hufer, VHS Viersen – T. Pfeiffer, Verfassungsschutz NRW)

Ziele:

Strategien erkennen, mit denen sich Rechtsextremisten an Jugendliche wenden. Ideologische Botschaften hinter modernisierter Fassade dieser Szene offenlegen. Reize des Rechtsextremismus wahrnehmen, um gezielte Prävention zu stärken.

Zielgruppe/Adressaten:

Gesamte Bevölkerung, speziell: Schüler/-innen, Lehrer/-innen, Eltern

Inhalt:

Das Erscheinungsbild und die Aktionsformen des Rechtsextremismus sind keineswegs altbacken oder ewiggestrig – vielmehr spricht eine modernisierte Szene die Symbolsprache des 21. Jahrhunderts: Rockmusik ist zum Instrument der Propaganda geworden, Volksverhetzung taucht nicht selten in modernem Web-Design auf, neue Symbole und Codes schweißen zusammen, Action wird großgeschrieben. Auf diese Weise ist eine „Erlebniswelt Rechtsextremismus“ entstanden, in der Freizeitangebote, jugendaffine Medien, vorgebliche „Kameradschaft“ und ideologische Feindbilder verschmelzen.

Veranstaltungsform:

Vortrag mit Diskussion

Die Veranstaltung ist auch mit einem speziellen Fokus auf rechtsextremistische Musik möglich sowie als halb- oder ganztägige Fortbildung für pädagogische Fachkräfte. Die Fortbildung umfasst Workshops, in denen die Teilnehmenden rechtsextremistische Jugendmedien auswerten (Video, Musik, Schülerzeitung, Online-Versand).

Rahmenbedingungen (z.B. Kooperationspartner, Ressourcen etc.):

Veranstaltungen zu diesem Themenfeld haben an zahlreichen VHS in NRW (mehrfach an der Kreisvolkshochschule Viersen) in Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz NRW stattgefunden. Schulen und Netzwerke vor Ort wurden einbezogen, insbesondere das Netzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“.

Werbung/Öffentlichkeitsarbeit:

Kooperation mit Schulen und Bündnissen vor Ort

Hinweise zur Durchführung:

Bei öffentlichen Veranstaltungen zum Thema Rechtsextremismus ist es sinnvoll, im Vorfeld Kontakt zur Polizei aufzunehmen. Störungen durch die rechtsextremistische Szene sind nicht völlig auszuschließen, ggf. kann vom Hausrecht Gebrauch gemacht werden.

Erfahrungen:

Die Veranstaltungen erreichten ein generationenübergreifendes Publikum und fanden eine positive Resonanz.

Themenfeld:

Demokratie, Politischer Extremismus

27. Europäische Nachbarn: Spanien und Portugal (Beispiel) (W. Casteel, VHS Aachen)

Ziele:

Interesse für die europäischen Nachbarländer wecken.

Zielgruppe/Adressaten:

Breite Bevölkerungskreise.

Inhalt:

Informationen über Geschichte und Politik jeweils vorher ausgesuchter europäischer Nachbarländer.

Materialien/Literatur:

Neben den Kurzvorträgen der Kursleitenden können verschiedene Materialien wie kurze Videos, Karten, landesspezifische Zeitungen, usw. eingesetzt werden.

Veranstaltungsform:

Kurs, Vortragsreihe.

Rahmenbedingungen (z.B. Kooperationspartner, Ressourcen etc.):

Keine besonderen Ressourcen erforderlich. Aber:

Diese Veranstaltung kann ausgeweitet werden mit z.B. landestypischem Essen (Fingerfood!), Einbeziehung von Migrantenorganisationen (z.B. Centro Italiano, usw.), usw.

Werbung/Öffentlichkeitsarbeit:

Ankündigung durch die lokal üblichen Medien (Zeitungen, Anzeigenblätter, Rundfunk) und entsprechende Positionierung auf der VHS-Homepage. Werbung in den entsprechenden VHS-Sprachkursen.

Hinweise zur Durchführung:

Keine besonderen Anforderungen. Falls die Form ausgeweitet wird, sind kommunikative Räume erforderlich („Niederländischer Abend“).

Erfahrungen:

Verschiedene Interessentengruppen werden angesprochen, von der Urlaubsvorbereitung bis zu besonderem historischem Interesse.

Eine solche Reihe kann natürlich auch auf andere Erdteile ausgedehnt werden.

Themenfeld:

Europa.

28. Politische Heimatkunde, grenzüberschreitend - Zuhause in den NiederRheinLanden (T. Ruffmann, VHS Kleve)

Ziele:

Im Kern geht es in dem Kurs um Identitätslernen – eine Auseinandersetzung mit der eigenen Identität und politisch-historischen Gruppenidentitäten, die im Raum entstehen: in der Stadt, auf dem Land, in Deutschland, in den Niederlanden, in Europa. Die Auseinandersetzung mit dem Anderen führt zum besseren Verständnis des eigenen Selbst.

Zielgruppe/Adressaten:

Der Kurs ist Bestandteil der 2009-2 gestarteten Seniorenakademie der VHS Kleve. Besonders angesprochen sind sowohl Neubürger/-innen als auch Alteingesessene, Niederländer und Deutsche. Ergeben hat sich eine spannende Mischung aus Zugezogenen (z.B. aus Bayern, Sachsen und den Niederlanden), alten und durchaus heimatverbundenen Niederrheiner/-innen sowie Nachbarn aus den angrenzenden Niederlanden. Themen zu finden, die für alle drei Gruppen gleichermaßen interessant und in vielen Aspekten neu sind, ist der besondere Reiz des Kurses.

Inhalt:

Geschichte, Gegenwart und Zukunft in den Niederlanden und Deutschland, abgelesen am heutigen Gesicht der Städte, Dörfer und Landschaften und der Menschen in der Grenzregion Niederrhein/Niederlande. In den ersten Kursen ging es um Bauen und Wohnen, um Geschichte, die sich an Gebäuden in der Stadt und auf dem Land ablesen lässt, um Landwirtschaft, Naturschutz und Landschaftsentwicklung, um Seniorenwohnen, um Religion und Kirche an unterschiedlichen Orten, um Infrastrukturentwicklung und Siedlungsplanung in aktuellen Großprojekten – jeweils auf der Suche nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden zwischen den Niederlanden und Deutschland und wie diese konkret sichtbar und begreifbar werden.

Materialien/Literatur:

Powerpoint-Präsentationen während der Vorträge. Teilnehmende können die Dateien auf Wunsch auf Stick, CD oder Ausdruck mitnehmen.

Veranstaltungsform:

Vorlesungen im Saale kombiniert mit Ausflügen in die nähere Umgebung auf beiden Seiten der deutsch-niederländischen Grenze. In der Regel gibt es eine 60-90minütige Einführung in Vortrags- und Gesprächsform anhand von Powerpoint-Folien, Bildern und Karten sowie eine anschließende Exkursion mit Führungen und Gesprächen.

Rahmenbedingungen (z.B. Kooperationspartner, Ressourcen etc.):

Der Kurs erfordert viel inhaltliche Kenntnis und auch organisatorische Vorbereitung vom Dozenten, z.B. Ausarbeitung von Routen und Absprachen mit Gesprächspartnern. Die Anfahrt zu den Ortsterminen geschieht in PKW-Fahrgemeinschaften.

Werbung/Öffentlichkeitsarbeit:

Ankündigung im Programmheft sowie in der Sonderbroschüre der Seniorenakademie, Internet und Tagespresse.

Hinweise zur Durchführung:

Teilnehmende haben von Beginn an Möglichkeiten, ihre Interessen in die Wahl der Themen und Exkursionsziele einfließen zu lassen. Das vorbereitete Programm enthält Alternativen und wurde teilweise auch komplett verändert.

Erfahrungen:

Das Feedback der Teilnehmenden ist nach bisher drei Semestern geradezu euphorisch. Es ist gelungen, dass sowohl die bisher schon geschichtsinteressierten „alten Klever“ als auch die Zugezogenen und die Niederländer viel Neues kennen lernten. Wichtig im Kurs sind dabei gerade auch die Diskussionen und der Austausch untereinander.

Themenfeld:

Stadt, Region, Kommunale Politik, „Europa vor Ort“.

29. Jährliche Europa-Woche (G. Thiel, VHS LK Diepholz)

Ziele:

Durch regelmäßig durchgeführte Europa-Wochen und unter besonderer Berücksichtigung und Würdigung des Europatages, die Idee von Völkerverständigung und eines besseren Miteinanders praktisch gestalten.

Zielgruppe/Adressaten:

Alle Bevölkerungskreise/-gruppen.

Inhalte:

In Kooperation mit den Kommunen, Partnerschaftsorganisationen, Austauschvereinen, kulturellen Initiativen und anderen werden in der Europa-Woche diverse Veranstaltungen zum besseren Verständnis und mit dem Ziel einer aktiven Beteiligung zu einer Gestaltung eines föderalen Europas durchgeführt.

Materialien/Literatur:

Informationsmaterialien werden von der EU-Kommission, dem EU-Parlament und anderen Einrichtungen ausreichend zur Verfügung gestellt, eigene Materialien auf spielerische Art eingesetzt und Vorbereitungen für kulturellen Begegnungen, Europa-Feste und ähnliche Veranstaltungen vorbereitet.

Veranstaltungsform:

Verschiedene, von der Diskussionsveranstaltung bis hin zu kulturellen Events, Rockmusikvorträgen, Europa-Festen, Ausstellungen usw.

Rahmenbedingungen:

Durch das vorgegebene Motto des Europäischen Jahres werden die Schwerpunkte der jeweiligen Europa-Woche, des Europa-Tages und z. T. auch des Europa-Tages in der Schule vorgegeben. Durch Kooperationen mit der überparteilichen Organisation EUROPA UNION Deutschlands, den Städten und Gemeinden bzw. den Kulturschaffenden und o. g. anderen Einrichtungen sind längerfristige Arbeitsgemeinschaften entstanden, die jedes

Jahr neu aktiviert und motiviert zur Gestaltung der Aktionen in der Europa-Woche angesprochen werden müssen. Partner für Sponsoring müssen eingeworben werden.

Werbung/Öffentlichkeitsarbeit:

Es wird eine gemeinsame Broschüre mit allen Veranstaltungen, die in der Europa-Woche stattfinden, von der VHS erstellt und über aufgebaute Verteiler im Vorfeld beworben. Die Presse vor Ort wird informiert und möglichst zu jeder Veranstaltung eingeladen. Durch Beteiligung des Landrates, der Bürgermeister und anderer Personen des öffentlichen Lebens kann den Veranstaltungen zusätzliche Durchschlagskraft gegeben werden.

Hinweise zur Durchführung:

Hier ist ein hoher Kooperationsaufwand, gewachsene Netzwerke und vor allen Dingen auch die Bereitschaft zu Kostenbeteiligungen notwendig zu entwickeln. In den Folgejahren kann dann auf diese Kooperation aufgebaut und diese für andere Veranstaltungen ausgebaut werden.

Erfahrungen:

Durch das jährliche Wiederholen der Form (Europa-Woche) und eingespielter Veranstaltungspartner, Kennen der Veranstaltungsorte und beteiligter Personen entsteht eine gewisse Routine. Die beteiligten Vertretungen des öffentlichen Lebens kosten kein Honorar!

Bilder/Fotos:

Werden regelmäßig z. B. auf den Internetseiten der EUROPA UNION, des Europa-Informationszentrums und in der örtlichen Presse veröffentlicht.

Themenfeld:

Europäische Politik.

30. Konzertierte Aktionen – Volkshochschulen und Landesverband arbeiten Hand in Hand bei der Planung und Durchführung von Lesereisen und Seminarveranstaltungen

(S. Kapellusch,
VHS-Verband Mecklenburg-Vorpommern)

Ziele:

Durch die Zusammenarbeit bei der Veranstaltungsplanung werden für die beteiligten Volkshochschulen Veranstaltungen möglich, die für die Einrichtungen im Einzelnen nicht durchführbar wären. Die Gemeinschaftsaktionen dienen einem qualitativ hochwertigen und thematisch abwechslungsreichen Programm und sparen zugleich Kosten und Organisationsaufwand.

Zielgruppe/Adressaten:

Alle Bevölkerungsgruppen.

Inhalt:

Mehrere Volkshochschulen und der Landesverband arbeiten bei der Planung und Durchführung von Lese-, Vortrags- und Seminarveranstaltungen eng zusammen. Publikumswirksame Referent/-innen, Autoren und Gäste können auf diese Weise für mehrere, oft aufeinander folgende Termine an verschiedenen Volkshochschulen gewonnen werden. Bekannte Namen, wie Lea Fleischmann, Freya Klier oder Friedrich Schorlemmer finden im Rahmen dieser Planungen Eingang in die Programmhefte der Volkshochschulen in Mecklenburg-Vorpommern.



Lea Fleischmann füllt mit ihrer Lesung die Aula der VHS „Ehm Welk“ Schwerin, Foto: SK 2009

Ein ähnliches Vorgehen gilt für diverse Seminare der politischen Jugendbildung. Gleiche Seminarkonzepte und Referent/-innen werden häufig an mehreren Volkshochschulen des Landes nacheinander eingesetzt.

Veranstaltungsform:

Einzelveranstaltungen; ein- bis zweitägige Seminare.

Rahmenbedingungen (z.B. Kooperationspartner, Ressourcen etc.):

In den auf Landesebene stattfindenden Fachbereichsberatungen der hauptamtlichen Pädagogen/-innen werden aktuelle Themen und Best Practice-Beispiele von Veranstaltungen diskutiert. Unter Koordination des Landesverbandes werden Kontakte zu den jeweiligen Referent/-innen und Ansprechpartner/-innen in Verlagen und anderen Institutionen hergestellt und die terminlichen sowie finanziellen Eckdaten einer Lesereise festgelegt.

Entsprechende Anträge an diverse Fördermittelgeber werden durch den Landesverband gestellt und abgewickelt. Durch diese Sammelanträge kann ein bürokratischer Mehraufwand vermieden und zugleich die Aussicht auf eine Förderzusage erhöht werden.

Werbung/Öffentlichkeitsarbeit:

Eine wirkungsvolle, einheitliche Öffentlichkeitsarbeit wird durch die konzertierten Aktionen möglich (z.B. zentrale Pressemitteilungen). Das mediale Interesse steigt angesichts bekannter Namen und einer Vielzahl von Veranstaltungsterminen zusätzlich an.

Hinweise zur Durchführung:

Die gemeinsamen Veranstaltungen müssen langfristig geplant werden (häufig ein Jahr zuvor). Die entsprechend umfangreichen Absprachen unter den Partnern und umfängliche Förderanträge sind hierfür eine Ursache.

Eine rechtzeitige, klare Aufgabenteilung der Partner untereinander ist unerlässlich. Die Verantwortlichkeiten für entstehende Berichtspflichten sollten vorab geklärt sein.



Medienwirksam: Freya Klier im Gespräch mit Jugendlichen nach einem Workshop in Stralsund, SK: 2009

Erfahrungen:

Bei einer guten Zusammenarbeit kann für alle Beteiligten ein hoher Mehrwert entstehen. Die Teilnehmerszahlen des Fachbereichs 1 konnten nicht nur an einigen Volkshochschulen vor Ort, sondern in der Summe auch landesweit gesteigert werden. Die Wahrnehmung der Volkshochschulen als Anbieter politischer Bildung erfuhr mancherorts eine Aufwertung.

Themenfeld:

Gesellschaftliche Entwicklungen.

31. Studium Generale (C. Köck, hvv-Institut)

Ziele:

Das Studium Generale ist am Ursprungsauftrag der Volkshochschulen ausgerichtet: Akademisches Wissen den Menschen mit adäquaten didaktischen Verfahren näher zu bringen und ihnen Gelegenheit zu geben, sich in der Öffentlichkeit mit Wissenschaft eingehend zu beschäftigen. In einer zunehmend komplexen Gesellschaft kommt dieser Transferaufgabe eine starke Orientierung stiftende Funktion zu.

Für die Erwachsenenbildung ist ein fundiertes Angebot, bei dem die kontinuierliche Auseinandersetzung mit aktuellen akademischen Erkenntnissen aller wissenschaftlicher Disziplinen im Fokus steht, eine elementare Voraussetzung, um Lernen im Lebenslauf erfolgreich zu begleiten.

Zielgruppe/Adressaten:

Alle Bevölkerungsgruppen; an Wissenschaften Interessierte mit und ohne akademischen Abschluss; generationenübergreifend.

Inhalt:

Studium Generale-Lehrgänge in Volkshochschulen nehmen konzeptionell unterschiedliche akademische Disziplinen auf und versuchen, ihre Erkenntnisse zu verknüpfen. Studium Generale-Lehrgänge richten sich aus an Epochen, an zeitgemäßen gesellschaftlichen Fragestellungen sowie an den aktuellen Erkenntnisinteressen der Fachdisziplinen.

Materialien/Literatur:

Je nach Thema zum Teil hoher Veranstaltungsaufwand bei der Vorbereitung (Dozent/-innenauswahl und wechselseitige Abstimmung der Dozent/-innen). Viele Lehrgänge werden zusätzlich durch einen Moderator/eine Moderatorin begleitet, der/die die Diskussionen der einzelnen Veranstaltungen zusammenführt.

Veranstaltungsform:

Fortlaufender Lehrgang (auch über mehrere Semester angelegt), der wöchentlich mit mindestens ca. 3 Unterrichtseinheiten (à 45 Minuten) entweder am Vormittag, am Nachmittag oder auch am Abend stattfindet. Zusätzliche Veranstaltungen am Wochenende (Ausstellungs- oder Archivbesuche) sind möglich. Auch als Wissenschaftscampus (z.B. als zweiwöchiger Lehrgang) realisierbar. Im Lehrgang: Vortrag mit Diskussion/ Seminarform mit eigenen Beiträgen der Teilnehmer/-innen; im fortgeschrittenen Stadium eigene kleine Forschungsbeiträge oder Vorträge der Teilnehmer/-innen; virtuelle Begleitung des Lehrgangs über eine Lernplattform (z.B. Moodle).

Rahmenbedingungen (z.B. Kooperationspartner, Ressourcen etc.):

Es ist sinnvoll, die Veranstaltungsreihe in Kooperation mit lokalen Bildungspartnern (Museen, Archiven, Heimatvereinen, Firmen, Medien) durchzuführen, die z. T. auch geeignete Räumlichkeiten zur Verfügung stellen können. Eine regionale Kooperation mit Universitäten/Hochschulen ist ratsam. Auf diesem Weg können auch jüngere Dozentinnen und Dozenten akquiriert werden.

Werbung/Öffentlichkeitsarbeit:

Der Bayerische Volkshochverband vertreibt allgemein einsetzbare Flyer, Poster, Teilnehmermappen und Zertifikatsvorlagen, die sich grafisch am gemeinsamen Marktauftritt der Volkshochschulen orientieren. Die Themenbreite der Lehrgänge und die Spezifik der Vorträge bieten immer wieder Gelegenheiten, um Volkshochschularbeit prominent in den örtlichen Medien zu platzieren, insbesondere wenn prominentere Wissenschaftler/-innen zu Gast sind (Sonderveranstaltung).

Hinweise zur Durchführung:

Wichtig ist, dass die Lehrgangsdozent/-innen unterschiedlich wissenschaftliche Disziplinen vertreten und methodisch-didaktisch versiert sind. Eine didaktische Herausforderung ist hierbei, Teilnehmer/-innen mit unterschiedlichsten Voraussetzungen miteinander ins Gespräch zu bringen.

Erfahrungen:

Mit dieser regelmäßigen Veranstaltung können Kunden langfristig an die Volkshochschule gebunden werden. Das Publikum besteht derzeit vor allem aus älteren Teilnehmer/-innen zwischen 55 und 75 sowie aus bildungsaffinen jüngeren Frauen. Die Erfahrungen der

letzten Jahre zeigen, dass die Erfolgsquote bei Neuimplementierung bei fast 100% liegt. Viele Volkshochschulen haben Wartelisten.

Inhaltliche Erfahrungen: Im Kontext der Studium Generale-Lehrgänge bietet sich die Möglichkeit, Themen und Schwerpunkte zu setzen, die aus bildungspolitischer Sicht als besonders wichtig erachtet werden, allerdings in den letzten Jahren in den Volkshochschulen auf ein nur schwaches Interesse stießen: z.B. Politikwissenschaften, Ökonomie, Naturwissenschaften und Ökologie.

Bilder/Fotos:

Fotos sind ggf. über den Bayerischen Volkshochschulverband zu beziehen (siehe Werbung / Öffentlichkeitsarbeit).

Themenfeld:

Allgemeinbildende Lehrgänge.

32. Arbeitsplätze vor Ort – Betriebsbesichtigungen als wirtschaftliches Exkursionssegment (G. Hinken, VHS Essen)

Ziele:

Durch regelmäßig stattfindende Betriebsbesichtigungen in verschiedenen Unternehmen der Stadt bzw. Region werden betriebswirtschaftliche, wirtschaftsbranchenspezifische sowie strukturpolitische Kenntnisse vermittelt.

Zielgruppe/Adressaten:

Alle Bevölkerungsgruppen (jedoch häufig Mindestalter von 16 Jahren)

Inhalt:

Die Exkursionsreihe informiert über Unternehmen im näheren und weiteren Umfeld - und das nicht nur theoretisch! Bei den Betriebsbesichtigungen kann ein Blick hinter die Werkstore geworfen werden, die für betriebsfremde Personen normalerweise verschlossen sind. Vor Ort erfahren die Teilnehmenden mehr über Funktionsabläufe, Organisationsformen und Arbeitsbedingungen in den Betrieben und lernen so die industrielle, gewerbliche und verwaltende Struktur der Region besser kennen.

Je nach Unternehmensangebot können wirtschaftsbranchenspezifische Semesterschwerpunkte bei den Betriebsbesichtigungen gebildet werden, bspw. „Lebensmittel“ (etwa mit Bäckereien, Brauereien, Schlachtereien), „Energie“ (Kraftwerke, Solar- und Windradanlagen) oder „Sicherheit“ (z.B. Polizei, Feuerwehr, JVA's etc.).

Materialien/Literatur:

Kaum, ggf. Sicherheitshinweise.

Veranstaltungsform:

Exkursion mit Treffpunkt vor Ort

Rahmenbedingungen (z.B. Kooperationspartner, Ressourcen etc.):

Bildungs- und kostenstrategischer Ausgangspunkt des Angebots sind neben den zu vermittelnden Bildungsinhalten die Politik vieler mittelständischer oder größerer Unter-

nehmen, im Sinne ihres Corporate Responsibility Systems (CRS) eine betriebspolitische Öffentlichkeitsarbeit jenseits des direkten Produktmarketings zu betreiben. Für das entsprechende Ziel, die öffentlichkeitswirksamen Rahmenbedingungen ihres Produktionsstandortes zu optimieren, sind die hierfür angebotenen Betriebsbesichtigungen zumeist kostenfrei.

Werbung/Öffentlichkeitsarbeit:

Programmheft, ggf. Extraflyer bzw. Infoblätter.

Hinweise zur Durchführung:

Durch die Besichtigungen vor Ort müssen insb. betriebliche Rahmenbedingungen für die jeweilige Exkursionsdurchführung beachtet werden. Dazu gehören sowohl zeitliche Betriebsabläufe (manche Exkursionen können erst nach bestimmten Schichtzeiten durchgeführt werden) als auch besonders Sicherheitshinweise, die zu folgenden Formulierungen in der Programmankündigung führen können: „Das Mindestalter der Teilnahme beträgt 16 Jahre, Personen mit Herzschrittmacher können leider nicht teilnehmen. Bitte festes Schuhwerk und praktische, unempfindliche Kleidung tragen.“

Erfahrungen:

Betriebsbesichtigungen sind eine sehr beliebte Exkursionsform, die sich einer nachhaltigen Nachfrage erfreut. Wesentliche Voraussetzungen sind detaillierte und verlässliche Absprachen mit den betreffenden Unternehmen, die von einer verlässlichen Kursleitung ab einem halben Jahr vor Exkursionstermin getroffen werden müssen. In Einzelfällen kann der Termin für die jeweilige Betriebsbesichtigung erst kurzfristiger mit den Unternehmen vereinbart werden, als der Redaktionsschluss des Programmheftes erlaubt. Für diesen Fall kann mit der Möglichkeit von Vormerkungen gearbeitet werden.

Wichtig ist zudem, professionelle Firmenstrukturen bei den angefragten Unternehmen vorzufinden, um eine verlässliche und stabile Veranstaltungsdurchführung gewährleisten zu können.

Themenfeld:

Wirtschaft

33. Opern im gesellschaftlichen und politischen Zusammenhang (Bremer Volkshochschule)

Ziele:

Vor dem Hintergrund eines offenen Politikbegriffs (Politik umfasst jedes gesellschaftliche Handeln, das die Struktur und die Machtverhältnisse in der Gesellschaft bzw. in ihren Teilbereichen hinterfragen, verändern oder stabilisieren will.) werden an ausgewählten Beispielen des Kunstwerks Oper die Geschichte und Gegenwart analysiert. Es geht dabei um Gesellschaft und Politik in der Oper (immanentes Verfahren) und Oper in der Gesellschaft (kontextanalytisches Verfahren)

Musikalische Fragen werden im Kurs mit behandelt, im Vordergrund stehen jedoch die inhaltlichen und kontextuellen Fragen der Oper.

Opern sind mehr als absolute Kunstwerke. In Opern und ihren aktuellen Präsentationen werden soziale und politische Konflikte und Strukturen thematisiert. Jede Oper ist verflochten mit den gesellschaftlichen und politischen Problemen und Tendenzen ihrer Zeit. Diese Seite von Opern zu analysieren, kommt dem Bedürfnis von „Opernfreund/innen“ entgegen, über das unmittelbare Opern-Erlebnis hinaus auch den Sinn von Opern und Opernproduktionen zu erfassen. Gleichzeitig wird damit der Gebrauch eines soziologischen und politischen Erkenntnisinstrumentariums trainiert.

Zielgruppe/Adressaten:

Offene Ausschreibung. Erreicht wird vorwiegend Bildungsbürgertum. Unterschiedliche Einkommen, aber überwiegend Gut/Besserverdienende. Alter in der Regel über 50 Jahre

Inhalt:

Verflechtungen und heutige Bedeutungen von Opern werden an Beispielen der Angebote aktueller Spielpläne in Bremen mit Hilfe von Musik-, Video- und Textauszügen untersucht. Es ist vorgesehen, außerhalb des Kurses Aufführungen der untersuchten Opern zu besuchen.

- Gesamtgesellschaftliche und politische Situation bzw. historische Situation als Kontext der Entstehung eines Werkes (aristokratische / monarchische Hofgesell-

schaft, bürgerliche Gesellschaft, politisches System, politische Lage, wirtschaftliche Umbrüche, emotionale Revolution).

- Zeittypische inhaltliche Tendenzen und Aspekte der Opernstoffe (Haupt- und Staatsaktionen, Bestätigungen des (idealen) absoluten Herrschers, antike Stoffe, Rettungs-/Befreiungs-, Schreckens-, Revolutionsopern, romantische Opernstoffe, mittelalterliche Opernstoffe, Nationalismus in Opernstoffen, nationale Mythen, Geschlechtsrollen in Opern)
- Weitere Themen: Komponist und Textdichter als gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Subjekte und Objekte, Produktionsbedingungen, Publikum, Rechtlicher Kontext, Entwicklung von Nationalstilen Rezeption /Wirkung

Materialien/Literatur:

Skript zu einzelnen Themen/Inhalten wird vom KL erstellt. Musik- und Bild-CD/DVD.

Veranstaltungsform:

Kurs mit 8-10 Terminen/ Semester

Rahmenbedingungen (z.B. Kooperationspartner, Ressourcen etc.):

Geeignete Mediengeräte (hochwertige DVD/ blueray/ Beamer/ Musikanlage)

Werbung/Öffentlichkeitsarbeit:

Programmheft, Empfehlung durch Teilnehmende,

Hinweise zur Durchführung:

Abhängig von der Frage, ob jemand zur Verfügung steht mit politologischer, soziologischer und historischer Ausbildung gekoppelt mit breiten Opernkenntnissen und Spaß an Opern.

Erfahrungen:

Seit vielen Semestern im Programm, zwischen 16 und 22 Teilnehmende.

Themenfeld:

Politik und Gesellschaft

Redaktionsgruppe:

Monika Engel

Prof. Dr. Klaus-Peter Hufer

Günter Hinken

Dr. Jens Korfkamp

Sascha Rex

Endredaktion und Kontakt:

Landesverband der Volkshochschulen von NRW e.V.

Iris Witt

Andreas Thörner

Referat politische Bildung

Bismarckstraße 98

40210 Düsseldorf

Fon 0211 – 54214118

witt@vhs-nrw.de

Bildnachweise:

- Essen kontrovers © Ulrich von Born
- Demokratieführerschein #1 © Günter Hinken
- Demokratieführerschein #2 © NRZ (08-10-21)
- Reden von Morgen © www.udo-geisler.de
- Reden von Morgen © Kerstin Kokoska

Soweit nicht angegeben wurde das Bildmaterial von den Autoren der Praxisbeispiele zur Verfügung gestellt oder der freien Bilddatenbank des Landesverbandes entnommen.

Abdruck der Textauszüge mit freundlicher Genehmigung der Verlage.

Layout:

imdetail – Designatelier, Gülay Özverim

Düsseldorf, April 2012 - Version V1.2